



**CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO-ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO-SÜDTIROL**

Atti Consiliari
Sitzungsberichte des Regionalrates

X Legislatura - X Gesetzgebungsperiode
1988 - 1993

SEDUTA 117 SITZUNG

20.1.1993



**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER**

TAROLLI Ivo <i>(Gruppo Democrazia Cristiana)</i>	pag. 3
NEGHERBON Livio <i>(Gruppo Democrazia Cristiana)</i>	" 4
ZENDRON Alessandra <i>(Gruppo Lista Verde - Grüne Fraktion-Grupa Vërc)</i>	" 5-64
KASERER Robert <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	" 6-55-64
TAVERNA Claudio <i>(Gruppo Movimento Sociale Italiano-Destra Nazionale)</i>	" 11-65
DUCA Aldo <i>(Gruppo Socialista Italiano)</i>	" 15
BERGER Franca <i>(Gruppo Misto)</i>	" 16-53
KUBTATSCHER Josef <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	" 17
MARZARI Aldo <i>(Partito Democratico della Sinistra)</i>	" 20-61
FERRETTI Remo <i>(Gruppo Democrazia Cristiana)</i>	" 22
BOLOGNANI Lina <i>(Gruppo Democrazia Cristiana)</i>	" 24
BERTOLINI Maria <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	" 25
KLOTZ Eva <i>(Gruppo Union für Südtirol)</i>	" 29
BENEDIKTER Alfons <i>(Gruppo Union für Südtirol)</i>	" 32

PINTER Roberto
(*Gruppo Misto*)

pag. 40

MERANER Gerold
(*Gemischte Fraktion*)

" 42-56

PETERLINI Oskar
(*Gruppo Südtiroler Volkspartei*)

" 46

MORANDINI Pino
(*Gruppo Democrazia Cristiana*)

" 56-66

INDICE

Disegno di legge n. 80:

Istituzione dell'assicurazione regionale per la pensione alle persone casalinghe (rinvio dal Governo)

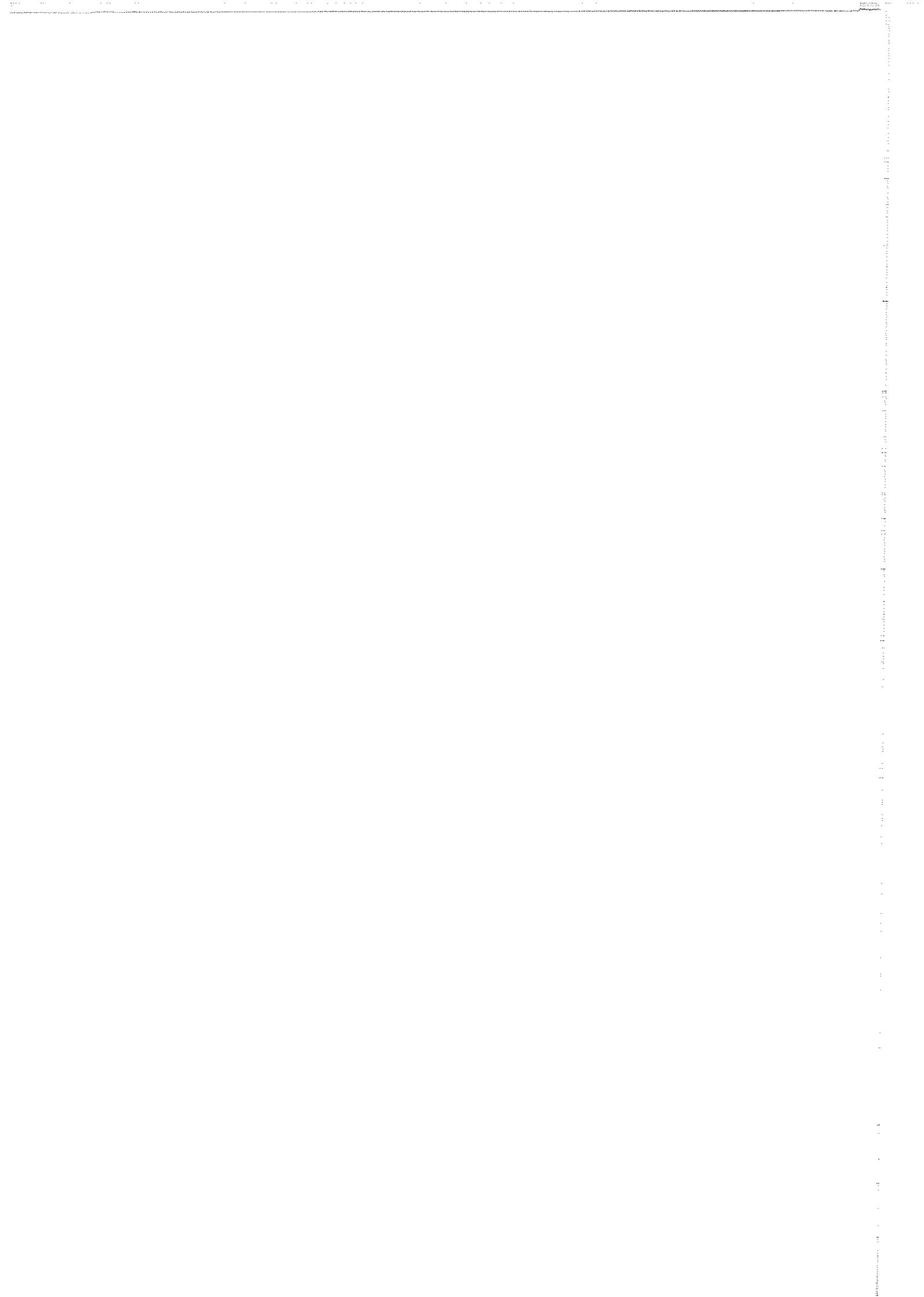
pag. 2

INHALTSANGABE

Gesetzentwurf Nr. 80:

Einführung der Regionalversicherung für die Rente zugunsten der im Haushalt tätigen Personen (von der Regierung rückverwiesen)

Seite 2



Vorsitzender: Präsident Peterlini
Presidenza del Presidente Peterlini

Ore 10.18

PRÄSIDENT: Ich bitte die Abgeordneten Platz zu nehmen und mit dem Namensaufruf zu beginnen.

PRESIDENTE: Prego i signori Consiglieri di prendere posto e di procedere all'appello nominale.

BENUSSI: (segretario):(fa l'appello nominale)
(secondo appello)

PRÄSIDENT: Ich bitte um Verlesung des Protokolles der letzten Sitzung.

PRESIDENTE: Prego dare lettura del processo verbale dell'ultima seduta.

BENUSSI: (segretario):(legge il processo verbale)

PRÄSIDENT: Gibt es Einwände zum Protokoll? Keine. Dann gilt das Protokoll als genehmigt.

PRESIDENTE: Ci sono osservazioni al processo verbale? Nessuna. In tal caso il processo verbale si considera approvato.

PRÄSIDENT: Für die heutige Sitzung haben sich die Abg. Alber (für den Nachmittag), Andreotti (für den Nachmittag), Hosp, Levegghi (für den Vormittag), Malossini, Mayr, Rella, Sfondrini und Tononi entschuldigt.

PRESIDENTE: Per la seduta odierna hanno giustificato la loro assenza i cons. Alber, Andreotti (entrambi per il pomeriggio), Hosp, Levegghi (entrambi per la mattina) Malossini, Mayr, Rella, Sfondrini e Tononi.

PRÄSIDENT: Ich bitte um etwas Aufmerksamkeit, um diese Mitteilung an alle Abgeordneten machen zu können. Also Sie wissen, wir haben lange daran gearbeitet, um eine Änderung an der Entschädigungs- und Vergütungsordnung vornehmen zu können, sei es was die Abgeordnetendiäten, als auch was die Leibrenten betrifft. Die erste Maßnahme betrifft die bisherigen Beiträge für die Sozialvorsorge, die praktisch von 14 auf 22 Prozent erhöht werden sollen. Dies soll in zwei Stufen geschehen, ab 1. Jänner 1993 eine Erhöhung um 4 auf 18 Prozent und ab 1. Jänner 1994 eine weitere Erhöhung von 4 Prozent auf 22 Prozent.

Die zweite Maßnahme betrifft die Leibrenten, deren Höchstlimit von bisher 85 Prozent auf 78 Prozent mit Startdatum 1. Jänner 1994 herabgesetzt wird. Es gilt jedoch die Sonderregelung, daß die erworbenen Rechte gewahrt werden und zwar in der Form, daß Abgeordnete die sich in Ruhestand oder auch im Amt befinden und die einen höheren Prozentsatz gereift haben, diesen höheren Prozentsatz beibehalten und die Differenz zwischen 78 Prozent und dem was sie angereift haben, in Form einer persönlichen Zulage ausbezahlt wird, die dann mit den laufenden möglichen Erhöhungen der Diäten wieder aufgesaugt wird; aber das Recht bleibt bewahrt.

Dritte Regelung: Bei der Mandatsabfindung war bisher die Sperrklausel vorgeschrieben, daß man eine Legislatur voll ausgeübt haben muß, um in den Genuß derselben zu kommen. Diese Klausel ist aufgehoben worden, weil man gesagt hat, daß jene, die in der ersten

Legislatur sind, die Mandatsabfindung entsprechend auf die Zeit bezogen, in welcher sie tätig waren, bekommen sollten, falls sie nicht mehr gewählt werden. Das ist heute endgültig formalisiert worden. Der Grundsatzbeschluß ist bereits vor einigen Tagen gefällt worden.

Der zweite Punkt betrifft die Abzüge wegen Abwesenheit. Sie wissen, daß wir diesbezüglich eine sehr strenge Regelung haben. Derzeit beträgt der Abzugsbetrag, der immer an die Inflation angepaßt wird, 112.000.- Lire pro Abwesenheit. Dieser Abwesenheitsabzug wird sehr streng gehandhabt. Mit Ausnahme von Fernbleiben wegen Krankheit und im Auftrag des Präsidenten unterwegs sein wird immer abgezogen, wie ihr wißt's. Kontrolliert wird die Anwesenheit wie bisher, immer zu Beginn durch Appell und bei jeder schriftlichen oder namentlichen Abstimmung. Nun hat man mit einem gewissen Recht eingewandt, daß derjenige, der 10 Minuten nach 10 kommt und den Anfangsappell versäumt oder am Morgen in der Kommission gefehlt hat, dafür mit dem Abzug für einen ganzen Tag bestraft wird. Dann haben wir, um das gerecht zu machen, beschlossen, den Abzug zu halbieren und auf die jeweilige Tageshälfte zu beziehen. Also wenn jemand am Vormittag bei einer Abstimmung abwesend ist, dann werden 56.000 Lire abgezogen, wenn jemand auch am Nachmittag fehlt oder einen Appell versäumt, dann werden ebenfalls 56.000 Lire abgezogen, das macht zusammen 112.000 Lire. Wenn jemand aber nur bei einer Abstimmung am Vormittag fehlt, dann werden nicht 112.000 Lire sondern nur 56.000 Lire abgezogen und damit wird eine gerechtere Verteilung und Anwendung dieser sehr strengen Regelung erzielt. Ich glaube, daß man auf diese Art und Weise einigen Einwänden, die gemacht worden sind, entgegenkommen kann. Die Regelung wurde aber andererseits bestätigt, auch wenn sie sehr schmerzhaft ist, weil damit wirklich ein Instrument gegeben ist, das eine gewisse Servilität der Arbeiten gewährleistet. Diese Änderungen, die ich Ihnen jetzt mitgeteilt habe, werden Ihnen natürlich schriftlich mitgeteilt werden. Sie sind alle formalisiert worden und liegen jetzt schriftlich vor. Wir werden ebenso dafür sorgen, daß die Änderungen der Geschäftsordnung die wir gestern beschlossen haben und die jetzt in Kraft sind, also die Halbierung der Redezeiten, in der Geschäftsordnung so bald wie möglich vermerkt werden und wir die überarbeitete Version derselben erhalten. Das wär's an Mitteilungen.

Wir kommen heute zum nächsten Punkt der Tagesordnung. Wie von den Fraktionsvorsitzenden beschlossen behandeln wird Punkt 3 des Familienpaketes, den **Gesetzentwurf Nr. 80: Einführung der Regionalversicherung für die Renten zugunsten der im Haushalt tätigen Personen**, der von der Regierung am 14. August 1992 rückverwiesen wurde und nun in neuer Fassung mit einigen Abänderungen von der Gesetzgebungskommission wiederum vorgelegt wird. Ich bitte den Präsidenten der Gesetzgebungskommission, den Abg. Negherbon, um Verlesung des Berichtes. Richtig, zuerst müßte man den Bericht der ersten Gesetzgebungskommission verlesen. Nun, da der Präsident derselben nicht hier ist, bitte ich den Abg. Tarolli um Verlesung des Berichtes der ersten Kommission und ersuche dann den Abg. Negherbon Finanzbericht zu verlesen..

PRESIDENTE: Vi prego di prestare un attimo di attenzione, poiché desidero fare una comunicazione. E' noto che per lungo tempo ci siamo occupati della rielaborazione del Regolamento delle indennità. Le modifiche che sono state apportate e che intendo sottoporre alla Vostra attenzione, concernono infatti l'indennità consiliare nonché gli assegni vitalizi. La prima modifica concerne i contributi previdenziali, attualmente fissati nella misura del 14 per cento dell'indennità consiliare, i quali sono stati aumentati del 8 per cento, portandoli al 22 per cento. Tale aumento verrà introdotto in due fasi, ovvero con un primo aumento del 4 per cento che scatterà a partire dal 1 gennaio 1993, il secondo con decorrenza 1 gennaio 1994.

La seconda modifica attiene il limite massimo degli assegni vitalizi, attualmente fissato nella misura del 85 per cento dell'indennità consiliare lorda. Esso sarà portato al 78 per cento con decorrenza 1 gennaio 1994. Non verranno però modificati i diritti acquisiti, quindi i consiglieri in servizio oppure cessati dal mandato potranno continuare a beneficiare di un'eventuale percentuale

maggiore, sempre che questa sia stata maturata, e la differenza tra il 78 per cento e la percentuale maggiore verrà erogata sotto forma di un assegno personale riassorbibile con i futuri aumenti degli assegni medesimi. Ma ripeto, i diritti acquisiti permangono.

La terza modifica concerne le norme sull'indennità di fine mandato, le quali sanciscono che essa spetta al consigliere che abbia compiuto una intera legislatura. Questa clausola è ora stata soppressa in quanto ci si è accordati di liquidare l'indennità di fine mandato in rapporto all'effettiva durata del mandato anche a favore di quei consiglieri che non sono rieletti. La relativa deliberazione è stata approvata qualche giorno fa, la proposta è stata formalizzata oggi.

Nel Regolamento delle indennità le modifiche apportate riguardano le detrazioni per assenza. Vi è noto che la nostra regolamentazione a riguardo è una delle più severe. L'importo da detrarre, sempre adeguato all'inflazione, ammonta attualmente a 112.000 lire per assenza. Le detrazioni vengono controllate scrupolosamente e la giustificazione è ammessa solo per motivi salute o per adempimento agli incarichi ricevuti dal Presidente. L'accertamento dell'effettiva presenza dei consiglieri è effettuato con appello nominale all'inizio di ogni seduta e in sede di votazione, sia che essa avvenga con scrutinio segreto o appello nominale. A buon diritto è ora stata sollevata l'obiezione che il consigliere che ritarda di 10 minuti e non è dunque presente all'appello nominale o che è assente nella commissione legislativa convocata nella stessa mattinata in cui questo consesso si riunisce, viene dunque penalizzato con la detrazione pari all'assenza per l'intera giornata. Per rimediare a questa prassi non del tutto corretta, si è deciso di effettuare tale detrazione in relazione all'effettiva assenza. Se il consigliere risulta assente il mattino, si detraggono 56.000 lire; se la sua assenza si protrae anche nel pomeriggio o se egli risulta assente all'appello nominale, si procede alla detrazione di ulteriori 56.000 lire; si tratta quindi 112.000 lire complessive. Se il consigliere risulta però assente soltanto la mattina, allora vengono detratte 56.000 lire anziché le 112.000. Così facendo provvediamo ad applicare una più equa regolamentazione. Sono dell'avviso che in tal modo si è potuto trovare una soluzione soddisfacente per alcune delle obiezioni sollevate. La regolamentazione, pur essendo molto severa, è però stata riconfermata in quanto garantisce una certa celerità dei lavori. Le suddette modifiche, Vi verranno certamente anche comunicate per iscritto. Provvederemo altresì affinché gli emendamenti al Regolamento, cioè il dimezzamento dei tempi d'intervento, approvati nel corso della seduta di ieri e quindi già entrati in vigore, vengano al più presto inserite nello stesso. Appena sarà disponibile, Vi verrà distribuita una copia rielaborato del Regolamento. Avrei così terminato le comunicazioni.

Pongo ora in discussione il prossimo punto all'ordine del giorno, la terza parte del Pacchetto famiglia, il **disegno di legge n. 80: "Istituzione dell'assicurazione regionale per la pensione alle persone casalinghe"**, che è stato respinto dal governo in data 14 agosto 1992. Dopo esser stato rielaborato dalla commissione competente viene ora nuovamente sottoposto all'esame di quest'Aula. Prego il presidente della Commissione legislativa, il cons. Negherbon, di dare lettura della relazione. Ha ragione, prima dobbiamo leggere la relazione della I^a Commissione legislativa. Non essendo presente il Presidente della stessa, prego il cons. Tarolli di relazionare per la I^a Commissione nonché il cons. Negherbon di dare lettura del parere finanziario.

TAROLLI:

R e l a z i o n e

La I^a Commissione legislativa ha riesaminato nelle sedute del 22 ottobre e 4 novembre 1992 il disegno di legge n. 80: "Istituzione dell'assicurazione regionale per la pensione alle persone casalinghe" (presentato dalla Giunta regionale e rinviato dal governo in data 14 agosto 1992).

L'assessore Morandini, che ha presenziato ai lavori della Commissione, ha relazionato in merito alle trattative intercorse tra il suo assessorato ed il Ministro preposto agli affari regionali, avviate all'indomani del rinvio governativo. In particolare ha rilevato che il competente Ministero del Tesoro

ha riconosciuto la competenza regionale in materia, ma esistono perplessità sul divario esistente tra contribuzione posta a carico del soggetto e l'impegno finanziario dell'ente pubblico. Pertanto, ha concluso l'assessore Morandini, è necessario, al fine di concludere positivamente l'iter legislativo, ridurre complessivamente i costi a carico del bilancio regionale e a tal proposito ha presentato all'attenzione della Commissione diversi emendamenti.

I commissari Kuštatscher, Bolognani e Kaserer si sono espressi in linea di massima favorevoli ad accettare il compromesso dettato dagli organi governativi, onde permettere alla categoria delle persone casalinghe, peraltro indifesa, di potersi costituire volontariamente un fondo pensionistico, non avendo altrimenti altre possibilità. Non hanno comunque condiviso le perplessità del Governo, poiché il contributo richiesto a carico dei soggetti è pari alla contribuzione INPS per la categoria delle colf, mentre il diritto alla relativa pensione sarà maturato al compimento del 65° anno di età.

La cons. Zendron si è detta nettamente contraria agli emendamenti e quindi anche al disegno di legge, che ha subito notevoli modifiche sostanziali, escludendo del resto proprio la fascia più debole della popolazione, dato che l'aumento del 20% della contribuzione a carico dei soggetti raggiunge una spesa tale, che le famiglie più bisognose non riusciranno a sostenere.

Il cons. Taverna, annunciando per il momento voto di astensione, non essendo a suo avviso chiaro come gli emendamenti proposti possano superare le obiezioni sollevate dal Governo e non potendo condividere il previsto taglio di spesa pari al 50% dell'onere originario, si è riservato di presentare emendamenti in aula e di mutare, in caso di accoglimento, il proprio voto in sede consiliare.

La Commissione a maggioranza non ha accolto l'emendamento presentato dalla Giunta regionale all'art. 11, non condividendo i tagli proposti dall'assessore Morandini proprio a carico delle persone più anziane e quindi maggiormente in difficoltà sotto il profilo previdenziale. La Giunta regionale si è comunque riservata di approfondire la problematica prima che il provvedimento giunga in aula e di proporre in quella sede eventuali aggiustamenti.

A conclusione dell'esame articolato, sono risultati modificati il titolo e gli artt. 4, 5, 8, 13 e 14, mentre l'emendamento presentato dalla cons. Zendron, l'art. 4 bis, non è stato accolto dalla Commissione.

Il disegno di legge è stato pertanto riapprovato nel suo complesso con le suddette modificazioni a maggioranza con il voto contrario della cons. Zendron e le astensioni dei cons. Taverna e Viola.

Si rimette pertanto il disegno di legge al riesame del Consiglio regionale.

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Tarolli. Das Wort jetzt an den Abg. Negherbon zur Verlesung des Finanzberichtes.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Tarolli. Concedo ora la parola al cons. Negherbon per la lettura del parere finanziario.

NEGHERBON:

Relazione

La II^a Commissione legislativa nella seduta del 26 novembre 1992 ha esaminato ai sensi dell'art. 41 del Regolamento interno la norma finanziaria del disegno di legge n. 80.

Preso atto che il bilancio di previsione per l'esercizio finanziario 1993 dispone dei necessari mezzi finanziari per fronteggiare la spesa derivante dal provvedimento, a maggioranza la Commissione ha espresso parere finanziario favorevole.

Il cons. Benedikter ha dichiarato voto contrario, ritenendo la Regione non competente in materia, mentre il cons. Meraner si è astenuto, dato che a suo avviso il parere finanziario della Commissione, come previsto dal Regolamento, si riduce ad un mero atto formale.

PRÄSIDENT: Danke schön. So bevor ich jetzt die Debatte eröffne, wollte ich zur Prozedur etwas sagen. Ich würde vorschlagen, daß wir das gleiche Verfahren anwenden wie gestern, daß wir also in der Artikeldebatte jeweils die alten Artikel zur Abstimmung bringen ohne sie zu verlesen und daß wir nur jene Artikel verlesen, die neu sind. Aber reden kann selbstverständlich jeder zu jedem Artikel. Ich sehe zu diesem Verfahren keine Einwände. Dann gilt dieser Verfahrensvorschlag als genehmigt.

Damit eröffne ich die Generaldebatte. Zu Wort gemeldet hat sich die Abg. Alessandra Zendron. Bitte schön.

PRESIDENTE: Grazie. Prima di dichiarare aperta la discussione generale desidero intervenire in merito all'ordine dei lavori. Propongo di adottare la procedura di ieri, cioè di limitare la lettura degli articoli in sede di discussione articolata a quelli che sono stati riformulati. Ciò non impedisce però ad ogni consigliere di intervenire in merito ad ogni articolo. Chi si oppone a questa proposta? Nessuno. La procedura è approvata.

Dichiaro ora aperta la discussione generale. E' iscritta a parlare la cons. Alessandra Zendron. Prego consigliere, ne ha facoltà.

ZENDRON: Grazie, signor Presidente. Voglio riproporre le osservazioni che ho portato anche in Commissione e credo siano oggi fondate, almeno quanto un paio di mesi fa quando le ho fatte.

Di fronte alla riduzione imposta dallo Stato da 45 a 26 miliardi, si è scelto di intervenire in un modo che a mio parere va nella direzione contraria di quella richiesta dalla maggior parte delle persone che hanno avuto a che fare con questa legge e cioè si è deciso di aumentare la contribuzione da parte delle persone che vogliono accedere a questo beneficio e lo si è fatto aumentando questa contribuzione del 20%, arrivando quindi ad imporre il pagamento di una cifra così elevata che, a mio parere, non è più vantaggioso per le persone che hanno un basso reddito chiedere di accedere a questo beneficio, di iscriversi e di pagare, perché la cifra che si deve pagare è troppo elevata, si arriva a pagare 127 mila lire e mi sembra che questa sia una cifra che molte famiglie, soprattutto quelle che dovrebbero essere aiutate da questo intervento, non se lo possono permettere.

In verità la richiesta che era stata fatta era quella di ridurre il settore di intervento e di intervenire sulle persone, soprattutto donne, più anziane. Il problema che è stato posto dalle ACLI di lingua tedesca e da quelle di lingua italiana, le persone che abbiamo sentito delle varie associazioni, era quello di trovare una soluzione per le donne che, oltre i 50 anni, dopo aver dedicato la loro vita ad allevare i loro figli, adesso si trovano in una situazione di totale scopertura previdenziale e di fronte alla impossibilità anche di reinserirsi nel mondo del lavoro con un lavoro dignitoso, perché sappiamo che di fronte al bisogno ci sono tantissime donne che vanno a fare quei lavori che nessuno accetterebbe se avesse un'altra possibilità.

Al contrario qui si procede nella direzione opposta, cioè si continua a permettere l'accesso alle persone molto giovani, anche a 18 anni, incoraggiando - a mio parere non facendo un'operazione molto intelligente - ragazze di 18 anni a non accedere al mondo del lavoro con l'illusione di una pensione da ottenere fra molti decenni e contemporaneamente si eleva l'anno di nascita per l'accesso, cioè si escludono le donne più anziane escludendo gli anni dal 1932 al 1934 con questo emendamento dell'assessore Morandini, che, a mio parere, è stato giustamente respinto in Commissione e spero venga respinto anche in aula.

Credo che in ogni caso bisogna guardare tutta insieme questa manovra, non possiamo avere ancora fiducia in quanto ci dice l'assessore Morandini che verrà approvata questa legge, perché sappiamo benissimo che ci sono delle grosse difficoltà e ci sono difficoltà anche fondate e obiettive, perché la manovra sulla riforma delle pensioni, che è stata fatta in novembre, ha portato il periodo di contribuzione per tutte le pensioni ad un minimo di 20 anni. Questo nostro disegno di legge invece

conferma una pensione di 15 anni.

Il fatto poi che l'assessore Morandini dica che si gode di questa pensione a 65 anni non vuole dire niente, perché anche nel resto del sistema pensionistico moltissime pensioni vengono godute a partire dai 65 anni e quindi in questo caso la cosa non dice niente.

Facendo delle considerazioni su questi punti, a me sembra che questo disegno di legge abbia perso lungo la strada il suo significato. Qui ci si proponeva un intervento di previdenza integrativa che andava a coprire un settore che era completamente scoperto e data la limitatezza delle forze si era già fatto un errore nell'ammettere un accesso così generalizzato dai 18 anni fino ai 60.

Ora in presenza di una clamorosa riduzione, perché dai 45 miliardi a 26 c'è una differenza sostanziale, è proprio cambiato il segno della manovra e a me sembra che il modo con cui la Giunta regionale ha scelto di cambiare il segno, sia un modo completamente sbagliato, che rende ancora più visibile l'ingiustizia del modo che si era fatto prima, però prima, essendoci più soldi, in qualche maniera si riusciva a comprendere dei settori che potevano avere bisogno.

Oggi noi invece assistiamo ad una manovra che chiede di pagare molto alle persone direttamente interessate, quindi esclude i ceti più deboli, che sono quelli su cui la previdenza integrativa dovrebbe intervenire, non si fa una scelta decisa a favore delle persone più anziane e che non hanno possibilità di coprirsi dal punto di vista della previdenza in modo diverso, perché sappiamo quanto sia difficile entrare nel mondo del lavoro dopo una certa età e si va anche a presentare una legge che ha delle fortissime possibilità di essere respinta a ragione dal Governo, mi chiedo se non dovremmo chiedere all'assessore Morandini di ripensare a fondo questa legge, di non usare il tempo del Consiglio regionale solo per fare una cosa che non avrà conseguenze, perché intanto vedremo che questa legge verrà respinta, ma nel frattempo avremo perso il tempo e l'occasione di mettere in piedi un qualche cosa, in fatto di previdenza integrativa, che risponda alle numerose esigenze in questo campo specifico che ci vengono fatte.

Insisto, non ripresenterò qui l'emendamento che ho presentato in Commissione, però sono convinta che quella proposta sia giusta, quella di concentrare la manovra di previdenza, ridotta come è ridotta quantitativamente, di concentrarla sulle persone che ne hanno bisogno, non su un discorso ideologico, ma su un problema reale delle casalinghe che hanno un'età che costituisce un problema ai fini dell'assicurazione previdenziale, credo che questa sia una cosa fortemente sentita all'esterno di quest'aula, che tante associazioni che lavorano nel sociale l'hanno studiata a fondo e ci hanno chiesto di intervenire in questo modo.

Credevo che sarebbe arrivato il momento di smettere di giocare con questi interventi, di fare dei tentativi e invece di concentrare la possibilità di intervento che abbiamo alla soluzione di uno dei problemi e questo mi sembra che individuare il problema nel tentativo di assicurare una copertura previdenziale alle donne casalinghe che hanno quella fascia di età che ho indicato prima, sia l'unico intervento giusto e realistico che possiamo fare in questa fase, senza ritrovarci fra qualche mese di fronte ad ulteriori aggiustamenti, che non garantiscono l'impostazione di una manovra in fatto di previdenza integrativa, che avrà respiro nel futuro.

PRÄSIDENT: Ja Danke, Frau Abgeordnete. Als nächste haben sich die Abg. Kaserer und Taverna zu Wort gemeldet. Das Wort hat der Abg. Kaserer. Bitte schön.

PRESIDENTE: Grazie, signora consigliere. I prossimi oratori iscritti a parlare sono i cons. Kaserer e Taverna. La parola al cons. Kaserer. Prego consigliere.

KASERER: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen. Wir sind nun dabei, das von Rom abgelehnte dritte Familienpaket, nochmals zu behandeln. Ich darf gleich vorwegnehmen, daß ich es schon sehr schlimm gefunden habe, daß ausgerechnet dieses dritte Familienpaket abgelehnt worden ist, mit

welchem die lang ersehnte und erwünschte Hausfrauenrente hätte erreicht werden sollen. Wir haben mit den anderen Gesetzen anerkannt, daß die vielfältige Arbeit der Hausfrau oder vielleicht müßte ich sagen, die vielfältige Tätigkeit der Hausfrau, Arbeit ist und als solche anerkannt worden ist. Das ist ein wesentlicher Punkt, der zwei vorgehenden Gesetze. Mit den anderen Gesetzen ermöglichen wir denjenigen Personen, die bereits eine Teilversicherung haben, daß sie diese Versicherungszeit fortsetzen können, um auf diese Weise in den Genuß der staatlichen Rente zu kommen. Ich glaube, das ist das Grundziel, daß wir uns gesetzt haben, daß wir sagen, jeder Mensch, auch die Hausfrau soll die Möglichkeit erhalten, nicht nur die Hinterbliebenenrente zu bekommen wenn der Mann gestorben ist, sondern daß sie mit Erreichung des Pensionsalters die Möglichkeit erhalten, eine eigene Pension zu erhalten. Durch einen Beitrag ermöglichen wir denjenigen, die mindestens 5 Jahre Versicherung insgesamt haben, die freiwillige Weiterversicherung, sodaß sie bei Erreichung des Pensionsalters in den Genuß dieser Pension kommen können. Das ist richtig und gut so. Es ist außerdem richtig, daß jeder - oder in diesem Fall - jede auch einen Beitrag dazu leistet, und das ist mit Gesetz geregelt, wobei auch die entsprechende Durchführungsbestimmung verabschiedet worden ist. Damit wird geregelt, daß die Beiträge entsprechend den realen Einkommen getätigt werden müssen. Ich habe gehört, daß diesbezüglich in der Nachbarprovinz, also in Trient, Schwierigkeiten bei der Anwendung bestehen, andere wiederum haben gesagt, daß wenig Wille dazu da sei, in Trient diese Maßnahmen, so wie sie geplant sind, durchzuführen. Ich kann nicht beurteilen, welches die eigentliche Ursache ist. Auf jeden Fall scheint es so zu sein, daß man in Trient - wir sind auch noch nicht sehr weit - aber es scheint so zu sein, daß man in Trient noch weniger weit ist, als hier in Bozen. Es handelt sich um eine neue Materie und es bestehen natürlich Anfangsschwierigkeiten, die überwunden werden müssen. Ich muß aber in diesem Zusammenhang sagen, daß durch die Zusammenarbeit mit den Patronaten, vor allem mit dem Patronat KVW, sehr viel gemeinsame Arbeit geleistet worden ist, um die Durchführung zu ermöglichen. Der große Vorteil liegt dabei vor allem darin, daß die Patronate auch draußen in den Bezirken tätig sind und auf diese Weise eine günstige Anlaufstelle für die Einreichung der Gesuche und auch für Informationen geworden sind, sodaß nicht jeder, der diese Maßnahmen des Familienpaketes beanspruchen will, in das Landesamt nach Bozen kommen muß. Nebenbei zu bemerken ist, daß dieses Landesamt in einer absolut ungünstigen Lage, außerhalb des Zentrums, liegt und daß, dies in Klammer bemerkt, es günstiger wäre, wenn dieses Amt zentraler irgendwo wäre. Aber das Amt hat die Arbeit aufgenommen und es sind eine ganze Menge von Gesuchen bereits eingereicht worden und man ist ja dabei alle diese Gesuche zu verarbeiten. Daß ist soweit so gut.

Aber nun kommen wir zu jenen Personen, die aufgrund ihrer Versicherungslage nicht die Möglichkeit haben, beim Nationalinstitut für Sozialfürsorge eine normale Weiterversicherung zu leisten. Wir alle wissen, daß es nicht so lange her ist und daß und es auch heute, wie man immer wieder feststellen muß, noch vorkommt, daß nicht jeder oder jede, die in einem abhängigen Arbeitsverhältnis tätig ist, auch entsprechend angemeldet und damit versichert ist. Und deshalb sind viele von diesen Frauen, Hausfrauen, die heute ein bestimmtes Alter erreicht haben in dieser Lage, da sie nach ihrer lohnabhängigen Tätigkeit, geheiratet haben und dort in der Familie sozusagen aufgegangen sind, und dort in der Regel sehr gute Arbeit geleistet haben. Wir alle sind uns bewußt, welche Bedeutung die Familie für die Erziehung, ja nicht nur der Kleinen, der Kinder, sondern auch für den Jugendlichen bedeutet, was es heißt ein Heim zu besitzen, einen sogenannten ruhigen Pool oder eine Stelle, wo man jederzeit hingehen kann und wo man jederzeit sozusagen willkommen ist und sich auch gerne aufhält. Ich meine damit die Bedeutung der Familie. Die Person, die in der Regel den Großteil dazu leistet, daß man sich in der Familie wohlfühlt, das ist doch die Mutter, das ist die Hausfrau. Und ausgerechnet diese Hausfrauen, die ein bestimmtes Alter erreicht haben, haben keine Möglichkeit in den Genuß einer Rente zu kommen und deshalb diese Maßnahme. Nun ist es so, daß eine Bestimmung dieses Gesetzes eben ermöglicht, daß man die 15, 16 oder dementsprechend nötige Anzahl von Jahren, die es braucht, um in den Genuß einer Rente zu kommen, auch in verkürzter Zeit

einzahlen kann, um mit Erreichen des 65. Lebensjahres in den Genuß dieser Hausfrauenrente zu kommen. Das heißt also, daß diejenige Hausfrau, die in den Genuß dieser Hausfrauenrente kommen möchte, mehr einzahlen muß, als sonst der Fall wäre. Wenn der Betrag, der normalerweise in 15 Jahren einbezahlt wird, in 5, 6 oder 10 Jahren gezahlt werden muß, dann ist das eine gewaltige finanzielle Anstrengung. Und jetzt muß man davon ausgehen, daß es sehr viele Familien gibt, wo diese Hausfrau, die Frau eines gewöhnlichen Arbeiters ist, der kein großes Einkommen hat und dadurch in vielen Fällen nicht imstande ist, die vorgeschriebenen Beiträge einzuzahlen. Diese Beiträge müssen mit diesem Gesetz noch dazu um 20 Prozent erhöht werden, weil die Regierung, Minister Costa, der Meinung ist, daß der Beitrag, so wie er mit dem ursprünglichen Gesetz vorgesehen wäre, einfach zu gering sei. Durch diese erhöhten Beiträge sind viele Personen nicht mehr in der Lage, diese Beitragsleistung an die Region zu zahlen, um nachher in den Genuß der Rente kommen können. Deshalb schlage ich vor, so wie ich es bereits im Rahmen der Haushaltsdebatte getan hatte, daß man sich doch überlegen sollte, ob es nicht möglich wäre, hier eine Art Staffelung vorzunehmen. Meinetwegen könnte man auch eine Erhöhung auf 50 % der Beiträge für jene, die ein höheres Familieneinkommen besitzen vornehmen, und eine niedrigere Quote für die Einkommensschwächeren einführen. Das wäre für mich eine Maßnahme, durch welche man allen Bevölkerungsschichten, das Erreichen einer Hausfrauenrente ermöglichen würde. Nun hat man mir gesagt, das sei hier nicht möglich, da die gesetzlichen Voraussetzungen nicht gegeben sind. Ich kann das nicht prüfen, aber auf jeden Fall muß ich sagen, daß es für mich unlogisch ist, daß man in der Beitragsgewährung nicht differenzieren kann, also nicht unterschiedliche Beträge festsetzen kann. Nun ist es so, daß mit diesem Gesetz bzw. mit einem Abänderungsantrag in der Übergangsbestimmung, wo es heißt, daß bei der ersten Anwendung die im Haushalt tätigen Personen, welche zwischen dem 1. Jänner 1932 und dem 31. Dezember 1942 geboren sind, bei der Regionalversicherung eingetragen werden können, und somit bis zum 65. Lebensjahr einen jährlichen Beitrag in der Höhe jenes einzahlen, der im Artikel 5 vorgesehen ist, multipliziert mal 15 und geteilt durch die fehlenden Beitragsjahre, jene Hausfrauen benachteiligt werden, die zwischen dem 1. Jänner 1932 und 1934 geboren sind.

Wir strafen jetzt noch einmal eine Altersstufe. Während wir vorher, diejenigen drinnen hatten, die nach dem 1. Jänner 1932 geboren sind und die sich, nachdem wir jetzt schon länger über dieses Familienpaket reden, auch berechnete Hoffnungen gemacht haben, daß sie noch in den Genuß einer solchen Rente kommen können, diejenigen also, die zwischen 1932 und 1934 geboren sind, schließen wir sie nun mit diesem Artikel 11, wenn er so genehmigt wird, wie der Abänderungsantrag des Ausschusses da ist, wieder aus. Wir haben also einerseits Maßnahmen, aufgrund welcher wahrscheinlich sehr viele nicht imstande sind diesen Beitrag zu leisten, zum anderen reduzieren wir auch noch die Jahre, aufgrund deren man eben die Möglichkeit der freiwilligen Einzahlung erreichen hätte können. In meinen Augen sind das zwei negative Maßnahmen, die wir mit diesem Gesetz setzen, wenn ich auch anerkenne und respektiere, daß es zumindest einem Teil der Hausfrauen möglich sein wird, zu einer Rente zu kommen. Der Ausschluß dieser zwei Jahrgänge wird damit begründet, daß dies finanziell nicht tragbar sei.

Ich bin der Meinung, und man kann natürlich die Rechnung so und so anstellen, daß aufgrund der erhöhten Beträge weniger Leute imstande sein werden, diese einzuzahlen, und daß somit die in diesem Gesetz und damit auch im Haushalt vorgesehenen Mittel reichen würden. Ich glaube, daß die Einzahlung, und schon gar die Auszahlung, niemals in diesem Jahr erfolgen wird, sodaß wir heuer, also im Jahre 93, überhaupt keine Lira auszahlen werden. Somit können wir heuer sehen, wie groß die Anzahl der Anträge sein wird die eingehen und haben dann immer noch die Möglichkeit, in den nächsten Haushalten Maßnahmen oder Gelder vorzusehen, damit wir eventuell, falls notwendig, imstande sind das trotzdem zu finanzieren. Deshalb scheint für mich diese Begründung nicht ganz stichhaltig. Lassen wir den zwischen 1932 und 1934 geborenen Hausfrauen doch die Möglichkeit hier anzusuchen, da wir die Gelder in diesem Jahr ja nicht auszugeben brauchen. Ich behalte mir vor,

eventuell zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal dazu Stellung zu nehmen, je nachdem wie die Begründung des Regionalausschusses ausfällt. Ich bin aber doch etwas zuversichtlich, daß der Regionalrat oder der Regionalausschuß sich bewußt ist, was wir hier streichen. Jeder, der hier mitentscheidet sollte sich in die Lage der Frauen, die im Jahre 1932 und 1933 geboren sind und die sich Hoffnungen gemacht haben, daß sie in den Genuß einer Rente kommen, Hoffnungen, die wir hier mit einer einfachen Abstimmung einfach auslöschen. Das finde ich nicht verantwortungsvoll. Danke.

(Signor Presidente, stimati colleghe e colleghi! Stiamo ora apprestandoci a riesaminare la terza parte del Pacchetto famiglia, oggetto di rinvio governativo. Desidero sottolineare che sono rimasto particolarmente amareggiato dal fatto che proprio questa terza parte del Pacchetto famiglia, mirante alla realizzazione della tanto attesa pensione alle persone casalinghe, sia stata respinta. Con le leggi concernenti la prima e seconda parte del Pacchetto famiglia abbiamo dato pieno riconoscimento al lavoro casalingo ovvero delle molteplici attività casalinghe. E' questo un concetto fondamentale delle due leggi precedenti, che permettono alle persone casalinghe che posseggono una copertura previdenziale parziale di proseguire nei versamenti previdenziali per maturare una pensione di vecchiaia. E' questo appunto l'obiettivo che ci siamo posti, di assicurare alle persone casalinghe la possibilità, indipendentemente da un eventuale pensione per i superstiti, di beneficiare di una propria pensione di vecchiaia, una volta raggiunta l'età pensionabile. Le persone che sono in grado di dimostrare di avere una copertura previdenziale minima di 5 anni hanno la possibilità di proseguire volontariamente nei versamenti previdenziali per costituirsi una pensione di vecchiaia. Questo è loro diritto ed è giusto che venga rispettato. E' inoltre del tutto lecito che la casalinga stessa vi contribuisca con un proprio versamento, il cui ammontare è fissato dalla legge. A tal proposito è anche stato accolta la relativa norma d'attuazione, che sancisce che i contributi a carico dei soggetti debbono venire rapportati ai redditi effettivi degli stessi. Ho appreso che a Trento si sono incontrate difficoltà nell'applicazione di questi provvedimenti. Non spetta a me giudicare quale sia stata la vera causa, pare però che a Trento i risultati finora raggiunti siano minori rispetto a quelli ottenuti nella nostra Provincia, sebbene essi siano piuttosto modesti. Si tratta di una problematica del tutto nuova ed è normale che ci siano dei problemi iniziali che devono però essere risolti. In tal contesto desidero però rilevare che la collaborazione con i patronati, in particolare con l'ACLI tedesco, ha contribuito notevolmente alla realizzazione dei nostri progetti. Il vantaggio maggiore di questa collaborazione è dato dal fatto che l'ACLI, operando anche nei comprensori, è diventato un centro d'informazione e di raccolta delle domande. In tal modo si è evitato che tutti gli interessati ai provvedimenti del Pacchetto famiglia debbano recarsi all'apposito ufficio provinciale a Bolzano. Tra l'altro tale ufficio provinciale è situato in posizione estremamente scomoda e sarebbe opportuno che venisse trasferito in centro città. Ma l'ufficio ha avviato i lavori e finora sono state presentate moltissime richieste che ora vengono esaminate. E con ciò sono pienamente d'accordo.

Ora però cerchiamo di metterci nei panni delle persone che data la loro insufficiente copertura provvidenziale non sono autorizzate alla prosecuzione volontaria dei versamenti. E' ben noto che in passato molto spesso le persone che svolgevano un'attività lavorativa dipendente non godevano dalla relativa copertura previdenziale. Ed è proprio questo il motivo per cui molte casalinghe si trovano oggi in questa situazione, forse perché hanno cessato l'attività lavorativa dipendente dopo essersi sposate e sacrificate per la famiglia. Noi tutti riconosciamo l'importanza della famiglia per l'educazione dei bambini ed anche dei giovani. Sappiamo cosa significa aver una propria casa, un posto dove ci si trovi bene e dove piaccia trascorrere il tempo. La persona che di norma contribuisce maggiormente al benessere della famiglia è la madre, la casalinga. E sono proprio queste casalinghe di una certa età che ora si trovano nell'impossibilità assoluta di costituirsi una pensione di vecchiaia, fatto che rende questo provvedimento assolutamente necessario. Una disposizione della presente legge stabilisce che i contributi a carico dei soggetti e necessari per potersi costituire una pensione di

vecchiaia possono essere versati anche in tempi minori rispetto agli anni richiesti, onde poter, al compimento del 65.mo anno di età, beneficiare di questa pensione alle casalinghe. I contributi da versare sono in questo caso ovviamente maggiorati rispetto ai versamenti annuali. Se l'ammontare complessivo dei contributi di 15 anni deve essere versato entro 5, 6 o anche 10 anni, allora l'onere finanziario che deve essere sostenuto diventa enorme. Dobbiamo però partire dal presupposto che molto spesso la casalinga è la moglie di un semplice operaio percepisce un modesto reddito e dunque non è in grado di sostenere l'onere della contribuzione. Tali contributi dovrebbero inoltre essere aumentati del 20 per cento, dato che il Governo, o più precisamente il Ministro Costa sostiene che il contributo previsto dalla legge originale è decisamente troppo basso. Di conseguenza molte persone non saranno più in grado di sostenere detti oneri per poter successivamente beneficiare di una pensione. Proporrei dunque, come già feci in sede di discussione sul bilancio, di riflettere sulla possibilità di introdurre il sistema dei contributi differenziati. Semmai si potrebbe prevedere un aumento del 50 per cento per le famiglie più benestanti ed introdurre quote più basse per i meno abbienti. Sono dell'avviso che in tal modo si concederebbe a tutti i ceti sociali la possibilità di maturare una pensione per le casalinghe. Mi è stato riferito che un tale provvedimento non sia possibile, dato che non esistono i presupposti legali a riguardo. Non sono in grado di accertare se ciò sia vero, ma desidero far notare, che mi sembra poco logico che i versamenti non possano essere scaglionati. L'emendamento proposto all'art. 11, alla norma transitoria che sancisce che "in fase di prima applicazione, le persone casalinghe che hanno un'età compresa fra i 51 e 60 anni possono iscriversi all'assicurazione regionale versando annualmente fino al 65.mo anno d'età un contributo pari a quello previsto dal predigente art. 5, moltiplicato per 15 e diviso per il numero degli anni in contribuzione mancanti" mette in una posizione svantaggiata tutte le casalinghe nate tra il 1 gennaio del 1932 e del 1934.

Se l'emendamento all'art. 11 che è stato presentato dalla Giunta verrà accolto, puniremo tutte le persone nate tra il 1 gennaio 1932 e 1934 che avevano nutrito la speranza di poter beneficiare di una tale pensione. I provvedimenti adottati da un lato impediscono a molte persone di versare i contributi richiesti, dall'altro aumentano l'età minima che autorizza al versamento volontario dei contributi previdenziali. Sono a mio avviso due provvedimenti negativi, anche se riconosco che con questa legge permettiamo almeno a un certo numero di casalinghe di costituirsi una pensione di vecchiaia. L'esclusione di queste due fasce d'età viene giustificata con l'impossibilità di coprire l'onere finanziario che deriva da tale provvedimento.

Ognuno è libero di fare i conti come desidera, ma ritengo che i fondi previsti dalla legge e stanziati nel bilancio siano sufficienti, dato che un minor numero di persone sarà in grado di sostenere questi oneri. Penso, che né i versamenti previdenziali né l'erogazione delle pensioni avverranno nel corso di quest'anno, e che di conseguenza nel presente anno (il 1993) non dovremo sostenere alcuna spesa. Al termine di quest'anno potremo accertare il numero effettivo delle domande presentate nel corso del 1993 e vincolare i mezzi eventualmente necessari per il loro finanziamento nei bilanci successivi. Per questo la motivazione addotta dall'assessore a sostegno dell'emendamento non mi pare fondata. Propongo di concedere alle casalinghe nate tra il 1932 e il 1934 la possibilità di presentare le domande per beneficiare di questa provvidenza, visto che non dobbiamo erogare alcun contributo nel corso di quest'anno. Mi riservo comunque di intervenire nel merito successivamente, a seconda della motivazione che verrà adottata dalla Giunta Regionale. Auspico che questo consesso o la Giunta regionale si renda conto del fatto che ci apprestiamo ad escludere una fascia di donne nate tra il 1932 e il 1933, le quali hanno nutrito la speranza di maturare una pensione di vecchiaia, speranza che noi deludiamo con una semplice votazione. Non ritengo sia il nostro un comportamento responsabile! Grazie.)

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Kaserer. Das Wort hat jetzt Abg. Taverna. Bitte.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Kaserer. La parola ora al cons. Taverna. Ne ha la facoltà.

TAVERNA: Signor Presidente, onorevoli colleghi, ci troviamo a discutere nuovamente su questo disegno di legge n. 80, concernente: "Istituzione dell'assicurazione regionale per la pensione alle persone casalinghe".

Disegno di legge che abbiamo sostenuto in prima lettura nei suoi lineamenti generali, nelle motivazioni che lo hanno configurato e lo hanno realizzato. Abbiamo per la verità sostenuto una dura opposizione per quanto riguarda un aspetto, sicuramente non marginale, ma che comunque non intaccava i principi sui quali il disegno di legge trova il suo fondamento. Era la questione relativa al possesso del requisito della residenza, per consentire, in relazione a questo requisito, la possibilità di accedere all'albo delle persone casalinghe e di conseguenza poi di poter trarre tutte le conseguenze che l'iscrizione all'albo determinava.

Superato lo scoglio, per quanto ci riguarda, noi non siamo rimasti soddisfatti del compromesso, di fronte al quale abbiamo ritenuto di dover tener conto della legge, dei principi in quanto potevano costituire un importante strumento per la nostra Regione, uno strumento destinato a venire incontro ad una esigenza più volte ribadita, un'esigenza della quale il MSI si era fatto da tempo interprete a livello nazionale, presentando nelle scorse legislature appositi disegni di legge, unico il MSI ancora 25 anni fa a prefigurare la necessità che i principi della Costituzione, una costituzione che il più delle volte è rimasta letterale, non materiale, perché questi principi sono rimasti scritti nella carta, non hanno avuto riscontro da parte di questa classe politica, non c'è stata una volontà politica di realizzare nel concreto questi principi.

Avendo sott'occhio la Carta costituzionale, potrei divertirmi nell'elenco dei principi contenuti nella Carta e non realizzati, ma quello del riconoscimento del lavoro in tutte le sue manifestazioni è il primo principio, se è vero come è vero, che la Repubblica italiana all'art. 1 è una Repubblica fondata sul lavoro, ma se questo fosse veramente vero, noi potremmo arrivare alla conclusione che gli italiani sono tutti monarchici, perché mi pare che questo principio, una volta esternato, sia rimasto tale.

Proprio in questi giorni abbiamo assistito, onorevoli colleghi, alla individuazione che prefigura uno scenario di politica economica, destinato a sfociare in un preoccupante e pericoloso sbocco, quello della recessione e della disoccupazione e i pennivendoli di regime, che li troviamo disseminati in tutta la stampa italiana, proprio oggi hanno dato dimostrazione di come si possa confutare, non già sulla base dei principi e della ragionevolezza, dei principi dell'onestà politica, dei principi del giusto confronto delle idee, ma si tratta di osservare invece come questi pennivendoli di regime abbiano proprio oggi dimostrato, nel momento in cui la bicamerale viene delegittimata dall'uscita di due illustri esponenti, quali il segretario del MSI ed il prof. Miglio, proprio in questa occasione, quando si tenta la carta della truffa della legge elettorale, Amato dice: cosa diamo da mangiare ai 700 mila prossimi disoccupati? L'uninomiale?

Quasi che oggi si volesse scoprire in modo truffaldino, come truffaldini sono i rappresentanti di questi partiti, che di giorno tessono la tela e di notte la distruggono, come è possibile in questo momento barattare e allontanare dal dibattito politico del paese, quello delle riforme istituzionali contrabbandate invece dalla necessità di arrivare ad una truffa elettorale, che consenta ai partiti, che si trovano nella condizione oggi di avere meno consenso rispetto a ieri, di mantenere o rafforzare la propria rappresentanza parlamentare e quindi il proprio potere.

Com'è possibile allora in queste circostanze dimenticare nei confronti dell'opinione pubblica, le responsabilità in materia sociale, in quella materia che si riconosce nell'art. 1, laddove il principio del lavoro è un principio che dovrebbe essere fondante di questa Repubblica.

Se allora è vero, e non ci sono elementi che possono contraddire questo ragionamento

che è elementare sul piano politico ed è molto chiaro nella ricerca delle responsabilità, che sono responsabilità che appartengono a chi ha governato, appartengono ad un regime consociativo, nei confronti del quale le responsabilità sono ormai largamente diffuse dalla maggior parte dei partiti e tra gli uomini politici di questi partiti.

Allora quando noi oggi siamo qui chiamati a rileggere questo disegno di legge n. 80, non possiamo non ricordare le radici, le motivazioni ideali che il nostro partito, su questo problema, ha ritenuto di dover rappresentare nel paese anche con molta modestia e umiltà nella nostra realtà politica, se è vero come è vero, che abbiamo presentato in questo Consiglio regionale un progetto di legge destinato alla istituzione sul territorio della Repubblica di una legge che consentisse, da un lato il riconoscimento del lavoro domestico come lavoro a tutti gli effetti e lavoro inteso come manifestazione libera e spirituale dell'uomo, non come condanna.

Noi non apparteniamo a quelli che intendono il lavoro una condanna, riteniamo invece che il lavoro consenta all'uomo di poter esercitare nel pieno delle proprie capacità, nel pieno della propria fantasia, nel pieno delle proprie energie il meglio di sé medesimo e non soltanto in termini produttivi. Guai se noi ci limitassimo a considerare il lavoro soltanto in termini remunerativi, perché allora la conclusione di questo ragionamento dovrebbe essere necessariamente l'altro aspetto della medaglia, nei confronti del quale noi del MSI, ma anche altri su questa linea ci siamo ritrovati, quando abbiamo ritenuto di dover a chiare lettere denunciare quella società dei consumi, nei confronti di essa noi del MSI abbiamo sempre cercato di opporci, perché di fronte alla società dei consumi doveva esserci invece la società dei valori.

Questo è allora, signor Presidente, il ragionamento del MSI, non è un ragionamento che muove da impostazioni di carattere ideologico, le ideologie oggi sono morte, puzzano, sanno di obitorio, ma è la dottrina che noi vogliamo rappresentare, della quale vogliamo essere testimoni e testimonianza. In questi termini, nella ricerca di questi valori sta la nostra convinzione, nel sostegno di questo disegno di legge, che noi abbiamo dato con lealtà al momento in cui il disegno di legge n. 80 veniva letto per la prima volta da questo Consiglio regionale.

Allora oggi qual è il problema di fronte al quale siamo chiamati a dare una risposta? Il problema deriva da un provvedimento che il Governo ha deciso di assumere, un provvedimento di rigetto del disegno di legge, di cui noi ovviamente ci occuperemo nel corso di questo intervento, un comportamento del Governo che può avere soltanto due spiegazioni, o una spiegazione di carattere giuridico e quindi le valutazioni dovrebbero essere esclusivamente giuridiche, oppure valutazioni di carattere politico e se le valutazioni di carattere politico dovessero essere vere, dovremmo rispondere in termini politici, dovremmo avere il coraggio di articolare una risposta forte, politica, capace di rimuovere gli ostacoli che il Governo ha deciso di mettere sul cammino dell'iter di questo disegno di legge, quindi sulla realizzazione degli obiettivi, degli scopi che questo disegno di legge voleva realizzare.

Credo che noi ci troviamo nella condizione di poter sicuramente affermare, così come lo abbiamo fatto in sede di Commissione e la relazione che accompagna questo disegno di legge ha messo in evidenza con molta chiarezza, ne devo dare atto al Presidente della Commissione, quale fu la posizione assunta dal MSI, nella specie modestamente assunta dal sottoscritto, che ha l'onore di rappresentare il MSI nella Commissione proprio competente in questa materia, ma proprio perché ci troviamo nella condizione di dover attentamente valutare, nei suoi termini, al di là della stringata nota con la quale il Governo rigetta il disegno di legge, dobbiamo trovare le condizioni politico-giuridiche che ci consentano di superare l'ostacolo.

Abbiamo sempre detto che riconosciamo nel Governo, ovviamente non nel Governo Amato, sappiamo che il Governo nella nostra accezione è la rappresentazione dell'autorità statale e quindi noi ci mettiamo nella condizione, in un quadro istituzionale ben preciso di poter essere rispettosi delle decisioni del Governo, ma il Governo deve essere in altrettanta misura rispettoso delle nostre

decisioni.

Allora il nocciolo del problema sta in queste due righe, signor Presidente, onorevoli colleghi, caro assessore competente, in queste due righe nelle quali possiamo comprendere i motivi, il significato e le ragioni attraverso le quali l'autorità di Governo ci ha rispedito il disegno di legge e quali sono in questa nota stringata le ragioni? Il Governo afferma che la disciplina ivi prevista non è riconducibile nell'ambito della potestà integrativa regionale sancita dall'art. 6 dello Statuto di autonomia e viola il principio della ragionevolezza, nonché il principio della proporzionalità ed adeguatezza in materia previdenziale giusta la vigente giurisprudenza costituzionale. Questo è il punto sul quale si deve e si può ragionare.

Quando noi in prima lettura abbiamo sostenuto questo disegno di legge, lo abbiamo sostenuto anche per un altro motivo e non soltanto perché in certo qual modo ci riconosciamo come padri morali di questa normativa, come coloro che per primi questa proposta l'aveva intuita ed interpretata, ma avevamo anche sostenuto questo disegno di legge n. 80 per un'altra ragione, perché poteva essere questo disegno di legge il punto di riferimento per altre realtà regionali, dove non abbiamo una configurazione statale organizzata con le regioni, ma dal momento che ci sono tanto vale che queste regioni dimostrassero di esistere, di essere vive, avendo la possibilità di ricorrere come tanti gruppi consiliari, non soltanto del mio partito, ma penso che anche l'assessore sia stato tempestato da richieste relative al testo licenziato, da informazioni sull'iter seguito, perché questo è un argomento che è sentito non soltanto nella nostra regione, ma anche a livello nazionale e si poteva immaginare che una volta approvato il disegno di legge, questo potesse essere anche assunto come modello dal legislatore nazionale, affinché si decidesse, in ossequio alle nostre più volte ripresentate proposte di legge in materia, che il legislatore nazionale potesse quindi arrivare a determinare su tutto il territorio nazionale, attraverso i fondi e gli investimenti che fanno capo allo Stato, ad una legge nazionale che potesse trasformare e riconoscere il lavoro domestico come un lavoro a tutti gli effetti, con la propria dignità e con la necessaria considerazione; dignità e considerazione nei confronti delle quali credo ben pochi possano smentire questi concetti, che ormai appartengono ad una cultura, sono la certezza di una cultura.

Le riserve del MSI a questo punto, come ho cercato di sostenere in Commissione legislativa, sono riserve che rientrano negli ambiti di cui prima mi sono preoccupato, da un lato l'ambito giuridico e dall'altro l'ambito politico. Dobbiamo prima privilegiare l'aspetto politico e poi quello giuridico e dobbiamo fare viceversa? Credo che invece, al di là di ricercare una gerarchia rispetto all'accento che dobbiamo dare alle diverse angolature del problema, dobbiamo riaffermare in termini espliciti la validità dello strumento e lo dobbiamo fare senza alcuna riserva di ordine ideologico, riserva che abbiamo purtroppo constatato essere nascosta, ma essere presente, anche nel corso degli interventi di questa mattina questa riserva l'abbiamo potuta constatare.

Noi non abbiamo riserve di alcun genere sotto questo profilo, ma al tempo stesso vogliamo che il problema sia affrontato nel giusto verso.

Signor Presidente, come è possibile che l'ostacolo posto dal Governo circa la corretta interpretazione dell'art. 6 dello Statuto di autonomia, il quale recita al primo comma: "Nelle materia concernenti la previdenza e le assicurazioni sociali, la Regione ha facoltà di emanare norme legislative allo scopo di integrare le disposizioni delle leggi dello Stato..."

Allora aveva ragione il collega Benedikter, quando con caparbietà, che lealmente da avversari gli dobbiamo riconoscere, è caparbio il collega Benedikter, ha ragione lui? Se ha ragione lui dobbiamo riconoscere che ha ragione il Governo, quando afferma che questo disegno di legge esula dalle competenze di cui all'art. 6 dello Statuto di autonomia, esula davvero? Noi del MSI non ci preoccupiamo, anche se siamo per lo stato di diritto, per la politica intesa soprattutto come la capacità di sintesi e di risoluzione dei problemi, alla luce però di una direttrice che poggia le sue radici sul diritto, ma di fronte a questo interrogativo, vale a dire hanno ragione da un lato il collega Benedikter e

dall'altro il Governo nel ritenere che questo disegno di legge, nella sua configurazione, superi le competenze previste dall'art. 6 e allora a questo punto non ci rendiamo ragione del fatto che questa incompetenza possa essere superata dalla riduzione dell'investimento previsto dall'art. 14 del disegno di legge, per cui si passa dai 47 miliardi previsti nel disegno di legge di prima lettura, ai 26 miliardi previsti nel disegno di legge oggi in discussione in questa onorevole assemblea.

Il problema è allora politico e se è politico dobbiamo manifestare, caro assessore competente, la volontà politica di andare fino in fondo, questa è una delle linee sulle quali in Commissione mi sono occupato e sulle quali ho insistito; se noi siamo convinti della legittimità del provvedimento, non possiamo che rivotare il provvedimento, così come è uscito da questa assemblea qualche settimana fa e a costo di affrontare un nuovo diniego dovremo, se siamo convinti delle ragioni di volontà politica, di volontà di arrivare fino in fondo, di volontà di testimoniare la coerenza nelle decisioni e la necessaria fermezza nel difendere queste decisioni.

Colleghi, voi mi avete educato al senso dell'autonomia, quando sono venuto qui dentro non sapevo cosa fosse l'autonomia, così come non sapevo cosa fosse la democrazia, d'improvviso ho imparato qui dentro cos'è la democrazia e cos'è l'autonomia e voi mi avete insegnato che in nome dell'autonomia non soltanto ci si devono strappare i vestiti, ma anche i capelli e allora a questo punto ho visto che molti di voi usano qualche protesi che nascondono la caduta dei capelli.

Signor Presidente, onorevoli colleghi, c'è la volontà di difendere questo istituto autonomistico? C'è la volontà di credere nelle cose che abbiamo fatto? Allora si va fino in fondo, si affrontano i rischi e i pericoli di un ulteriore rigetto, si vada a giudizio della Corte costituzionale e lì abbiamo la possibilità di dimostrare in termini giuridici il nostro buon diritto. Non credo che sia giusta la strada percorsa dall'assessore, comprendo l'assessore quando individua una scorciatoia che gli consente di superare l'ostacolo, ma cosa significa ridurre gli investimenti da 47 a 26 miliardi...

Signor Presidente non comprendo il suono del campanello?

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter)

(Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz)

PRESIDENTE: Cons. Taverna, era per ricordarle che lei ha esaurito il suo tempo e la pregherei di concludere...

TAVERNA: Non è vero, signor Presidente e mi consenta di dimostrarle in due brevissime parole che ho tempo di parlare per un'ora, perché la delibera di ieri, fin tanto che non è pubblicata sul Bollettino Ufficiale della Regione non ha valore, quindi fin tanto che non è promulgata la delibera io ho diritto di parlare per un'ora!

Quindi, signor Presidente la invito a non suonare il campanello e lasciarmi parlare per il tempo che ancora mi rimane nel concludere l'intervento...

PRESIDENTE: Collega Taverna, se lei ha bisogno di qualche minuto per concludere...

TAVERNA: Voglio riaffermare, signor Presidente, ai sensi del rispetto del Regolamento che la delibera approvata ieri sulla riduzione dei tempi ha validità giuridica, chiedo conforto al Segretario generale, nel momento in cui viene pubblicata sul Bollettino, altrimenti non ha valore!

PRESIDENTE: Cons. Taverna, lei deve credere a quanto le sta dicendo il Presidente. Non sono qui sicuramente per togliere il tempo, sono qui per fare rispettare un regolamento che lei ha criticato, non ha votato, ma che è stato approvato dall'aula e dal momento che l'aula si pronuncia e vota un regolamento il Presidente lo deve applicare. Non è giusto quello che lei sostiene che il regolamento

deve essere pubblicato sul Bollettino, la sua è una richiesta che non posso accettare perché questo non è mai avvenuto...

TAVERNA: Comunque, signor Presidente, arrivo alla conclusione...

PRESIDENTE: Cons. Taverna, lei è una persona corretta e simpatica e deve però rispettare i tempi che ci siamo dati. A lei la parola per concludere.

TAVERNA: Due minuti, signor Presidente, per concludere il concetto, oltretutto mi riprometto di intervenire sull'articolato.

Il concetto che stavo illustrando è il seguente: la riduzione del fondo da 47 a 26 miliardi comporta l'inasprimento delle aliquote e allora comporta un'altra conseguenza sul piano sociale, ecco perché sono partito da lontano nel corso di questo intervento, siamo nella condizione di dover acconsentire che a questa forma di assicurazione possono ovviamente soltanto usare coloro che si trovano nella condizione materiale, finanziaria ed economica per poter sostenere l'inasprimento delle aliquote contributive per l'assicurazione medesima.

Signor Presidente, la ringrazio per avermi dato la possibilità di concludere il ragionamento e quindi di poter esprimere, seppur in maniera molto sintetica questo concetto, mi riservo nel corso dell'articolato di poter concludere il ragionamento nel modo più compiuto e completo possibile, sempre però nello spirito di contribuire al miglioramento del disegno di legge e nell'interesse soprattutto di coloro nei confronti dei quali il disegno di legge è diretto.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Duca.

DUCA: Credo che la discussione di questo provvedimento non possa prescindere da alcune considerazioni di carattere più generale, che anche in precedenza avevo avuto modo di fare nell'occasione della discussione dello stesso provvedimento, prima che fosse rinviato dal Governo ed in occasione degli altri disegni di legge che afferivano al cosiddetto pacchetto famiglia.

Sulla base di queste considerazioni di carattere generale, che tenterò brevemente di sviluppare, a me pare che corriamo il rischio veramente di giocare un po' con l'autonomia e anche con il ruolo del Consiglio, perché credo che se teniamo conto di come si sta sviluppando il dibattito nazionale e di come sono cambiati anche i presupposti generali di ordine giuridico ed economico e sui quali questo provvedimento era stato definito, credo che ci sia la consapevolezza da parte del Consiglio regionale che questo provvedimento ci verrà senz'altro restituito una seconda volta e che l'averlo ripresentato è soltanto una questione di puntiglio rispetto a un'iniziativa che già di per sé era discutibile.

Credo che il clima generale in cui ci troviamo, che abbiamo avuto modo anche di toccare, credo che il Consiglio regionale, ma soprattutto i due Consigli provinciali nel momento in cui hanno discusso del bilancio 1993, si siano accorti che la situazione è cambiata, perché abbiamo dovuto fare i conti con la finanza locale, con i comuni che chiedevano più soldi abbiamo dovuto dire di no, abbiamo dovuto fare i conti con la sanità, abbiamo dovuto fare i conti con un'autonomia che deve assumere delle compatibilità di natura finanziaria, cioè sono finiti i tempi in cui risorse si sommano a risorse, per cui si riusciva comunque nella politica delle aggiunzioni a soddisfare tutte le richieste e quindi a costruire quella che è stata una gestione opulenta, ma anche stupida, come più volte è stato detto, di un'autonomia che stenta comunque, anche agli occhi della nostra opinione pubblica, ad essere percepita come identità storico-culturale.

Abbiamo una situazione della finanza dello Stato e quindi di conseguenza della finanza locale che ci porterà sempre di più a fare i conti con le compatibilità, abbiamo avuto la prima

prova con la discussione dei bilanci in sede di Consiglio provinciale, dall'altra in materia previdenziale c'è stato un vero e proprio terremoto che è costituito dai provvedimenti delegati del Governo, terremoto che trasforma i presupposti fondamentali del diritto previdenziale, che fissa minimi nuovi, che prevede che ci vogliono almeno 20 anni di contribuzione per tutte le categorie per poter andare in pensione, che elimina la cassa integrazione, che riduce drasticamente i pre-pensionamenti dei lavoratori del settore industria che hanno magari 30-32 anni di contribuzione, che crea una nuova demarcazione tra previdenza pubblica e previdenza privata.

Per cui credo che da questo punto di vista le condizioni generali, al di là di tutto, siano quelle che andiamo incontro ad una sicura bocciatura del disegno di legge, mi pare che questo l'hanno capito le stesse casalinghe; quello che è strano è che rispetto a questa comprensione la Giunta regionale riproponga questo provvedimento.

La cosa ancora più preoccupante è che, rispetto alla percezione che l'autonomia regionale dà nel paese, con le attenzioni che da ultimo ci si riserva, non c'è dubbio che viene fuori un'immagine abbastanza sgangherata, viene fuori l'immagine di un'autonomia che non è in grado di costruirsi una seria riforma elettorale, viene fuori l'immagine di un'autonomia che stenta a qualificar la spesa, viene fuori l'immagine di un'autonomia che tenta con questo provvedimento di darsi un altro colpo sulla testa.

Credo che queste considerazioni e anche le prospettive che rispetto a interventi di questo tipo e quindi anche rispetto ai disegni di legge che abbiamo già approvato fra 1-2-3 anni l'impianto andrà rivisto, perché è vero che sono stati migliorati, è vero che abbiamo creato un rapporto tra reddito e prestazione, però abbiamo letto sui giornali che anche questo rapporto tra reddito e prestazione rischia di essere un premio agli evasori, perché abbiamo scoperto che il Trentino-Alto Adige nella realtà nazionale è una delle regioni più infedeli nei confronti del fisco. Quindi noi andremo a dare prestazioni a chi evade le tasse e non riusciremo ad affrontare i problemi di chi ha un bisogno vero e autentico, che merita di essere tutelato.

Quindi qui si stanno creando le condizioni anche sotto il profilo della risposta ai bisogni abbastanza discutibili, perché il vincolo del reddito, se poi non è un vincolo reale, rischia di penalizzare i percettori di reddito fisso, quelli che non riusciranno mai ad evadere e a privilegiare quelli che riescono ad evadere.

Detto questo, credo che, al di là di una qualsiasi ipocrisia, questa sia una consapevolezza di molti e che su questo provvedimento andrebbe fatta una riflessione rispetto ai presupposti di ordine giuridico generale, di ordine economico, che, secondo me, ne sconsigliavano la riproposizione.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire la cons. Berger.

BERGER: Credo che per la prima volta intervengo nel corso di questa legislatura, dopo l'intervento del collega Duca e per la prima volta posso dire che questo intervento lo faccio assolutamente mio, quindi è evidente che siamo di fronte ad una svolta e soprattutto siamo di fronte ad una svolta politicamente significativa, da sottolineare con compiacimento perché nella prima lettura di questo disegno di legge, meno l'eccezione dell'assessore Romano, l'imbarazzo del gruppo socialista su questa proposta era stato manifestato in un permanere di silenzio ed in una neanche difesa d'ufficio del provvedimento.

Allora oggi sembra che riacquistiamo tutti una dimensione di confronto in maggiore libertà e questo è un fatto proficuo. Dopo l'intervento di Duca credo ci sia poco da aggiungere, perché è stato preciso e puntuale, ha sottolineato come è cambiato anche il quadro normativo di riferimento, come in realtà emergono altri dati che devono essere osservatori privilegiati, considerati come analisi, cioè la sacca grossa di evasione che esiste in questa provincia, peraltro avendo la nostra autonomia la

possibilità di intervento proprio su questo mai attivata, laddove questo argomento però è stato oggetto di approfondita riflessione e di preoccupazione nei dibattiti del Consiglio provinciale di Trento, quando abbiamo affrontato altre leggi che riguardavano provvidenze, soprattutto quella dell'edilizia abitativa, ritenendo di dover avere come riferimento non semplicemente la dichiarazione dei redditi, ma ben altri parametri di certificazione.

Questo è un dato obiettivo, oggettivo, che corrisponde anche ad una volontà di amministrare con equità.

Ho fatto un'osservazione molto semplice quando c'è stata la nota del rinvio governativo, ma il Governo coincide nelle sue valutazioni esattamente con la mia dichiarazione di voto, quando ho detto che non si poteva votare questa legge, però ricorda l'assessore Morandini che allora gli dissi con preoccupazione: attenzione a non suscitare aspettative alle quali non potremo corrispondere, attenzione a promettere qualche cosa che non avremo mai la forza di realizzazione, attenzione a fare forzature statutarie, non per ricalibrare una situazione, non per introdurre concetti di equità, ma bensì per affermare sacchi di privilegio.

Allora il Governo ci ha richiamato e credo sia condivisibile quanto detto dai colleghi Zendron e Duca, non possiamo, come è dovere di un legislativo, non considerare le osservazioni alle quali non è questa proposta che corrisponde, nè possiamo consentire che un legislativo sia complice di un'ulteriore illusione e un protrarsi di aspettative per soggetti sociali ai quali non saremo assolutamente in grado di corrispondere alla promessa.

Quindi è evidente che questo provvedimento deve rientrare nel cassetto, non è questo il momento opportuno per riproporlo, non è con questo tipo di modifiche che si corrisponde alle indicazioni governative, nè che si raggiunge quel minimo di calibratura e di equità che ci consenta di giustificarlo in qualche misura, perché attinente a soggetti deboli della nostra società.

Non di questo si tratta, dall'inizio è sempre stato un provvedimento abbastanza velleitario, che era improponibile dal punto di vista dell'onere della copertura finanziaria, che andava a ricostituire sacchi di privilegio forzando lo Statuto, quindi le ragioni per non accettarlo la prima volta sono oggi maggiormente rafforzate da un mutato quadro complessivo di riferimento e dalle osservazioni governative.

Assessore Morandini, un atto di onestà intellettuale io glielo ho sempre riconosciuto, rimetta nel cassetto questa proposta, perché le porterà come conseguenza, se lei forza nella sua volontà di mantenerla, lacerazioni molto grosse anche in quel mondo con il quale lei dialoga con grande attenzione sempre, con volontà di rappresentarlo, ma però con concretezza. Sono aspettative che verranno totalmente disattese, quindi mi sembra il caso di rinunciare definitivamente.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Kußtatscher.

KUßTATSCHER: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen.

Ich mache es relativ kurz, vor allem auch, weil die Ausführungen des Kollegen Kaserer, der stellvertretender Fraktionssprecher ist, großteils die Argumente enthielten, die ich voll teile und die ich auch nicht wiederholen will. Wir haben uns als Ziel gesetzt, daß möglichst alle Hausfrauen, möglichst alle Mütter, mindestens zu einer Mindestrente kommen. Wir haben das grundsätzlich, so in der ersten Fassung der Gesetzesentwürfe und auch im dritten Gesetzesentwurf, der von Rom rückverwiesen worden ist, festgelegt, obwohl wir auch da schon vom ursprünglichen Ziel relativ weit abgekommen sind. Aber der Kompromiß ging für mich insgesamt gut. Interessant ist, daß inzwischen Rom, vor allem auch das Schatzministerium, feststellt, daß wir zwar die Zuständigkeit hätten - der Zuständigkeitsbereich wird also anerkannt, - aber dann politische Bedenken geltend macht, die von der Gleichheit der Personen in diesem Staate und von der Angemessenheit der Ausgaben sprechen, das heißt, daß es der Region zu viel kostet, wenn wir solche Ausgaben für die Hausfrauen

und Mütter mit den Regionalgeldern vorsehen. Und da muß ich folgendes feststellen: Wir haben teilweise in der ersten Gesetzgebungskommission grundsätzlich dem Kompromiß zugestimmt, aber es herrschte die Überzeugung vor, daß Rom, wenn es uns die Zuständigkeit zuerkennt, doch nicht diese Details festlegen kann, was wir machen können, dürfen usw., also in welchem Ausmaß wir hier die Förderungen festlegen müssen. Die politische Entscheidung muß ja wohl hier getroffen werden und nicht von einem Minister Costa. Jedenfalls, wenn wir Subsidiarität nur irgendwie ernst nehmen, müssen wir diese Äußerungen von Minister Costa, der als Regionenminister ganz anderes zu vertreten hätte, scharf zurückweisen. In diesem Gesetzesentwurf werden Einsparungen vorgenommen, und zwar handelt es sich um zwei problematische Einsparungen. Eine betrifft die 20prozentige Erhöhung, was in der Gesetzgebungskommission knapp durchgegangen ist, die zweite Einsparung besteht darin, daß Jahrgänge gekürzt werden sollen, das heißt, daß der Jahrgang 1932 und 1933 gestrichen werden soll, was von der Gesetzgebungskommission nicht angenommen worden ist, aber von der Regionalregierung erneut hier vorgelegt wurde. Ich möchte sagen, daß ich überzeugt bin, daß wir hier im falschen Moment bei den falschen Leuten sparen, und zwar fangen wir bei den untersten Einkommensschichten an zu sparen. Ich glaube, daß wir alle Fantasie genug haben und erkennen, daß in diesem Staat gar anderswo gespart werden kann, auch wenn wir im Rentenbereich bleiben. Da glaube ich auch, daß wir bei den Doppelrenten, bei den Superrenten bis hin zu den Babypensionen sehr wohl einsparen könnten und auch einsparen müssen. Wenn wir die europäischen Pensionsbestimmungen betrachten, hat Italien sicher recht sonderbare Verzerrungen. Auch die Politikerrenten, auch da kann ganz anders gespart werden, als hier bei diesen untersten Einkommensschichten.

Die 20prozentige Erhöhung und daß wir zwei Jahrgänge, vor allem die ältesten Jahrgänge, ausklammern, verlangen auch noch folgende Überlegung: Es trifft hier mit dieser Maßnahmen vor allem die Frauen im Alter von 50 und darüber, also die älteren Jahrgänge. Es ist mir klar, daß wenn wir bei der obersten Altersschicht wieder zwei Jahrgänge ausklammern, wir wohl Geld sparen, aber wir haben diesen Frauen ein Jahr lang Hoffnung gemacht, daß sie mit dieser Hausfrauenrente doch noch zu einer Mindestrente kommen können. Das ist genau diese Schicht, die durch die Nichteinhaltung von Bestimmungen der Sozialgesetze in den 50ziger, 60ziger Jahren keine Voraussetzungen für die freiwillige Weiterversicherung haben und somit durch den Rost fallen. Das sind wahrscheinlich auch genau diese Leute, die laut ISTAT zu den 20.000 Familien, zu den ungefähr 57.000 Personen in dieser Region zählen, die in der Zone der Armut leben, das heißt unter der Armutsgrenze. Wenn wir aus Kostengründen die Prozentsätze erhöhen - Abg. Kaserer hat das auch gemeint - dann könnte man auch die differenzierten Einzahlungen vorsehen. Ich bin auch dieser Meinung. Ich glaube, daß ohnehin schon mit der Regelung, die wir im Juli hier verabschiedet haben, viele Leute, die unter dieser Armutsgrenze liegen, die also bei diesen 20.000 Familien dabei sind, daß sie es ohnehin nicht schaffen, die Beiträge einzuzahlen. Und wenn wir die Prozente noch erhöhen, werden es noch mehr sein, die zu dieser Mindestrente nicht kommen können. Ich glaube, daß wir da sozialpolitisch eine ganz falsche Gruppe treffen. Wir müssen - und ich schließe damit ab - doch immer wieder die Überlegung anstellen, welchen Beitrag diese Frauen und Mütter für unsere Gesellschaft leisten. In der Generaldebatte zum Familienpaket ist das verschiedentlich aufgeworfen worden. Ich will es nicht wiederholen, nur eine Zahl will ich nennen, daß nämlich die Arbeit der Hausfrau als Mutter, als Erzieherin, als Betreuerin von Kranken, von alten Leuten, von behinderten Leuten, volkswirtschaftlich mehr als 25 Prozent des Bruttosozialproduktes eines Staates ausmacht. Das ist ein Einkommen für uns alle, das bedeutet Wohlstand für uns alle und an diesem Wohlstand, den wir haben, müssen wir diese Kategorie der Leute partizipieren lassen.

Ich schließe mit einer Kritik an der Regionalregierung ab, die in diesem Zusammenhang gesagt werden muß, und zwar daß die Durchführungsverordnung zum ersten und zweiten Familienpaket noch nicht da ist. Das ist eine Schande. Sie ist in der Regionalregierung im Juli verabschiedet worden, auch die erste Gesetzgebungskommission habe ich damals im

Dringlichkeitswege im Juli eingeladen, damit sie dazu Stellung nimmt. Nun liegt sie schon weiß Gott wie lange beim Rechnungshof. Es hat einen geringfügigen Einwand gegeben, der ist bereinigt worden, aber sie liegt immer noch beim Rechnungshof, und zwar weil es vor allem im Trentino Divergenzen zwischen Regionalregierung und Landesregierung gibt. Das darf doch nicht wahr sein, daß wir bei 25. - 26.000.- Gesuchen, die alle nach diesen Kriterien die Informationen bekommen haben, daß diese jetzt mit eventuell anderen Kriterien behandeln werden sollen. Ich habe zwar gehört, daß es heute in der Früh anscheinend doch grünes Licht gegeben hat, doch daß das sechs Monate gedauert hat, damit Konflikte zwischen Beamten und einzelnen Politiker ausgeräumt werden, ist eine Schande. Ich muß hier auch sagen, daß sich diese Kritik die Regionalregierung bzw. diejenigen, die intrigiert haben, gefallen lassen müssen. Danke, Herr Präsident.

(Signor Presidente, stimati colleghi e colleghe!

Sarò relativamente breve nel mio intervento, soprattutto perché le argomentazioni del collega Kaserer, che è il vice capogruppo, contenevano in gran parte anche le osservazioni che volevo proporre all'Aula e che mi trovano pienamente d'accordo, per cui non desidero ripeterle. Con queste leggi in materia previdenziale ci siamo posti l'obiettivo di permettere al maggior numero possibile di casalinghe, di madri, di costituirsi una pensione minima. Tale orientamento era sancito nella prima stesura del disegno di legge ed anche nella terza parte del Pacchetto famiglia, oggetto di rinvio governativo, e debbo ammettere che ci siamo allontanati alquanto dall'obiettivo iniziale. Ma il compromesso raggiunto era sostanzialmente da considerarsi soddisfacente. E' interessante rilevare che nel frattempo i rappresentanti del Governo, ed in particolar modo il Ministro del Tesoro, hanno accertato nonché riconosciuto la nostra competenza in materia, ma contestualmente hanno espresso delle perplessità di natura politica concernenti l'equità di trattamento delle persone, la proporzionalità delle spese etc... Ciò significa che l'onere è eccessivo, se prevede uscite in bilancio per provvedimenti a favore di casalinghe e madri?!. Ed in tale contesto desidero osservare che nella prima commissione legislativa abbiamo in parte votato a favore di un compromesso, nella convinzione che Roma riconoscendoci la competenza non avrebbe potuto prescriverci cosa fare, ovvero in che misura fissare i contributi. La decisione politica deve venir presa in questo consesso e non dal Ministro Costa. Ad ogni modo se vogliamo considerare seriamente la sussidiarietà, dobbiamo respingere decisamente le argomentazioni del Ministro Costa che, quale Ministro per gli affari regionali, dovrebbe sostenere altre posizioni. In questo disegno di legge sono stati necessari dei tagli finanziari notevoli, e si tratta di due risparmi alquanto problematici. Uno concerne l'aumento del 20 per cento che nella competente commissione legislativa era riuscito ad ottenere una maggioranza risicata, il secondo consiste nell'elevazione dell'età minima, ciò significa che le donne nate tra il 1932 ed il 1933 verrebbero escluse dai benefici della legge, un emendamento respinto dalla commissione ma ripresentato in questa sede dalla Giunta regionale. Desidero ribadire che sono convinto del fatto che vogliamo risparmiare nel momento sbagliato ed a danno della categoria sbagliata, iniziando dalle fasce di reddito più basse. Ritengo che tutti abbiamo fantasia sufficiente per riconoscere che in questo Stato si deve risparmiare altrove, pur rimanendo nell'ambito delle pensioni. Potremmo e dobbiamo risparmiare sulle doppie pensioni, sulle super pensioni fino alle baby pensioni. Se prendiamo in considerazione la normativa europea, l'Italia registra senza dubbio delle strane lacerazioni. Anche le pensioni dei politici potrebbero venir ridotte.

L'aumento del 20 per cento e l'esclusione delle classe di età tra il 1932 ed il 1934, quelle delle le persone più anziane, rende necessarie alcune considerazioni: con questo provvedimento vengono escluse soprattutto le donne più anziane, dell'età di cinquant'anni ed oltre. Mi pare chiaro che se escludiamo due fasce d'età tra quelle più anziane, risparmiamo del danaro, ma per un anno abbiamo infuso a delle donne la speranza di poter costruirsi una pensione minima attraverso l'assicurazione regionale per le persone casalinghe. E si tratta proprio di quella fascia che attraverso

la non osservanza di disposizioni di legge in materia sociale, avvenuta negli anni 50 e 60, non ha acquisito alcun diritto a proseguire volontariamente la contribuzione, rimanendone quindi escluse. E saranno probabilmente proprio quelle 57.000 persone che secondo l'ISTAT appartengono alle 20.000 famiglie che in questa regione vivono nella povertà, cioè sotto la soglia della povertà. Se per motivi economici aumentiamo la percentuale a carico dei soggetti, e il cons. Kaserer intendeva anche questo, allora si potrebbero prevedere ad es. dei versamenti differenziati. Sono dell'avviso che con la regolamentazione che abbiamo approvato in giugno, molte persone che vivono sotto la soglia della povertà, che fanno parte di queste 20.000 famiglie, non riusciranno a sostenere gli oneri della contribuzione. E se aumentiamo la contribuzione a carico dei soggetti, il numero di coloro i quali non saranno in grado di sostenere detti oneri crescerà ancor più. Ritengo che dal punto di vista sociopolitico colpiamo proprio la categoria, il gruppo sbagliato. Concluderò subito il mio intervento, dicendo che dobbiamo considerare quale contributo le donne e le madri danno alla nostra società. Nella discussione generale sul Pacchetto Famiglia tale aspetto è stato ripetutamente evidenziato. Non desidero ripetermi, ma tuttavia citare solamente una cifra e cioè che il lavoro della casalinga come madre, educatrice, assistente di malati, di persone anziane, di disabili, costituisce più del 25 per cento del prodotto interno lordo di uno Stato. Questa è un'entrata di cui tutti benediciamo, essa significa un benessere per tutti ed a questo benessere, di cui tutti godiamo, dobbiamo far partecipare questa categoria di persone.

Terminerò il mio intervento con una critica alla Giunta regionale, critica che mi pare necessaria, poiché il regolamento d'esecuzione al primo e secondo pacchetto famiglia non è stato ancora attuato. E ritengo che sia un fatto deplorabile. E' stato approvato in giunta regionale in luglio, la prima commissione legislativa è stata convocata in via d'urgenza in luglio per esprimersi in merito. Ora giace alla Corte di Conti, la quale aveva sollevato alcune obiezioni di minima rilevanza, che sono state subito superate, ma ripeto giace ancora alla Corte dei Conti, soprattutto perché in Trentino vi sono delle divergenze tra la Giunta regionale e quella provinciale. E mi pare una cosa assurda, poiché sono già state presentate 25.000, 26.000 domande sulla base di certi criteri, domande che dovrebbero ora venire valutate con criteri di altra natura. Ho appreso che questa mattina la situazione si è sbloccata, ma ci sono voluti sei mesi per appianare le controversie tra alcuni politici ed alcuni funzionari, e questo è inammissibile. Debbo anche aggiungere che quelle persone della Giunta regionale che hanno intrigato debbono accettare questa critica. Grazie, signor Presidente!)

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Marzari.

MARZARI: Grazie, signor Presidente. Brevemente, ritengo necessario e doveroso chiarire quale potrà essere, nel momento del voto, l'atteggiamento del nostro gruppo su questo disegno di legge tanto discusso nell'ambiente politico, ma anche a livello della popolazione, perché è indubbio che su questa materia, in particolare quella che va sotto la denominazione di pensione alle casalinghe, si è parlato parecchio, suscitando aspettative che noi rischiamo in larga misura di deludere e sarà responsabilità nostra se questo avverrà creando quelle incomprensioni e quell'ulteriore disaffezione rispetto all'operato dell'ente pubblico, perché abbiamo probabilmente sparso delle notizie che alla fine non rispondono al vero.

Credo di poter dire e anche rendendomi conto quali sono le condizioni nelle quali ci troviamo ad operare, che su questa materia della previdenza integrativa ci si è mossi in modo maldestro, con una sorta di predisposizione di una sequenza di provvedimenti, che invece andavano ricompresi in un unico provvedimento, nel quale potevano essere visibili in modo chiaro le priorità che diamo.

Rispetto ad una situazione di intervento di natura previdenziale, occorre fare delle chiare priorità e scegliere di investire su questo, si è invece scelta la strada di procedere con

provvedimenti successivi, che non hanno nelle previsioni di intervento, che contengono una sequenzialità in termini di priorità.

Non mi sento di escludere neanche questo tipo di giudizio, che non è il mio, ma che ho sentito dare, qualcuno dice che la Giunta si è mossa in modo furbesco invece, ben sapendo che cosa andava incontro e calcolando costi e benefici dal suo punto di vista, che è un punto di vista di tipo elettoralistico.

Si è proceduto con tre provvedimenti in ordine di tempo, dentro i quali, se vogliamo essere sinceri con noi stessi, è possibile rintracciare delle impostazioni che non sono delle impostazioni selettive, ma finiscono con l'essere delle impostazioni che tutelano interessi corporativi, che è tutt'altra cosa in termini di qualità.

La nostra impostazione originaria, che abbiamo dichiarato qui dentro, anche prendendo posizione pubblica, che abbiamo diffuso per quanto ci è stato possibile, era questa: si realizzi un'unica normativa regionale sulla previdenza integrativa, un unico provvedimento all'interno del quale siano visibili delle priorità.

Noi l'abbiamo detto per essere capiti, per non nasconderci dietro ad un dito o per non creare del fumo dietro al quale nascondere la nostra incertezza, abbiamo detto che gli interventi che ci interessavano, cioè che a nostro giudizio erano da ritenersi prioritari, dovevano essere l'assegno di maternità, non interpretato in maniera ideologica, ma in senso perequativo, per mettere sullo stesso piano tutte le famiglie, a prescindere dal rapporto di lavoro che le caratterizzava.

Secondo, bisognava selezionare gli interventi di previdenza integrativa, rivolgendosi in particolare ai lavoratori irregolari, non per consolidarli nella loro irregolarità, ma per varare dei provvedimenti dinamici, preventivi, volti a far superare la irregolarità.

Terzo, la previdenza alle casalinghe.

Ora il quadro è un quadro compromesso, nel senso che sono finiti dentro questi provvedimenti altre questioni, il Governo ha fatto passare questi provvedimenti ed invece ha sbarrato la strada al provvedimento che riguarda la previdenza alle casalinghe.

Credo che è difficile rimuovere adesso questo divieto governativo e non è che mi sorprenda più di tanto che il Governo ufficialmente rigetti la legge ed il Ministro invece, dichiarazione dell'assessore, lo leggo nella relazione della Commissione, dica invece che con queste modifiche non ci sono problemi, lo vedremo presto, avremo questa verifica.

Penso che un Governo che si comporta in questo modo, non garantendo una responsabilità rispetto a questi problemi è un governo che è ampiamente criticabile e credo che non siamo soli a dare questo giudizio e che non lo diamo solo con riguardo a questa che è una questione piccola, ma sarà difficile rimuovere il parere negativo del Governo. Oltretutto il nostro disegno di legge, ammesso che oggi o domani possa essere approvato, arriva all'esame governativo in una situazione di quadro di compatibilità economiche fortemente deteriorato, anche rispetto a novembre, si sono scoperte nuove voragini nel debito pubblico, si è capito che determinati conteggi non tengono e quindi non sarà facile che il Governo possa consentire che in una situazione locale possano essere varati provvedimenti come questo.

Ci è anche difficile capire come con una lievitazione del costo dell'onere, posto a carico dell'utente, della persona interessata che chiede di avvalersi di questa previdenza integrativa, si possa giungere ad una riduzione così grossa come quella che si intravede nell'articolo che autorizza la spesa; siamo quasi ad un dimezzamento dell'onere e non si capisce come questo sarebbe ottenibile attraverso la lievitazione di un 20% dell'onere a carico della donna inserita in certi elenchi.

Questo ci deve essere spiegato, non vorrei che fosse un artificio formale per aggirare in qualche modo l'ostacolo governativo.

L'altra cosa che non si comprende è perché si dovrebbe ritoccare l'anno di partenza nel calcolo dell'età ammissibile. Credo che se c'è un problema di risorse che verrebbero meno, per cui

dobbiamo restringere la platea degli aventi diritto, preferisco mantenere l'orientamento precedente ed andare ad un contenimento dell'assegno piuttosto che procedere con dei tagli di quel tipo, accorciando gli anni, per cui noi non saremmo d'accordo nel passare da 32 a 34, tanto per capirci; l'operazione da fare eventualmente era un'altra, un contenimento.

Quanto poi alla questione che qui è stata discussa anche da altri colleghi della lievitazione dell'onere, non c'è dubbio, hanno ragione i colleghi che hanno detto che qui si discrimina, nel senso che si offrono maggiori possibilità ai relativamente più abbienti rispetto a quelli che sono in condizioni difficili. Penso che qui si doveva fare uno sforzo per introdurre una gradualità, per mantenere l'onere a quello che avevamo stabilito originariamente per determinati redditi, quelli molto bassi, vicini al livello della sussistenza, andando a discriminare in positivo, man mano che si incontrano redditi un attimino più larghi, diversamente in questo modo noi andiamo veramente a privilegiare una categoria che non sarà fatta di ricchi, ma con il risultato di andare a dare una sberla a quelli che sono in condizioni più difficili e lascio perdere i ragionamenti fatti un attimo fa, circa la veridicità della situazione dal punto di vista fiscale, il 740 è credibile fino ad un certo punto, chi ha parlato di evasione sapeva quel che diceva, anche per la sua provenienza professionale, quindi gli prestiamo particolare attenzione, ma proprio per questo non è accettabile un orientamento emendativo proposto dalla Giunta, che è quello di far lievitare del 20% uguale per tutti l'onere delle persone che intendono accedere a questo provvedimento.

Tutte queste osservazioni ci portano a confermare, se è possibile con un tasso crescente di forte perplessità, il nostro atteggiamento di non condivisione di questo modo di operare, noi siamo perché questo provvedimento vada avanti, credo che può contribuire anche a smuovere una situazione più complessiva sul piano delle politiche assistenziali e previdenziali dello Stato sociale, che deve essere messo in discussione, perché una buona volta anziché procedere con provvedimenti frastagliati di aggiunta si dovrà arrivare al riordino e forse un pugno nello stomaco come questo può risultare utile, ma non possiamo neanche esprimere un voto di condivisione, perché significherebbe approvare un comportamento della Giunta, che è stato un comportamento zoppicante, un comportamento fatto di provvedimenti frastagliati, un razzolare che non possiamo in alcun modo avallare, anche se ci preme che il provvedimento possa proseguire.

Präsident Peterlini übernimmt wieder den Vorsitz **Riassume la Presidenza il Presidente Peterlini**

PRÄSIDENT: Danke, Herr Abgeordnete.

Der nächste Redner ist Abg. Ferretti. Er hat das Wort.

PRESIDENTE: Il prossimo oratore iscritto a parlare è il cons. Ferretti. Ne ha facoltà.

FERRETTI: Grazie, signor Presidente. Personalmente nel complesso delle leggi, che sicuramente hanno un valore sociale ed hanno avuto un'accoglienza molto interessante e capita da parte dell'opinione pubblica, mi riferisco alla legge n. 4, alla legge n. 7, a questa legge che è stata rinviata non ero intervenuto, anzi particolarmente su questa legge non avevo esitato a dire che a mio avviso gli importi di contribuzione e l'età mi parevano troppo ravvicinati e troppo contenuti i primi, per cui avevo mantenuto un atteggiamento di assenso disciplinato, ma non di esplicito consenso, come invece ritengo di fare questa volta e a nome mio personale e a nome del partito.

E' un disegno di legge che si inserisce in una strategia che questa Giunta ha saputo con difficoltà, tra angherie e boicottaggi molteplici portare avanti in un travaglio che sicuramente ha non poco contribuito ad affinare, a migliorare, non voglio dire a perfezionare, perché ancora passi certamente sono possibili in un ambito nuovo, in un ambito che giustamente si da da amministrare alle

Province, in un ambito in cui sicuramente possiamo ripresentare una punta avanzata di confronto, anche se poi l'ultimo intervenuto dice che può rappresentare un pugno nello stomaco e lui stesso si astiene, come aveva fatto in Commissione, ma nelle sue parole manifesta l'imbarazzo di un atteggiamento politico che non vuole essere favorevole alla Giunta e di una convinzione forse più generale per cui è favorevole.

In questo quadro, dove abbiamo visto smuoversi comportamenti delle forze e dei partiti, dove abbiamo visto partiti che altrove sono promotori di questi provvedimenti e li vediamo all'opposizione, spiace constatare che il PSI, che ha portato il suo contributo all'interno della Giunta ed ha dato il suo voto, oggi si disgiunga e non voti questa legge, che è stata migliorata.

Porterò alcune cifre, che sono quelle che piacciono di più e che fanno capire di più come questo Consiglio, che in questi giorni è stato portato agli onori della cronaca, perché si è tagliato un pochino di indennità, faccia operazioni analoghe sul piano qualitativo a quelle che qui vengono introdotte invece per una generalità di cittadini, maschi o femmine che siano, e che abbiano contribuito almeno per un minimo di 15 anni per crearsi questa pensione contenuta per il momento al di sotto delle 600 mila lire.

Noi consiglieri regionali versiamo oggi il 14% delle prebende che percepiamo e a qualcuno potrà sorprendere che mi richiami a queste cose, ma poiché riferimenti dobbiamo creare, riferimenti creiamo anche sulla nostra pelle, senza nessun sadomasochismo, ma con la chiarezza con cui i temi debbono essere riproposti all'opinione pubblica.

Ho fatto un veloce calcolo, non mi perito di avere fatto un calcolo esatto, noi versiamo per una legislatura in contributi circa, fino al 31 dicembre 1992, 120 milioni e andiamo a percepire a 60 anni una pensione corrispondente al 25% dello stipendio, che è circa negli emolumenti percepiti fino al 31 dicembre dello scorso anno di 48 milioni all'anno, quindi versiamo in 5 anni emolumenti che possono coprire 3 anni di pensione, più o meno, però la prendiamo a 60 anni e noi auguriamo a tutti di vivere un po' di più, da quel momento in poi gli emolumenti versati non servono più a far ricevere la pensione.

Le persone casalinghe invece versano 15 anni, a seconda delle quote che debbono versare, versano circa 1 milione e mezzo all'anno, per 15 anni sono 18 milioni, percepiscono la pensione a 65 anni, che è di circa 580 mila lire, di conseguenza hanno versato contributi per almeno 4 anni, perciò un pochino di più di quello che facciamo noi e ricevono la pensione 5 anni dopo. Un raffronto per dire che in casa nostra, sulla nostra pelle, con un ragionamento che è stato aggiornato e si darà atto da parte dei Capigruppo che il contributo della DC è sempre stato determinato e voleva essere già dal primo mese dell'anno scorso un aumento, anche eravamo disposti e poi abbiamo convenuto e ce ne prendiamo la responsabilità fino al 22%, non 18% come oggi, in maniera da perequare il versamento all'indennità che viene data a 60, 55, 50 anni, a seconda delle legislature effettuate.

Siamo in una logica di previdenza, in una logica che noi adottiamo per noi stessi, ma siamo in una logica più grande, che è quella di aver concepito un disegno generale esteso, che va a toccare anche settori come i contadini, se qualcuno ha voluto dire che siamo corporativi, certo anche settori come quelli dei lavoratori, che non essendo in grado, in quanto stagionali, di pagarsi tutto l'anno completiamo i versamenti, certo anche situazioni di natalità, con contributi che devono essere versati in rapporto al reddito, per cui solo chi ha bassi redditi ha interessi a versare con i contributi, certo contributi di cura che vanno ad integrare con i consueti, ma che anche lì hanno bisogno di interventi personali, vanno cioè a coprire una situazione che vuole creare uno stato di minore disagio e citerò un paio di esempi di quello che già stanno facendo le Province e lo Stato stesso sotto questo profilo, per testimoniare che noi quando interveniamo, talvolta faremo risparmiare alla Provincia, talvolta allo Stato e quindi questa pensione di previdenza in sé è un bene ed è un risultato positivo che si introduce in un ragionamento globale.

Quindi stiamo facendo un'operazione complessa che può dar fastidio a chi si accorge

che siamo nel mese di gennaio e ci sono le elezioni e forse questa classe può avere certe preferenze, ma allora lo si dica chiaramente che è un fatto speculativo contingente e non è un concetto fondamentale e lo si è notato dall'imbarazzo dei voti passati che mutano oggi, dall'imbarazzo dei voti astenuti che vengono testimoniati oggi.

Siamo su una linea che anche attraverso un travaglio che si è articolato nel corso del dibattito del Consiglio regionale e anche nel confronto governativo, sta assumendo una sua corposità, per esempio non sono d'accordo, lo dicevo prima all'assessore, che la contribuzione possa arrivare fino a 15 anni, uno comincia a 20 e va fino a 35 e a 65 anni ha la pensione, per me la contribuzione, per avere una cassa che si rimpingua continuamente, dovrebbe continuare fino ai 65 anni.

Quindi si valuterà, non voglio portare emendamenti, so il delicato momento di confronto che c'è tra l'istituzione Regione e lo Stato, ma non sono d'accordo e quindi lo dico tranquillamente qui, come dico che dovremmo trovare degli scaglionamenti ulteriori in rapporto a quelle che sono le vicende della vita, degli automatismi, so che si stanno facendo i regolamenti, so che il regolamento è pronto quasi e che l'assessore Morandini è massimamente impegnato sotto questo profilo, in maniera tale che le due vecchie leggi possano entrare in applicazione, come sollecita il collega Kußstatscher, al più presto e questa stessa legge possa affiancarsi alle precedenti.

Dicevo prima che questa legge, dove c'è l'intervento soggettivo diretto, attenuerà gli interventi per i minimi vitali, perché quando uno percepisce la pensione non avrà più diritto al minimo vitale e quindi saranno delle compensazioni implicite, attenuerà la cosiddetta pensione sociale, perlomeno per la parte di differenza che c'è tra la pensione sociale e questa pensione. Quindi non è vero che diventa un'elargizione, diventa un modo ragionato, con dei presupposti espressi, attraverso i quali cerchiamo di regolamentare meglio tutto un quadro che appartiene alle Province e poi per tutta la parte assistenziale alle Province, un po' allo Stato per la pensione sociale, ancora allo Stato per le cure e per altri aspetti.

Allora, di fronte ad un intervento così solido, che si è andato limando e affinando nel tempo, che ha davanti a sé altri presupposti e che potrebbe avere altre conseguenze di legiferazione in questa legislatura o nella prossima, mi pare di poter dire che siamo ad un compiuto dinamico, non statico, attraverso il quale questa Giunta, se la legge, come noi ci auguriamo, verrà approvata, la Giunta potrà dire ben meglio che guardando ad altri settori, che tanto ci vedono accaniti e tanto ci preoccupano mentre Roma non sa cosa deve fare, ben meglio che guardando a questi settori la Giunta potrà dire: siamo intervenuti in modo oculato, stabile, duraturo a salvaguardia di una situazione che è quella socio-familiare, che non sempre avevamo considerato con questa penetrazione e con questa efficacia.

Quindi il voto della D.C. rimane confermato e consolidato nella convinzione.

PRÄSIDENT: Danke, Herr Abgeordnete.

Die nächste Rednerin ist Frau Abg. Lina Bolognani.

Sie haben das Wort, bitte.

PRESIDENTE: Grazie consigliere.

Il prossimo oratore iscritto a parlare è la cons. Bolognani.

Prego consigliere, ne ha facoltà.

BOLOGNANI: Signor Presidente, il mio intervento soltanto volto ad una sottolineatura della validità di questo disegno di legge n. 80, che riguarda l'istituzione dell'assicurazione regionale per la pensione alle casalinghe.

La categoria della casalinga, la validità della persona che lavora in casa, la validità della famiglia ha faticato a fare breccia nel corso della nostra storia, a parte un breve periodo nel quale

era riconosciuta la maternità, magari chiamando i nati: figli della lupa, abbiamo trovato negli anni '70 finalmente l'affermazione del diritto di famiglia e la divisione dei beni, anche questo finalizzato al riconoscimento di un'attività per molto tempo non sufficientemente riconosciuta.

Aver focalizzato l'attività della casalinga e aver attribuito a questa un valore sociale è veramente un significato morale e civile nella nostra storia. La persona casalinga finalmente riconosciuta come persona che dà stabilità alla società.

Le nostre casalinghe, che potremmo definirle lo zoccolo duro della stabilità civile, molte volte si sono trovate nella necessità pratica di uscire dalla famiglia, di esercitare la professione delle colf per potersi garantire una sicurezza nell'età anziana.

Questo perché la legislatura vigente non prevedeva la possibilità di una contribuzione volontaria. Spiace l'esclusione delle nate dal '32 al '34 dall'utilizzo dei benefici di questo disegno di legge e spiace ancor più se questa esclusione è causata da motivi finanziari. Forse si sarebbe potuto vedere la pratica di una politica di risparmio in altri settori per riuscire ad estendere il beneficio a questa fascia di età, che forse è la più svantaggiata dal lato economico.

Ritengo molto positiva l'esclusione dalla valutazione, come reddito patrimoniale, della proprietà dell'abitazione. Questo proprio al fine di non penalizzare l'impegno civile di chi con sacrificio si procura una casa.

Non credo che con questo disegno di legge si pervenga a premiare gli evasori, ma la finalità è veramente positiva nel sostenere delle categorie che non possono contare sul reddito personale o familiare di una certa entità. A mio giudizio è veramente un lato positivo che l'amministrazione di questa Regione, nell'approssimarsi al 2000 abbia dibattuto questo grande problema delle donne o degli uomini impegnati nel lavoro casalingo.

PRÄSIDENT: Dankeschön, Frau Abg. Bolognani.

Das Wort hat jetzt Frau Maria Bertolini, bitte schön.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Bolognani.

Concedo ora la parola alla cons. Bertolini. Prego!

BERTOLINI: Sehr geehrter Herr Präsident. Werte Kolleginnen und Kollegen.

Ich war nicht dabei, als das gesamte Familienpaket von Beginn an diskutiert wurde. Ich konnte es nur von außen mitverfolgen, soweit Informationen von außen her überhaupt möglich sind, einzufangen. Ich bin sicher froh und muß darüber auch meine Genugtuung zum Ausdruck bringen, daß dieses Familienpaket oder die zwei Familienpakete, die diesem dritten vorausgegangen sind, doch eine ganz wesentliche Anerkennung der Familienarbeit insgesamt vorsehen und bestätigen. Diese Anerkennung erfolgt auch durch finanzielle Unterstützung derjenigen, die diese Arbeit machen. Nun muß ich doch ganz kurz einmal auch noch sagen, daß ich froh und glücklich darüber bin, daß das Familienwesen, ich möchte das so nennen, das Familienwesen in diesen letzten 20 Jahren in der Ansicht und in der Meinung der Bevölkerung und der Politiker einen ganz gewaltigen Wandel durchgemacht hat, und zwar wiederum in der Umkehrung zur Familie hin, zur Wertschätzung der Familie, zur Wertschätzung des Familienwesens und zur Wertschätzung der Arbeit, die für dieses Familienwesen geleistet werden muß.

Nur ganz kurz, ich kann mich erinnern, daß ich 1975 in Rom bei einer großen dreitägigen Frauenversammlung dabei war und gewagt habe, in der Diskussion die Arbeit der Frau für die Familie aufzuwerfen. Ich wurde von den einen so als ein Reptil des vorigen Jahrhunderts angesehen und von den anderen wieder so etwas wie ein Glücksstern. Aber damals war die Arbeit der Frau für die Familie null und nichtig, und zwar in einer ganz wichtigen nationalen Versammlung der Frauenbewegungen Italiens. Es gab nur einen Ruf nach sozialen Einrichtungen, die Kinder abnehmen

und Alte abnehmen und Kranke abnehmen, damit die Frau, wie es immer wieder und lange Zeit auch hieß, sich verwirklichen kann als Person im Beruf. Nun hoffe ich, daß man wiederum voll und ganz zur Einsicht gekommen ist, daß die Verwirklichung der Person auch in der Arbeit für die Familie besteht und in der Arbeit für die Familie möglich wird und hier scheint diese gewaltige Umkehrung nun doch zum Erfolg zu führen, indem politisch Anstrengungen für die Familie und auch für die Hausfrau gemacht und durchgekämpft werden.

Und nun etwas zu diesem Problem Hausfrauenrente, die wir heute hier im Gesetz vorsehen. Ich bin voll einverstanden, daß diese Hausfrauen endlich zu dieser Rente kommen und ich will nichts wiederholen, was vorhin schon von den Kollegen aus der eigenen Partei ausgesagt worden ist. Ich habe nun doch ein wenig das Gefühl, daß man hier für eine Anerkennung nur einen kleinen Schritt tut und nicht den großen vollen Schritt. Nur möchte ich in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß wir vielleicht auch noch viel mehr tun müßten, um der Familie und der Hausfrau, der berufstätigen Hausfrau, entgegenzukommen, nämlich uns für Teilzeitbeschäftigung einsetzen, um höhere Prozentsätze von Teilzeitbeschäftigungen anzuerkennen und zu haben, auch um am Arbeitsplatz die möglichst beste Leistung dieser Hausfrau oder meinetwegen dieses Hausmannes zu erreichen, weil dann die Belastung durch die Doppelarbeit nicht so stark ist, wie wenn die Teilzeitbeschäftigung möglich ist. Oder auch die Anerkennung von Erziehungsjahren für die Rente, auch das wäre noch immer ein offenes Problem. Diese Dinge sollten wirklich für alle Berufskategorien anerkannt werden

Und nun zu dieser Hausfrauenrente hier. Sie ist für Frauen vorgesehen, die das Leben für die Familie gegeben haben, das ist ganz klar. Und jetzt bin auch ich in dieser großen Zwickmühle, ja sagen zu müssen zu dieser Beschneidung durch die Herabsetzung eines Jahres und die Hinaufsetzung von 20 Prozent der Beitragsleistung. Denn gerade die Frauen, die jetzt 55, 60 Jahre alt sind, haben wirklich ihr Leben für die Familie gegeben. Wir werden in 10, 15, 20 Jahren wahrscheinlich gar nicht so viele Frauen haben. Denn die junge Generation und das ist auch richtig, wird in die Arbeitswelt einsteigen und sich auf diese Art und Weise eine Pensionssicherung erwerben. Oder wenn wir vielleicht doch noch einen Schritt weiter tun mit Anerkennung von Erziehungsjahren und ähnlichem in der Zukunft, dann wird vielleicht eine sogenannte Hausfrauenrente beinahe überflüssig werden. Das ist meine feste Überzeugung. Aber die Frauen, die es jetzt geschafft haben, 30, 35 Jahre nur für die Familie zu arbeiten, die sollten mit dieser Hausfrauenrente anerkannt werden. Und da frage ich mich auch, so wie meine Kollegen vorher, ob es nicht möglich ist, doch dieses eine Jahr beizubehalten. Kommt es uns wirklich auf diese Summe an, die das ausmacht. Hat man die Summen errechnet, daß man sagen kann, daß das niemals geht oder schwirrt man hier in Vorstellung oder irgendwo in mutmaßlichen Zahlen herum. Ich weiß nicht, ob darauf eine Antwort gegeben werden kann, wieviel nun das wirklich ausmacht.

Und das gleiche ist mit den 20 Prozent Erhöhung der Beiträge zu sagen. Sicher kann man sagen, warum sollten nicht die Beiträge erhöht werden? Ich wage hier auszusprechen, obwohl es von Politikern nicht gerne gehört, daß für diese Mütter auch einmal die Kinder einen Beitrag mitleisten, mitabdecken könnten, damit die Mütter zu dieser Rente kommen können und nicht ganz allein die Last der Einzahlung tragen müssen. Vielleicht gibt es die Kinder, die Söhne und Töchter, die bereit sind miteinzuzahlen. Denn auch solche Dinge sollten wir in der Politik vielleicht doch aussprechen, wenn es auch nicht unbedingt gefällt. Aber wir sollten das aussprechen, auch um denen Mut zu machen, daß nämlich die nachwachsende Generation für die ältere Generation eine Mitverantwortung trägt. Mit einer solchen Beitragsleistung könnte ein Zeichen der Dankbarkeit von den eigenen Familienmitgliedern gesetzt werden.

Aber ich wollte hier zum ganzen noch eine Sparte, eine Kategorie von Frauen, herausheben, die ich nirgendwo finde. Ich erläutere das an einem Beispiel, wie ich es vor mir habe. Eine Frau hat bis zu ihrem 55. Lebensjahr sechs Kinder aufgezogen und auch noch ein Pflegekind dazu gehabt. Sie hat 30 Jahre lang ausschließlich für die Familie gearbeitet. Dann kam die Situation, daß alle

flügge geworden sind, außer Haus gegangen sind, oder wenn sie im Haus geblieben sind, es ohne weiteres ertragen konnten, daß diese Mutter in der Nachbarschaft in einem Hotel täglich 4 Stunden während der Saison vom März bis November arbeitet. Diese Frau - sie ist 58 Jahre alt - kommt jetzt überhaupt nicht zu diesen 30 Jahren, die sie gearbeitet hat. Sie sollte irgendwo eine Anerkennung haben. Selbst wenn sie den Beitrag zahlen wollte, kann sie nicht, denn sie kann nicht in das Berufsalbum eingetragen werden und, so viel ich verstanden habe, ist das die Voraussetzung für diese Hausfrauenrente. Sie war natürlich mit allen Rechten diese vier Stunden am Tag gemeldet, aber andererseits kommt sie vielleicht auch mit diesen 4 Stunden am Tag diese nächsten paar Jahre nicht dahin, daß sie eine Rente bekommt. Ich weiß nicht, geben sie mir darauf eine Antwort, wie es mit der Kategorie dieser Frauen ist, denn sie haben auch einen Dienst geleistet, 30 Jahre lang, nämlich ausschließlich für die Familie, oft in schweren Zeiten mit Sparen, mit Arbeiten, mit Denken, mit Organisieren und mit einem Einsatz Tag und Nacht. Wie ist es mit dieser Kategorie Frauen, denn solche gibt es eben auch. Hausfrauen, die mit 57, 58 Jahren einige Stunden arbeiten gehen und nicht mehr nur Hausfrauen sind, haben sie die Möglichkeit, zu dieser Rente zu kommen? Das wäre meine ganz klare Frage, auf die ich eine Antwort haben möchte. Ansonsten muß ich sagen, ist hier eine Lücke, die wiederum nicht ganz mit dem übereinstimmt, was Kollege Kußstatscher gemeint hat, daß möglichst alle Frauen und Mütter in Anerkennung ihrer geleisteten Arbeit eben gleich behandelt werden, was hier auch etwas mit der Gleichheit der Personen zu tun hat.

Zu den Ausgaben und Einsparungen eine Frage. Im Artikel heißt es in Absatz 6, daß die im Bezugsjahr nicht verwendeten Finanzierungen der Region zurückerstattet werden, allfällige Gebarungüberschüsse werden bei der finanziellen Zuweisung für das nachfolgende Jahr eine zweckmäßige Anwendung finden. Ich weiß, daß immer wieder dieser Vorgang da ist. Warum kann aber solches Geld nicht wieder genau dieser Zweckbestimmung zugeführt werden und nicht nur eine zweckmäßige Anwendung finden, die nächstes Jahr weiß Gott worin liegen kann, anstatt daß man die Gelder doch ausschließlich für diese Maßnahmen bindet.

(Egregio Presidente, stimati colleghi e colleghe!)

Non ero ancora membro di questo consesso, quando si iniziò la discussione sull'intero Pacchetto Famiglia. Seguii il corso di questa legge dall'esterno, per quanto le informazioni esterne lo rendano possibile. Sono felice e debbo esprimere la mia soddisfazione per il fatto che questo Pacchetto Famiglia, ovvero le prime due parti di esso che hanno preceduto questa terza parte, abbiamo previsto e confermato un determinante riconoscimento dell'attività all'interno della famiglia. Questo riconoscimento si esprime anche attraverso un aiuto economico a quelle persone che prestano questo tipo di attività. Ed ora debbo ribadire che mi rallegro del fatto che il nucleo familiare, la famiglia, negli ultimi venti anni sia stata oggetto di un notevole cambiamento d'opinione per ciò che concerne la popolazione ed i politici, nel senso che c'è stato un ritorno alla famiglia, alla stima per la famiglia ed al lavoro che viene svolto nel suo interno.

Ricordo che nel 1975, quando partecipai ad una assemblea dei movimenti femminili a Roma, ebbi il coraggio di sollevare nella discussione l'aspetto del lavoro della donna all'interno della famiglia. Da alcune venni considerata come un rettile del secolo scorso e da altre quasi come una buona stella. Ma allora il lavoro della donna per la famiglia non aveva alcun valore e questo, a livello di un importante assemblea dei movimenti femminili italiani. Allora si chiedevano solamente istituzioni in campo sociale, asili, ospizi, ricoveri per i malati affinché la donna potesse realizzarsi nel lavoro. Ora spero che si prenda completamente atto del fatto che la realizzazione della persona può prodursi anche nel lavoro in famiglia ed è possibile al suo interno, e in tal senso mi pare che questo ritorno alla famiglia possa significare un successo, se si intraprendono delle iniziative politiche per la famiglia e per la casalinga e se per esse ci si adopera.

Ed ora vorrei fare alcune considerazioni in merito al problema della pensione alle

persone casalinghe prevista da questo disegno di legge. Sono pienamente d'accordo sul fatto che finalmente le casalinghe debbano poter beneficiare di una pensione, e non voglio in tal senso ripetere nulla di quanto hanno già detto i colleghi del mio partito. Tuttavia ho la sensazione che in questa sede si voglia fare un piccolo passo e non se ne voglia fare uno maggiore. Desidero solamente rilevare in tale contesto che forse dovremmo fare molto di più per venire incontro alla famiglia ed alla casalinga, alla donna lavoratrice, ad es. adoperarci per introdurre il rapporto di lavoro a tempo parziale, per riconoscerlo ed avere delle percentuali in organico maggiori, affinché anche sul posto di lavoro vi sia la maggior prestazione possibile della casalinga o della persona casalinga, perché in tal caso l'onere di una doppia occupazione non sarebbe così forte, oppure riconoscendo gli anni di educazione per la pensione, anche questo è un problema ancora aperto. Questi sono aspetti che dovrebbero venir riconosciuti come a tutte le altre categorie professionali.

Ed ora vorrei fare alcune considerazioni sul presente provvedimento legislativo, previsto per quelle donne che hanno dedicato la propria vita alla famiglia. Anch'io, come altri, mi trovo in questa situazione poco piacevole di dover votare a favore di un emendamento che esclude le donne nate tra il 1932 e 34 ed uno concernente l'aumento del 20 per cento della contribuzione a carico dei soggetti. Come ho detto andremmo ad escludere proprio quelle donne che ora sono nella fascia di età tra i 55 ed i 60 anni ed hanno dedicato la propria vita alla famiglia. Ed in futuro, forse tra 10, 15, 20 anni, probabilmente non avremo più così tante donne che si dedicheranno alla famiglia, poiché la nuova generazione - ed è anche giusto che sia così - si inserirà nel mondo del lavoro e così acquisirà il diritto a beneficiare di una pensione. Forse potremmo fare un passo in avanti riconoscendo gli anni di educazione, ed in futuro forse sarà superflua la cosiddetta pensione alle persone casalinghe. Questo è il mio convincimento. Ma le donne che hanno lavorato 30, 35 anni solamente per la famiglia dovrebbero, con questa pensione, vedere riconosciuto il loro lavoro. E mi chiedo se non sia possibile mantenere quest'anno, proposta che hanno avanzato anche i miei colleghi? E' veramente determinante per il bilancio? Si è calcolato qual'è la portata di quest'emendamento, onde poter poi affermare che è irrealizzabile o le idee e le cifre sono solo presunte? Non so se si potrà rispondere a queste domande, ovvero quanto peserebbe sul bilancio regionale quest'anno che si vuole escludere.

E lo stesso vale per il 20 per cento di aumento della contribuzione a carico dei soggetti. Sicuramente si potrà dire, perché non possono venir aumentati i contributi? Mi azzardo a dire che a queste madri potranno provvedere anche i figli, forse aiutandole a versare questi contributi per poter maturare una pensione e quindi non lasciando loro l'intero onere della contribuzione, anche se i politici non ascoltano volentieri queste parole. Forse ci sono dei figli che sono disposti a sostenere finanziariamente le madri. Ritengo che dovremmo parlare anche di queste cose in politica, anche se qualche volta non ci fa piacere. Ma dovremmo parlarne anche per infondere coraggio alle generazioni future, per aiutarle ad essere responsabili per le generazioni più vecchie. Con simili sostegni finanziari si potrebbe dare il primo segnale di gratitudine ai membri della stessa famiglia.

Ma desideravo anche prendere in considerazione una categoria di donne, che non trovo da nessun parte. Porterò un esempio a maggiore chiarezza: una donna ha cresciuto fino al suo 55.mo anno di vita sei figli ed un figlio in affidamento e che per 30 anni si è dedicata esclusivamente alla famiglia si trova, prima o poi, nella situazione che tutti i figli si sono resi indipendenti ed hanno lasciato la casa oppure se sono rimasti hanno potuto sopportare che andasse a lavorasse 4 ore al giorno in un hotel dei vicini, nella stagione che va da marzo a novembre. Questa donna che ha 58 anni, non raggiunge i 30 anni contributivi. E dovrebbe però avere un riconoscimento per l'attività svolta. Anche se volesse versare il contributo previsto dall'assicurazione regionale non lo potrebbe fare, perché non è iscritta all'albo delle casalinghe e se ho ben capito questo è il presupposto per poter beneficiare della pensione alle persone casalinghe. Ovviamente questa donna è assicurata per queste 4 ore di lavoro al giorno, che probabilmente non sono sufficienti per farle maturare il diritto ad una pensione. Ed ora non so cosa succederà con questa categoria di donne che hanno reso anch'esse un

servizio, per 30 anni esclusivamente a favore della famiglia e spesso in tempi difficili hanno dovuto risparmiare, lavorare, pensare, organizzare etc...giorno e notte. Cosa succede con questa categoria di donne? Le casalinghe dell'età di 57, 58 anni che svolgono un'attività per alcune ore al giorno, hanno la possibilità di maturare il diritto a questa pensione? Questa era molto concretamente la domanda a cui desidererei si desse una risposta. Altrimenti debbo dire che vi è una lacuna che con collima quanto ha detto il collega Kußtatscher, e cioè che tutte le donne e le madri debbano venire trattate allo stesso modo quale riconoscimento per il lavoro svolto, cosa che ha a che vedere con l'equità tra le persone.

Per quanto concerne le spese ed i tagli alle spese vorrei porre una domanda: all'articolo, al comma 6, si dice che i finanziamenti non utilizzati nell'anno di riferimento verranno restituiti alla Regione e che eventuali disavanzi di gestione troveranno opportuno ripiano nell'ambito dell'assegnazione finanziaria relativa all'anno successivo. So che esiste questo procedimento. Ma mi chiedo perché questo denaro non possa venir impegnato esclusivamente per questo provvedimento anziché prevedere che troverà opportuno ripiano senza sapere quale esso sarà?)

PRÄSIDENT: Ja, Frau Abg. Klotz. Wir haben noch 9 Minuten. Was machen wir denn? Möchten Sie anfangen?

PRESIDENTE: Cons. Klotz. Rimangono ancora nove minuti. Che cosa facciamo? Desidera iniziare?

KLOTZ: Herr Präsident. Ich werde in den verbleibenden neun Minuten all das sagen können, was ich sagen will. Wir haben ja zu diesem Familienpaket, besonders zum dritten Teil, schon früher sprechen können und spreche heute zum zweiten Mal darüber. Wir müssen sagen, entweder war es von Anfang an bezahlbar, dann ist das jammern jetzt nicht ehrlich, oder es war nie bezahlbar, und dann war es damals bei der Erstbehandlung nicht ehrlich. Und diesen Verdacht hatte ich ja; wie sind wir scheel angesehen worden und wie sind wir als unsozial klassifiziert worden, weil wir es gewagt haben, entsprechende Fragen zu stellen oder aufzuwerfen und zu kritisieren. Wie lange wird das finanzierbar sein und wird es überhaupt finanzierbar sein. Wir haben damals mehrere Bedenken geltend gemacht und hatten uns zur Entrüstung vor allen Dingen der SVP der Stimme enthalten. Wir haben aber fürs erste autonomiepolitische Gründe ins Treffen geführt, die mein Kollege Alfons Benedikter noch einmal hier bringen und erläutern wird. Aber vor allen Dingen haben wir zwei Gründe für unsere damalige Stimmenthaltung angeführt, nämlich in erster Linie, daß die bedürftigsten Schichten, also die schwächsten Schichten sowieso durchfallen, weil nicht jeder sich die 112.000.- Lire Beitrag im Monat leisten kann. Inzwischen werden es ja mehr, inzwischen werden es 132.000.- im Monat sein, aber damals hat man ja von den 112.000.- Lire im Monat gesprochen. Also haben wir gesagt, daß die Ärmsten, die wirklich Bedürftigsten durchfallen, und ich hatte damals geltend gemacht, daß es im Grunde genommen nicht ein Gesetz für die sozial Schwächsten ist, sondern es ist ein Gesetz für den Mittelstand und es bleibt ein Gesetz für den Mittelstand, nichts dagegen, aber so ist es, und dann soll man es auch ehrlich sagen. Nun, wenn ich heute hier höre und lese, daß zwar die Regierung und ganz besonders das Regionenministerium die Zuständigkeit der Region anerkennt, aber Einredepunkte anführt und sagt, aber so und so müßt ihr es machen, dann muß ich sagen, entweder hat die Region die Zuständigkeit und dann muß sie auch den Mut haben, diese Zuständigkeit durchzusetzen und bei diesen Beträgen bleiben, von denen sie sagt, daß sie sie ausgeben kann, wenn es ehrlich ist, oder sie muß von vornherein der Regierung sagen, daß wir uns von euch nichts dreinreden lassen. Wenn sie diesen Mut nicht hat, dann muß sie aufhören zu jammern. Man schließt ja einen Kompromiß nach dem anderen. Ich frage, wenn Rom dieses Gesetz rückverweist, was ja nicht so unmöglich ist, was bleibt dann noch übrig. Kollege Kußtatscher hat den Mut gehabt, es anzusprechen: Hoffnungen hat man den Leuten gemacht. Man ist also den umgekehrten Weg gegangen. Man hat nicht gesagt, wir machen einmal das

Gesetz und werden dann sehen, ob es auch durchführbar ist, ob es in Kraft treten kann und werden dann entsprechend aufklären. Anstatt dessen hat man Hoffnungen geweckt, man hat so getan als wäre das Gesetz bereits durchgehend genehmigt, als man es hier verabschiedet hat. Ich kann mich erinnern an die Worte meiner Kollegin Franzelin: Es sei der schönste Tag in ihrem Leben, daß das in Erfüllung gegangen ist, was sie sich vorgenommen hat. Und ich hätte es ihr gegönnt, aber entweder war man damals nicht ehrlich oder man war damals blauäugig und hat damit einen Mangel an Realität gezeigt, mangelnden Sinn für Realität. Wenn man schon immer sagt, man sei die größten Realisten, dann hat man sich selbst, ja dann hat man auch all jene, die eben diese großen Hoffnungen darin setzten, im Grunde genommen um ihre Hoffnungen betrogen. Denn es fallen ja mehr durch den Rost. Nun werden auch diese Jahrgänge 32 - 33 gestrichen, welche, wie ich annehme, den größten Teil ausmachen, denn sonst könnte man ja nicht 50 Prozent gleichzeitig einsparen, wenn das nicht so ein gewichtigere Block von Ausgaben für die Region wäre.

Nun hat Kollege Kußstatscher noch etwas sehr Interessantes gesagt, nämlich daß es Intrigen gegeben habe, die bewirkt hätten, daß die Durchführungsverordnungen zum ersten und zweiten Teil des Familienpaketes bis heute nicht in Kraft getreten sind. Ich möchte eine klare Antwort. Welche Intrigen und von welcher Seite? Und zwar wäre natürlich das beste, wenn wir das hier öffentlich auch erfahren. Das Stichwort ist gefallen "Intrigen" und nun möchten wir die volle Wahrheit wissen, was in diesem Zusammenhang gelaufen ist, denn wir wissen schon, daß die sogenannten christlich sozialen Kreise überall hinausgehen werden, um darauf aufmerksam zu machen, wie sozial sie seien. Dann möchten wir wissen, wer aber dann hintenherum das Gegenteil von dem sagt. Insgesamt also müssen wir sagen, ein Kompromiß nach dem anderen. Vom Autonomiestandpunkt aus gesehen ist das nicht tragbar, von den Erwartungen, die damit geknüpft worden sind, ist das nicht tragbar, von der Ehrlichkeit her gesehen schon überhaupt nicht und von der Moral her gesehen auch nicht.

(Signor Presidente. Nei nove minuti rimanenti dirò tutto ciò che desidero osservare. Abbiamo già avuto la possibilità di intervenire in passato su questa terza parte del Pacchetto Famiglia ed oggi interverrò una seconda volta in merito. Dobbiamo ammettere che o le provvidenze erano finanziariamente sostenibili sin dall'inizio, ed allora queste lamentele non sono sincere, oppure non erano sostenibili ed allora già in fase di prima lettura non c'è stata sincerità. E nutrivò questo sospetto già in passato. Quando ci siamo azzardati a porre delle domande in tal senso oppure a sollevare delle problematiche e delle critiche, chiedendo per quanto questa legge sarebbe stata finanziabile e se c'era la copertura finanziaria necessaria, siamo stato additati con una certa cattiveria e classificati come asociali. In passato abbiamo espresso numerose perplessità e con grande indignazione della SVP ci eravamo astenuti dal voto, adducendo delle motivazioni di carattere autonomistico, che il mio collega Benedikter vorrà ripetere ed illustrare ancora una volta. Ma soprattutto in quell'occasione avevamo addotto due motivazioni per il nostro voto di astensione, in primo luogo che le classi meno abbienti, le categorie socialmente più deboli, sarebbero comunque state escluse dai benefici della legge, poiché non ognuno può versare mensilmente 112.000 lire di contribuzione - nel frattempo questa cifra sarà aumentata a 132.000 lire mensili - ma allora si parlava di 112.000 lire mensili. Come dicevo i più poveri i veri bisognosi sarebbero stati esclusi ed allora avevo osservato che in fondo questa non era una legge per la classi più bisognose, bensì per il ceto medio e rimane una legge per il ceto medio, non che abbia qualcosa in contrario, ma questo è un dato di fatto e si deve avere il coraggio di dirlo apertamente. Se oggi sento e leggo che il Governo, ed in particolar modo il Ministro per gli affari regionali, riconosce la competenza della regione ma solleva delle obiezioni sulla disciplina della legge, allora nasce spontanea la domanda se la competenza spetta alla regione, ed in tal caso dovrebbe avere anche il coraggio di far valere questa competenza, mantenendo gli importi previsti inizialmente oppure deve far sì che il Governo non interferisca. E se la regione non ha questo coraggio deve cessare di lamentarsi. Si addivene ad un compromesso dopo l'altro. Mi chiedo che cosa rimarrà di questo

disegno di legge se verrà rinviato nuovamente dal Governo, cosa per altro non impossibile. Il collega Kuštatscher ha avuto il coraggio di toccare un argomento molto importante: quello di aver creato delle illusioni. Si è quindi andati nella direzione sbagliata. Non si è partiti prevedendo l'elaborazione del disegno di legge e verificando successivamente la sua attuabilità, la sua entrata in vigore ed informazione. Invece di fare tutto ciò, sono state create delle speranze, comportandoci come se la legge fosse già stata approvata. Ricordo le parole della collega Franzelin, quando disse che era il più bel giorno della sua vita in cui poteva raggiungere l'obiettivo che si era prefissata. E glielo avrei augurato, ma o allora non si era sinceri oppure si era ingenui mostrando quindi una certa mancanza di realismo, affermando di essere dei grandi realisti e poi ingannando se stessi ed anche tutte quelle persone che hanno riposto le loro speranze in noi. Poiché esse vengono escluse. Ora vengono escluse anche quelle persone nate tra il 1932 ed il 1933 le quali, come presumo, costituiscono la fetta maggiore, poiché altrimenti non si potrebbe risparmiare il 50% della spese di questo capitolo di bilancio.

Il collega Kuštatscher ha fatto un'affermazione molto interessante e cioè che ci sono stati degli intrighi i quali avrebbero provocato la non entrata in vigore del regolamento d'esecuzione al primo e secondo Pacchetto Famiglia. Ora vorrei che si desse una chiara risposta a questa domanda: quali intrighi ci sono stati e da parte di chi? Sarebbe ovviamente la cosa migliore se potessimo apprendere qui, pubblicamente. La parola chiave è stata detta, intrighi, ed ora tutti vogliamo apprendere la verità, che cosa è successo, poiché tutti sappiamo che i cosiddetti circoli cristiano democratici cercheranno ovunque di attirare l'attenzione sul loro forte impegno sociale, mentre vi è che sostiene il contrario. Per cui complessivamente dobbiamo dire che si tratta di un compromesso dopo l'altro. Non è sostenibile dal punto di vista autonomistico né dal punto di vista delle aspettative ad esso collegate, per non parlare della sincerità e della morale).

PRÄSIDENT: Die Vormerkung Alfons Benedikter haben wir aufgenommen. Ja natürlich, wir unterbrechen jetzt die Sitzung für die Mittagspause und setzen unsere Arbeiten wie geplant um 3.00 Uhr fort. Ich wünsche einen guten Appetit.

Die Sitzung ist zwischenzeitlich geschlossen.

PRESIDENTE: Abbiamo annotato che il cons. Benedikter si è iscritto a parlare. Ora interrompiamo la seduta per la pausa di mezzogiorno e riprenderemo i lavori alle ore 15.00, come programmato. Auguro a tutti buon appetito.

La seduta è interrotta.

(ore 12.58)

(ore 15.09)

Vorsitzender: Präsident Peterlini
Presidenza del Presidente Peterlini

PRÄSIDENT: Ich bitte die Abgeordneten Platz zu nehmen, damit wir mit der Sitzung beginnen und den Namensaufruf hören können.

PRESIDENTE: Prego i signori consiglieri di voler prendere posto, affinché si possa dare inizio alla seduta e procedere all'appello nominale.

BENUSSI: (segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Danke. Wir setzen jetzt die Debatte zum Gesetzentwurf über die Hausfrauenrente fort. Zu Wort gemeldet hat sich Abg. Benedikter.
Er hat das Wort.

PRESIDENTE: Grazie. Proseguiamo ora la discussione sul disegno di legge concernente l'Istituzione della pensione alle persone casalinghe. E' iscritto a parlare il cons. Benedikter, prego ne ha facoltà.

BENEDIKTER: Was mich am meisten verwundert hat nach der Rückverweisung dieses Gesetzes und der Neuvorlage, daß von seiten des Regionalausschusses, besonders von seiten Morandinis keine Stellungnahme erfolgte, und zwar zur Begründung dieser Rückverweisung. Denn die Rückverweisung stimmt ganz einfach. Sie stimmt und es hat sich am Gesetz als solchem mit den eingebrachten Abänderungsvorschlägen diesbezüglich grundsätzlich nichts geändert, denn ob 125.000.- oder 132.000.- Lire pro Monat gezahlt werden, es bleibt ja dabei, daß gegenüber den bisherigen 14.000.- Lire 600.000.- Lire Rente bezahlt würde. Die Regierung hat dem recht gegebenen, was ich hier ausgeführt habe, des längeren begründet habe, ausführlich begründet habe, sie hat dem recht gegeben und daher nehme ich an, auch wenn der Regionalassessor sich zuversichtlich zeigt, daß sie es nochmals rückverweist. Er war auch bei der ersten Verabschiedung sehr zuversichtlich. Es heißt, daß das Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge einverstanden sei, aber die Begründung bleibt nach wie vor bestehen, das heißt, daß sich diesbezüglich an den Grundzügen des Gesetzes gar nichts geändert hat.

Ich werde jetzt kurz noch einmal das vorbringen, was ich schon vorgebracht habe und unterstreiche, daß ich nichts gegen eine Hausfrauenrente habe, daß aber, so wie die Zuständigkeit der Region lautet, die Region nicht zuständig ist und nur die Provinz zuständig sein kann im Rahmen ihrer Zuständigkeit, ihrer primären Zuständigkeit, ihrer ausschließlichen Zuständigkeit für soziale Fürsorge. Ich habe damals gesagt, kommen wird, daß dem Staate unter anderem die Sozialversicherung und der Schutz und die Sicherheit der Arbeit vorbehalten wird. Dies im Zuge der Regionalverfassungsreform - die noch herrschenden Parteien werden dem eben als dem Höchsten zustimmen -, dem sogenannten Labriola-Gesetzentwurf zur Reform der Verfassung, der dies hinsichtlich der Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen dem Staat und den Regionen im Artikel 70, im neu verfaßten Artikel 70 der Verfassung, vorsehen wird. Diese Sachbereiche bleiben dem Staat vorbehalten und gehen nicht auf die Regionen oder bei uns auf die autonomen Provinzen über. Wir wissen, was nicht ausdrücklich in diesem Artikel aufgezählt ist, auf die Regionen bzw. Provinzen übergeht, und das Sachgebiet soziale Vorsorge bleibt also beim Staat. Die Region Trentino-Südtirol wird gleich wie das Aostatal eben hier diese ergänzende Zuständigkeit haben, die in den einschlägigen Durchführungsbestimmungen eben näher ausgeführt wird, wo es heißt, daß man die allgemeinen Vorkehrungen des Staates ergänzen kann, um sie den besonderen Erfordernissen der Bevölkerung und der produktiven Tätigkeiten der Region anzupassen.

Ich habe dies damals erklärt und ich wiederhole es nochmals, und zwar abgesehen davon, daß das was im ersten Absatz des Artikels 5 des Gesetzesentwurfes unter dem Begriff der Ergänzung von bestehenden allgemeinen Vorkehrung des Staates vorgesehen ist, sachlich unmöglich ist. Es widerspricht dem Autonomiestatut, diese Vorkehrungen in einem Sachgebiet unterzubringen, das auf jeden Fall dem Staate vorbehalten bleibt und daher der Autonomie entzogen ist, nicht zuletzt auch deswegen, weil wenn diese Vorkehrungen sich innerhalb der ausschließlichen Zuständigkeit des Landes bewegen, sie vom Staat eher zugelassen werden kann unter dem Titel Sozialfürsorge, sie kann also, bitte, vom Staat eher zugelassen werden, als wenn sie als Ergänzungen zu einer sonst ausschließlich staatlichen Zuständigkeit angesehen wird, die der Staat nicht als notwendig zulassen könnte, wenn er sie nicht letzten Endes auf ganz Italien ausdehnt. Das habe ich damals vorgebracht und wiederhole

heute. Wir wissen genau, daß die Verallgemeinerung der Gesetzgebungszuständigkeit der autonomen Provinzen und Region, falls das Labriola-Gesetz in Kraft tritt, in unserem Falle nicht begleitet sein kann von neuen finanziellen Zuwendungen.

Die Region wird todsicher innerhalb Jahresfrist weniger Einnahmen haben, und zwar wesentlich weniger Einnahmen haben und wird dieser Aufgabe, wenn das Gesetz in Kraft treten würde, nicht mehr nachkommen können, und dann darf die Provinz an deren Stelle treten, jedoch nicht aus eigener Zuständigkeit heraus, das hätte noch einen Sinn, sondern als von der Region delegiert. Deswegen ist es unbedingt notwendig, daß die Provinz diese Zuständigkeit, das heißt ja, die Zuständigkeit als solche, übernimmt und finanziert. Sie wird schon sehen, daß sie den finanziellen Bedarf decken muß, um dieser Zuständigkeit, dieser Pflicht, was es meiner Ansicht nach ist, nachzukommen. Und dies ist anderen Dingen, z.B. einer Politik bei den öffentlichen Arbeiten vorzuziehen, wo vielfach übertrieben wird. Die autonomen Provinzen und die Region erhalten bereits 9 Zehntel aller staatlichen Steuereinnahmen, während die Mehrwertabgabe an der Grenze wegfallen wird, sei es wegen des Binnenmarktes, sei es weil sie als Steuereinnahme auf die EG übertragen werden soll.

Die autonomen Provinzen und die Region sind daher gezwungen, ihre Finanzgebarung neu zu überdenken, und zwar gegenüber der Notwendigkeit, in Zukunft alle Ausgaben für die Sanität, für die Fürsorge, für die Schule und für alle übrigen übergehenden Zuständigkeiten mit den 9 Zehntel der auf ihrem Gebiet vereinnahmten Steuern oder mit eigenen Steuern in Übereinstimmung mit den Grundsätzen des staatlichen Steuersystems zu decken. Wir wissen, daß die Zuständigkeit der autonomen Provinzen von uns erreicht worden ist, von mir in der paritätischen Kommission mit den Durchführungsbestimmungen - Dekret des Präsidenten der Republik Nr. 469 vom 28. März 1975 -, mit dem die Zuständigkeit für Sozialfürsorge (assistenza sociale), ausgedehnt worden ist auf den Inhalt des Artikel 38 der Verfassung. Damit hat man eine Entwicklung vorweggenommen, die der Verfassungsgerichtshof dann mit Urteil Nr. 174 vom 1981 auf alle Regionen ausgedehnt hat, indem er allen Regionen, auch den Normalregionen diese Zuständigkeit für Sozialfürsorge im weitesten Sinne zuerkannt hat, mit Ausnahme selbstverständlich der Vorsorge, mit Ausnahme der Sozialversicherung. Beide Provinzen haben diese Zuständigkeit weitgehend mit zahlreichen Gesetzen und Verordnungen ausgeübt, siehe die Familienberatungsstellen, die Kinderhorte, die Betreuung der unehelichen Kinder, die Förderung der Jugendarbeit, die Anvertraung von Minderjährigen, der Frauenhausdienst, die Grundfürsorge und die örtlichen Einrichtungen für die wirtschaftliche Fürsorge. Ich habe damals schon gesagt, wenn in diesem Zusammenhang auf die ergänzende Zuständigkeit der Region bestanden wird, nur weil die Region zufällig runde 50 Milliarden zur Verfügung hat, bedeutet das, daß wir damit auf eine ausschließliche Zuständigkeit des Landes verzichten, welche bereits ausgedehnt worden ist, abgesehen davon, daß dem Staate erleichtert wird, den Sichtvermerk zu verweigern, und zwar sei es aus sachlichen Gründen, habe ich gesagt, sei es aus finanziellen Gründen, denn wenn diese Aufgabe zusätzlich der ausschließlichen staatlichen Zuständigkeit vorbehalten bleibt, er mit dem Sichtvermerk die Verantwortung übernehmen würde, diese Familienschutzmaßnahmen auf das gesamte Staatsgebiet auszudehnen, was in der heutigen katastrophalen Lage der Staatsfinanzen nicht denkbar ist. Ich habe eben verwiesen auf die Durchführungsbestimmung, Artikel 22 des Dekretes des Präsidenten der Republik Nr. 616 vom 24. Juli 1977, ich lese ihn noch einmal und zwar italienisch:

Le funzioni amministrative relative alla materia beneficenza pubblica concernono tutte le attività che attengono nel quadro della sicurezza sociale alla predisposizione ed erogazione di servizi gratuiti o a pagamento o di prestazioni economiche sia in denaro che in natura a favore dei singoli o di gruppi qualunque sia il titolo in base al quale sono individuati i destinatari - also auch Hausfrauen -, anche quando si tratta di assistenza a categorie determinate escluse soltanto le funzioni relative alle prestazioni economiche di una natura previdenziale.

Ich habe das geltend gemacht, daß eben die Provinzen ganz klar aufgrund von Durchführungsbestimmungen, die wir erreicht haben, eben die Zuständigkeit besitzen. Es ist satssam

bekannt, daß dort wo gewisse Vorsorgemaßnahmen (previdenza) für einzelne Kategorien durch Staatsgesetz eingeführt worden sind, diese dann aufgrund eines Verfassungsgerichtsurteil auf alle ähnlich gelagerten Kategorien ausgedehnt werden müssen, sodaß durch diese Ausdehnung aufgrund des Gleichheitsgrundsatzes der Verfassungsgerichtshof dem Staat Mehrausgaben von rund 80.000.- Milliarden - hat es vor zwei Jahren geheißen - verursacht hat. Der Verfassungsgerichtshof hat sich im Urteil 132 vom 18./19. März 1991 mit dem staatlichen Vorsorgegesetz über den Schutz der arbeitenden Mütter befaßt und hat festgestellt, daß die im Artikel 15 dieses Gesetzes vorgesehene Tagesentschädigung bei Mutterschaft entschädigen soll für den Verlust des Arbeitseinkommens, den sie sonst erleiden würde, weil sie wegen der Schwangerschaft und der Geburt des Kindes nicht arbeiten kann. In solchen Fällen hat der Verfassungsgerichtshof gesagt, ändert diese Entschädigung nicht das Wesen einer Vorsorgemaßnahme (previdenza) für Arbeiter, um eine wirtschaftliche Maßnahme für die Mutterschaft zu werden. Wenn dem so wäre, wäre der im Gesetz enthaltene Ausschluß von nicht arbeitenden Frauen nicht gerechtfertigt, während der Gesetzgeber durch andere soziale Einrichtungen den besonderen Erfordernissen der Mutterschaft als solcher entgegengekommen ist. Das heißt mit anderen Worten, der Verfassungsgerichtshof hat in verschiedenen Urteil eben gesagt, daß das Vorsorgemaßnahmen für arbeitende Frauen sind, und zwar nicht auch für die Hausfrau, das wissen wir, und das andere sind Fürsorgemaßnahmen für die Hausfrau und für die Mutterschaft usw. Diese Verfassungsrechtslage wurde in den letzten Jahren einer langen Reihe von parlamentarischen Gesetzgebungsiniciativen, und zwar Nr. 2672 vom Februar 1991 im Senat bedacht, wo alle Maßnahmen, auch die wirtschaftlichen, zur Unterstützung der Mutterschaft und der Vaterschaft den Regionen und Autonomen Provinzen beim heutigen Stand der Zuständigkeit aufgetragen werden.

Die normalen Regionen haben ja nur Sozialfürsorge, also keine ergänzende Zuständigkeit für Sozialversicherung. Ich habe darauf hingewiesen, was die Regionen, z.B. Emilia Romagna, damit getan hat mit ihren sekundären Zuständigkeit für soziale Fürsorge, wo die Provinzen hier primäre Zuständigkeit haben. Die Region Emilia Romagna hat in ihrem Grundsatzgesetz vom 12. Jänner 1985 schon gesagt, daß: l'esercizio delle funzioni di assistenza sociale informate ai seguenti principi e (unter anderem) l'adeguatezza dell'intervento al bisogno delle esigenze affettive psicologiche, familiari e relazionari e sociali della persona superando anche i tradizionali interventi di istituzionalizzazione - und sie hat eben auch eine Art Hausfrauenrente. Im Artikel 33 dieses Gesetzes der Emilia Romagna heißt es: gli interventi di assistenza sociale per la famiglia, la maternità, l'infanzia e l'età evolutiva sono in particolare volti a assicurare aiuti alla famiglia che versò in difficoltà relazionali o materiali ... und assicurare le condizioni materiali familiari affettive connettive relazionali, sociali per un armonico sviluppo psicofisico del bambino e dell'adolescente - und noch einmal immer in diesem Zusammenhang - assicurare le vitali condizioni di vita. Das hat die Region Emilia Romagna mit der sekundären Zuständigkeit, konkurrierenden Zuständigkeit hinsichtlich der Sozialfürsorge zustande gebracht, und wir haben diesbezüglich sogar eine primäre, eine ausschließliche Zuständigkeit. Wir, ich meine jetzt die Provinzen und nicht die Region, und diese kann uns sicher nicht genommen werden. Auch im Zuge der Verfassungsreform kann uns diese nicht genommen werden, während, wie gesagt, der Staat sich im Zuge dieser Reform die soziale Vorsorge und das Arbeitsrecht, den Schutz und die Sicherheit der Arbeit vorbehält. Und dazu kommt, daß dieselbe Rechtslage dieselbe Unterscheidung zwischen den sozialversicherten Arbeitnehmern - ob Mann oder Frau ist selbstverständlich gleich - und dem Familienschutz, der Fürsorge für die Familie, daher auch der Hausfrauen macht. Eine Art von Hausfrauenrente ist in der europäischen Sozialcharta enthalten, ist in den Menschenrechtspakten enthalten und ist in der, immer von Italien ratifizierten Konvention über das Recht des Kindes - Staatsgesetz Nr. 176 vom 27. Mai 1991 - enthalten. Zum Beispiel werden in der europäischen Sozialcharta vom 18. Oktober 1961, die als Konvention am 26. Februar 1965 in Kraft getreten und ein zwingendes Rechtsinstrument ist, zwischen dem Recht auf Fürsorge und dem Recht auf Vorsorge insbesondere durch Leistungen aus einem System der sozialen Sicherheit (Artikel 13) unterschieden.

Ähnlich wie in der italienischen Verfassung wird ganz eindeutig vom Recht der Familie auf sozialen gesetzlichen und wirtschaftlichen Schutz (Artikel 16) gesprochen.

Auch im Menschenrechtspakt über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte anerkennen die Vertragsstaaten im Artikel 4 das Recht eines jeden auf soziale Sicherheit an und dieses schließt die Sozialversicherung ein, hingegen der Artikel 10 lautet, daß die Vertragsstaaten anerkennen, daß die Familie als die natürliche Kernzelle der Gemeinschaft, der Gesellschaft, größtmöglichen Schutz und Beistand genießen soll, insbesondere im Hinblick auf ihre Gründung und so lange sie für die Betreuung und Erziehung unterhaltsberechtigter Kinder verantwortlich ist.

Ich habe da noch ausgeführt, daß der sogenannte Versicherungsbeitrag - wie er im Artikel 9 des Gesetzesentwurfes vorgesehen ist, um das wirtschaftliche, finanzielle Gleichgewicht der Verwaltung dieser Vorkehrung zu gewährleisten - 25 Prozent der Last decken soll, und zwar durch Beiträge der künftigen Nutznießer dieser Unterstützungen. Damit wird natürlich nicht der Tatbestand einer Sozialversicherung verwirklicht, so wie ihn das programmatische Dokument des nationalen Sozialversicherungsinstitutes von 1981 und der sogenannte Parallelhaushalt desselben Institutes von 1986 beschreiben, nämlich von Verwaltungen, die von Haus aus dafür eingerichtet sind, Leistungen zu gewährleisten, die ausschließlich auf Versicherungsbeiträgen aufgebaut sind und finanziert werden. Dieser Beitrag von 25 Prozent soll als Eskamotage für einen Tatbestand herhalten, bei dem von Vorsorge oder Sozialversicherung nicht die Rede sein kann.

Und daher aus all diesen Gründen, die ich damals geltend gemacht und jetzt wiederholt habe und die durch die Rückverweisung, die zwar kurz und bündig ist, aber immerhin, eben immerhin sagt, daß die Region für eine solche Art der sozialen Fürsorge nicht zuständig sein kann, kann ich nicht für dieses Gesetz stimmen, nicht weil ich nicht der Ansicht bin, daß die Hausfrauen eine solche Fürsorge nicht tatsächlich verdienen, sondern daß diese Fürsorge eben von den Provinzen übernommen werden soll, nicht zuletzt deshalb, weil der Staat, wenn die autonomen Provinzen so etwas verabschiedet hätten, erstens nicht geltend machen hätte können, daß keine Zuständigkeit da ist, siehe Beispiel und siehe Präzedenzfall Emilia Romagna, eine gewöhnliche Region mit sekundärer Zuständigkeit. Er hätte nicht die Frage der Zuständigkeit aufwerfen können, erstens, und er hätte zweitens nicht die andere Begründung geltend machen können, die er da geltend gemacht hat, die Unverhältnismäßigkeit, ja, die Vernünftigkeit - *proporzionalità, adeguatezza in materia previdenziale giusta la vigente giurisprudenza costituzionale* -. Er hatte genau das geltend gemacht, was ich hier gesagt habe. Das wäre eine Fürsorgemaßnahme geworden, die die Regionen treffen könnten, wenn sie finanziell sich als dazu befähigt erachteten, wie gesagt, wie die Region Emilien, die sicher nicht so viele Mittel zu Verfügung hat, wie die autonomen Provinzen Bozen und Trient. Wie gesagt, wenn der Staat das im Rahmen der ergänzenden sozialen Vorsorge, der ergänzenden Sozialversicherung zulassen würde, dann sagt er praktisch ja, daß so etwas zur Sozialversicherung gehört und wenn schon dann auch in ganz Italien eingeführt werden müßte. Die in ähnlicher Lage befindlichen Hausfrauen von ganz Italien müßten dann das selbe Recht haben. Deswegen behält der Staat die soziale Vorsorge, die Sozialversicherung, für sich, weil sie mehr als die soziale Fürsorge sozusagen allgemeingültig ist, und nicht einmal für Italien allein, sondern europaweit, weltweit, wie es eben in der europäischen Sozialcharta, die Italien völkerrechtlich bindet und auch in der Menschenrechtspakte und im Weltpakt über die Rechte des Kindes enthalten ist. Und ich bin daher der Ansicht, nachdem sich da nichts wesentliches geändert hat, es keinen Sinn hat darauf zu bestehen, sondern daß es besser wäre, wenn die Provinzen, die sowieso letzten Endes auf längere Sicht Zahlmeister sein werden, daß es besser wäre, daß es vernünftiger wäre, wenn eben die Provinzen diese Vorkehrung treffen würden, diese Maßnahme treffen würden, weil es aus den Gründen, weswegen das Regionalgesetz rückverwiesen worden ist, bei den Provinzen sicher nicht rückverwiesen werden kann. Erstens haben die Provinz die Zuständigkeit und zweitens bestehen allgemeingültige, für ganz Italien, europaweit und weltweit gültige Grundsätze. Es betrifft die soziale Fürsorge und da kann es Unterschiede im Ausmaß geben, je nachdem ob der

jeweilige Staat oder die jeweilige autonomen Einheit über mehr oder weniger Mittel verfügt und dann diese Mittel auch verwenden kann, um die soziale Fürsorge meinerwegen stärker zu gestalten als in einer benachbarten autonomen Einheit. Man will auf die Zuständigkeit der Region in einem Sachgebiet bestehen, in dem einwandfrei die Provinzen zuständig sind, also einwandfrei, so wie es in den Durchführungsbestimmungen ganz genau beschrieben ist. Weil die Rückverweisung in diesem Falle genau aus diesem Grunde erfolgt ist, kann ich hier aus diesem Grunde nicht zustimmen.

Ich wiederhole abschließend noch einmal, daß ich sehr dafür wäre, wenn diese Maßnahme von der autonomen Provinz getroffen würde, auch weil finanziell die Voraussetzungen sicher da sind. Es ließe sich eventuell irgendwo anders etwas kürzen; dieses Anliegen verdient sicher in sozialer Hinsicht absolut den Vorrang vor vielen anderen Anliegen.

(La cosa che più mi ha meravigliato dopo il rinvio di questo disegno di legge e la sua ripresentazione, è stato il fatto che la Giunta regionale, ed in particolare l'assessore Morandini, non siano intervenuti per motivare il rinvio governativo, per altro corretto e giustificato. E' corretto e neppure gli emendamenti proposti hanno modificato alcunché, poiché se mensilmente si versano 125.000 lire oppure 132.000 lire la sostanza non cambia, dato che la pensione regionale ammonterebbe a 600.000 lire mensili rispetto alle 14.000 lire attualmente erogate. Il Governo ha condiviso le osservazioni da me sollevate con delle motivazioni esaustive, per cui presumo che la legge verrà rinviata ancora una volta, anche se l'assessore regionale Morandini si mostra ottimista. Anche in fase di prima approvazione era molto ottimista ed aveva affermato che il Ministero per il lavoro e la previdenza sociale non avevano nulla da obiettare su questa proposta di legge; invece la motivazione del rinvio permane, ed anche l'impostazione della legge non è stata modificata.

Riproporrò ora brevemente quanto ho già avuto modo di dire in passato, sottolineando però che non ho nulla contro la pensione alle casalinghe, ma che la competenza regionale in materia spetta in verità alle province, in quanto esse esercitano competenza primaria in materia di assistenza sociale. Allora avevo sostenuto che in futuro verranno riservate allo Stato le materie della previdenza sociale, tutela e sicurezza del lavoro. E questo in seguito al cosiddetto disegno di legge Labriola di riforma della Costituzione in ordine al riparto delle competenze legislative tra lo Stato e le regioni - ed i partiti di governo voteranno a favore di questa proposta di legge come il provvedimento più auspicabile - il quale, all'art. 70 della nuova Costituzione, riserva appunto tali materie allo Stato, e non vengono delegate alle Province o alle province autonome. Infatti ciò che non è espressamente indicato in tale articolo viene trasferito alla competenza regionale, mentre il settore della previdenza sociale permane di competenza dello Stato. La regione Trentino-Alto Adige avrà, alla stessa stregua della Valle d'Aosta, competenza integrativa che viene espressamente citata nelle norme di attuazione, laddove si dice che "...si possono integrare gli interventi generali dello Stato per adattarli alle specifiche esigenze della popolazione e alle attività produttive della regione...".

Ricordo quanto ho già dichiarato e cioè che indipendentemente dalla impossibilità oggettiva di inquadrare quanto previsto nel primo comma dell'art. 5 del disegno di legge nel concetto di integrazione degli interventi generali dello Stato - che contrasta con lo Statuto di Autonomia - non conviene inquadrare questi interventi in una materia comunque riservata allo Stato e quindi sottratta all'autonomia, non per ultimo perché se questi interventi sono da inserirsi nella competenza primaria della provincia, lo Stato potrebbe ammetterla sotto il titolo di assistenza sociale, piuttosto che come integrazione di una competenza esclusivamente statale, che lo Stato non potrebbe ammettere come necessaria in una parte d'Italia per poi negarla in altre parti. Questo è quanto ho affermato in passato e quanto ribadisco oggi. Sappiamo anche che la generalizzazione della competenza legislativa delle Province autonome e della Regione, se la legge Labriola dovesse entrare in vigore, nel nostro caso non può essere accompagnata da ulteriori devoluzioni finanziarie.

La regione entro il termine dell'anno avrà delle entrate inferiori ad oggi e se questa

legge entrerà in vigore, non potrà sostenerne gli oneri, cosicché saranno le province a dover intervenire finanziariamente, non perché esse abbiano la competenza in materia, bensì per delega della regione. Per questo è assolutamente necessario che la Provincia assuma questa competenza e la finanzia. Essa avrà anche modo di constatare che sarà necessario provvedere ai finanziamenti per esercitare questa competenza, che è da preferirsi ad altri settori, come ad es. quello delle opere pubbliche, dove molto spesso si esagera. Alle Province autonome ed alla regione sono già devoluti i 9/10 delle entrate tributarie erariali, mentre l'IVA sulle importazioni è destinata a cadere sia per l'entrata in vigore del Mercato Unico Europeo, sia perché verranno trasferite alla Comunità Economica Europea le entrate tributarie derivanti dalla riscossione di tale imposta.

Le Province autonome e la regione sono per questo tenute ad impostare ex novo il regime finanziario di fronte alla necessità di finanziare interamente tutto il settore della sanità, dell'assistenza, della scuola ed il resto delle materie organicamente connesse con i nove decimi precetti nel territorio dello Stato oppure con tributi propri, in armonia con i principi del sistema tributario dello Stato nelle materie di rispettiva competenza. Sappiamo anche che abbiamo ottenuto la competenza delle Province autonome, e che nell'ambito della commissione paritetica sono riuscito a far estendere con norme di attuazione - D.P.R. n. 469 del 28 marzo 1975) alla competenza in materia di assistenza sociale al contenuto dell'art. 38 della Costituzione, anticipando così la sentenza della Corte Costituzionale 174 del 1981 che l'ha estesa a tutte le regioni, attribuendo a tutte le regioni, quindi anche quelle a statuto ordinario tale competenza in materia di assistenza pubblica, eccetto la previdenza e le assicurazioni sociali. Ambedue le province hanno esercitato tale competenza con numerose leggi e regolamenti sui consultori familiari, sugli asili nido, sull'assistenza ai bambini nati fuori dal matrimonio, sulla promozione del servizio giovani, sull'affidamento di minori, sul servizio Casa delle donne, sull'assistenza economica di base. Già a suo tempo avevo affermato che insistendo in questo contesto sulla competenza integrativa della regione, solamente perché la regione dispone casualmente di 50 miliardi, si rinuncia ad una competenza primaria già esercitata nello stesso settore dalle province, a prescindere dal fatto che viene facilitato il diniego dello Stato del visto ad una rivendicazione di competenza sia per ragioni oggettive che per ragioni finanziarie, dato che se rientrasse nella previdenza che comunque rimane competenza esclusiva dello Stato, esso si assumerebbe il compito di estendere a tutto il proprio territorio delle provvidenze a tutela della famiglia, cosa che nella attuale situazione catastrofica delle finanze statali non è pensabile. Per questo ho rimandato alla norma di attuazione, art. 22 del D.P.R. n. 616 del luglio 1977 di cui darò ora nuovamente lettura: "...Le funzioni amministrative relative alla materia beneficenza pubblica concernono tutte le attività che attengono nel quadro della sicurezza sociale alla predisposizione ed erogazione di servizi gratuiti o al pagamento di prestazioni economiche sia in denaro che in natura, a favore dei singoli oppure di gruppi, qualunque sia il titolo in base al quale sono individuati i destinatari - dunque le casalinghe -, anche quando si tratta di assistenza a categorie determinate, escluse soltanto le funzioni relative alle prestazioni economiche di una natura previdenziale..."

Ho per questo affermato che alle Province spetta, in base alle norme di attuazione, la competenza in materia. E' nota infatti la vicenda dell'estensione a singole categorie di provvidenze introdotte con legge statale e della loro estensione sistematica ad altre categorie - con sentenze della Corte costituzionale in base al principio della parità, che è costata al bilancio statale circa 80 mila miliardi. La Corte Costituzionale si è occupata nella sentenza 132 del 18-19 marzo 1991 delle leggi previdenziali sulla tutela delle madri lavoratrici ed ha accertato che l'indennità giornaliera di maternità, prevista dall'art. 15 della legge, "...deve tenere indenne la donna lavoratrice della perdita di reddito che altrimenti essa dovrebbe subire a causa dell'astensione dal lavoro per gravidanza e puerperio..." In simili casi la Corte Costituzionale ha sancito che quest'indennità non modifica la sua natura per assumere il mero carattere di un sussidio o premio della maternità. Se così fosse, non sarebbe giustificabile l'esclusione dal beneficio delle donne non lavoratrici ed invece il legislatore ha

inteso sopperire mediante servizi sociali alle particolari esigenze che derivano dalla maternità. In altre parole ciò significa che la Corte costituzionale ha sancito con numerose sentenze delle provvidenze per le donne lavoratrici - ma non per quelle casalinghe - ed un'altra cosa sono le misure assistenziali per le casalinghe e la maternità. Di questa situazione di diritto costituzionale viene tenuto conto anche in una lunga serie di iniziative legislative, ed in special modo nell'ultima iniziativa parlamentare n. 2672 del Senato, in cui gli interventi economici a sostegno della maternità e paternità vengono attribuiti alle Regioni e alle Province autonome, evidentemente in base alla loro competenza acquisita.

Le Regioni a statuto ordinario hanno competenza solamente in materia di assistenza sociale, e quindi non hanno neppure una competenza integrativa in materia di previdenza sociale. Ho sottolineato quello che le Regioni come ad es. l'Emilia Romagna hanno attuato grazie a questa competenza secondaria in materia di assistenza sociale, in cui le Province autonome hanno competenza primaria. La Regione Emilia Romagna ha enunciato nella sua legge fondamentale del 12 gennaio 1985 che "...l'esercizio delle funzioni di assistenza sociale viene informato ai seguenti principi (tra l'altro) l'adeguatezza dell'intervento al bisogno delle esigenze affettive psicologiche, familiari e relazionali e sociali della persona superando anche i tradizionali interventi di istituzionalizzazione ...", prevedendo una pensione alle persone casalinghe. All'art. 33 della legge dell'Emilia Romagna si dice: "gli interventi di assistenza sociale per la famiglia, la maternità, l'infanzia e l'età evolutiva sono in particolare volti a assicurare aiuti alla famiglia che versi in difficoltà relazionali o materiali ... ed assicurare le condizioni materiali familiari affettive connettive, relazionali, sociali, per un armonico sviluppo psicofisico del bambino e dell'adolescente - ed assicurarne le vitali condizioni di vita". Questo è quanto ha realizzato la regione Emilia Romagna con una competenza secondaria, concorrente, mentre noi che invece abbiamo addirittura una competenza primaria, esclusiva che non ci può venir sottratta, e per noi intendo le Province autonome e non le regioni, non abbiamo previsto simili interventi. E neppure a seguito della riforma costituzionale tale competenza in materia di assistenza sociale ci potrà mai essere tolta mentre, come detto, lo Stato si riserverà la competenza in materia di previdenza sociale e di diritto al lavoro, tutela della sicurezza sul lavoro etc... Ed a ciò si aggiunge il fatto che la stessa dottrina distingue tra lavoratori con copertura previdenziale indipendentemente che siano uomini o donne, e tutela della famiglia, assistenza per la famiglia, quindi anche alle casalinghe. Una specie di pensione alle casalinghe è prevista nella Carta sociale europea, nella convenzione sui diritti dell'uomo e nella convenzione sui diritti del fanciullo ratificata dall'Italia con legge 176 del 27 maggio 1991. Ad es. nella Carta sociale europea del 18 ottobre 1961, entrata in vigore il 26 febbraio 1965 che costituisce un strumento giuridico vincolante, si distingue tra diritto all'assistenza pubblica e diritto alla previdenza attraverso un sistema di sicurezza sociale (art. 13).

Anche nella Convenzione internazionale sui diritti economici, sociali e culturali, viene riconosciuto agli Stati contraenti, all'art. 4, il diritto di ogni singolo alla sicurezza sociale e questo esclude le assicurazioni sociali, mentre l'art. 10 riconosce che la famiglia è la cellula germinale della società e quindi necessita della maggior tutela e del maggior sostegno possibile, in particolare per ciò che concerne la fondazione della famiglia finché è responsabile della cura e dell'educazione dei bambini a carico.

Inoltre ho anche spiegato che il cosiddetto contributo previdenziale previsto all'art. 9 del disegno di legge "...per assicurare l'equilibrio economico, finanziario della gestione deve coprire il 25 per cento dell'onere, ovvero attraverso i contributi dei futuri beneficiari delle prestazioni...". Con ciò ovviamente non si realizza una delle fattispecie previdenziali intese, secondo il documento programmatico dell'Istituto nazionale per la Previdenza Sociale del 1981 ed il cosiddetto bilancio parallelo dello stesso Istituto del 1986, "come gestioni" istituite ad assicurare l'erogazione delle prestazioni, determinate esclusivamente sulla base dei contributi assicurativi e con essi finanziate. Questo contributo del 25 per cento deve essere considerato come una escamotage per una fattispecie per la quale non si può parlare di previdenza o assicurazioni sociali.

Per questi tutti quei motivi che ho evidenziato allora, e che ho ora riproposto e che sono espressi in modo molto coinciso nel rinvio governativo, ovvero che la regione non ha competenza per una simile tipo di assistenza sociale, non posso votare a favore di questo disegno di legge. Ovviamente non perché non ritenga che le casalinghe non siano meritevoli di una simile assistenza, bensì perché deve essere esercitata dalle Province autonome, non per ultimo perché se avessero emanato un simile provvedimento legislativo, lo Stato non avrebbe potuto eccepire la mancanza di competenza, si veda a tale titolo l'esempio della regione Emilia Romagna, una regione a statuto ordinario con competenza secondaria. Lo Stato non avrebbe potuto sollevare il problema della competenza e non avrebbe potuto addurre le motivazioni della violazione del principio della proporzionalità ed adeguatezza in materia previdenziale, giusta la vigente giurisprudenza costituzionale. Avrebbe osservato quello che ho avuto modo di osservare anch'io. Sarebbe potuta diventare una misura assistenziale, che avrebbe potuto interessare tutte quelle regioni che avrebbero potuto sostenere i relativi oneri finanziari, come la regione Emilia Romagna, che sicuramente non dispone di un bilancio pari a quello delle due province autonome di Bolzano e Trento. Per cui come ho già avuto modo di dire, se lo Stato avesse ammesso tali provvidenze quali rientranti nell'ambito della previdenza integrativa, avrebbe dovuto ammetterle anche per il resto d'Italia. Le casalinghe che si trovano in una situazione analoga in Italia dovrebbero godere dello stesso diritto. Per questo lo Stato si riserva la competenza in materia di previdenza sociale, assicurazioni sociali, che sancisce dei principi generalmente validi non solo in Italia, bensì in tutta l'Europa, in tutto il mondo come sancito dalla Carta sociale europea, che vincola l'Italia dal punto di vista del diritto internazionale ed anche la Convenzione sui diritti dell'uomo nonché quella sui diritti del fanciullo. Per questo sono dell'avviso che poiché non è stato modificato nulla di determinante, non abbia alcun senso insistere su questa competenza, e sarebbe meglio se le Province, che a lunga scadenza ad ogni modo dovranno intervenire finanziariamente, adottassero queste misure legislative, poiché sicuramente la legge provinciale non verrebbe rinviata per i motivi che hanno determinato il suo rinvio a livello regionale. In primo luogo le Province hanno la competenza necessaria ed in secondo luogo esistono dei principi validi per tutti, per tutta l'Italia, l'Europa, il mondo intero. Per ciò che concerne l'assistenza sociale, vi possono essere delle differenze nell'entità della misura, a seconda che la singola entità autonoma disponga di ingenti mezzi finanziari o meno e possa utilizzarli per rafforzare l'assistenza sociale. Si vuole quindi insistere su una competenza della regione in una materia che ricade nella competenza della Provincia, come è descritto dettagliatamente nelle norme di attuazione. Poiché il rinvio governativo avviene proprio per questo motivo non posso votare a favore di questa legge.

Ripeto infine ancora una volta che sono a favore dell'introduzione di simili interventi a livello provinciale, anche perché vi sono i presupposti finanziari. Potremmo risparmiare in altri settori, mentre questa materia dovrebbe avere priorità assoluta rispetto ad altre dell'ambito sociale).

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Benedikter.

Zu Wort gemeldet hat sich in der Generaldebatte der Abg. Pinter. Er hat das Wort, bitteschön. Ich habe die Wortmeldung nicht vorgemerkt gehabt. Abg. Pinter, wenn dem so ist, dann müßte ich dem Abg. Meraner vorher das Wort erteilen. Gut in Ordnung, ist geklärt. Dann merken wir den Abg. Meraner als nächsten Redner vor.

Also Abg. Pinter hat das Wort.

PRESIDENTE: Grazie cons. Benedikter.

In sede di discussione generale è iscritto a parlare il cons. Pinter. Prego consigliere, a Lei la parola. Non avevo annotato la Sua richiesta di intervenire. Cons. Pinter, stando così le cose devo prima concedere la parola al cons. Meraner. Bene, abbiamo chiarito anche questo problema. Il prossimo oratore iscritto a parlare è dunque il cons. Meraner.

Prego, cons. Pinter. Ne ha facoltà.

PINTER: Signor Presidente, le mie considerazioni saranno abbastanza contenute e non per questo meno negative, in quanto ho cercato di capire, in quanto non ho seguito evidentemente tutto l'iter di questo provvedimento legislativo e devo dire che il mio stupore era precedente alla mia presenza all'interno di questo Consiglio regionale, rispetto alla portata e alla sostanza dello stesso provvedimento legislativo.

Ho cercato anche di capire, nelle motivazioni a sostegno dello stesso, come si potesse giustificare e legittimare la portata dell'intervento stesso, però devo dire che non sono riuscito ad inquadrare e giustificare a sufficienza la proposta legislativa che ora è stata ripresa dopo il pronunciamento del Governo nazionale.

Condivido in via preliminare le ragioni di chi sostiene una sostanziale incompetenza da parte della Regione nella potestà legislativa in materia, considerandolo appunto, come ha detto anche il cons. Benedikter, non esattamente come si vuol far passare come materia di competenza, però credo che anche fosse dimostrata la competenza della Regione, allo stesso modo non sarei d'accordo con questo provvedimento legislativo. E' un provvedimento legislativo che ha raggiunto l'attenzione nazionale, perché è un precedente che non ha precedenti e che quindi ha richiamato l'attenzione e devo dire che lo stupore diffuso coglie sì da una parte questo fatto di voler rispondere ad una situazione che non nego che abbia alcune caratteristiche di necessità di riconoscimento, non sto qui a negare nè la particolarità, nè il tipo di lavoro che viene svolto dalle casalinghe, il discorso sarebbe molto ampio su questo punto di vista.

Non credo però sia possibile riconoscere questo lavoro attraverso questi strumenti, o meglio non penso che si possa sancire il lavoro svolto dalle casalinghe con queste modalità, cioè con un riconoscimento di una pensione. Credo che la questione sia più complessa, che vada definita ed inquadrata in una considerazione più generale di quelli che sono i carichi sociali di determinate mansioni che una persona svolge nella propria vita e credo che per altro verso sia anche giusto che l'istituzione cerchi di non fermarsi alla pura retribuzione del lavoro delle persone, ma consideri funzioni socialmente rilevanti, svolge al di là di un rapporto di lavoro e che quindi in qualche modo si debba capire che ci sono dei compiti di cura che riguardano i figli, ma che riguardano anche le persone malate, quelle che hanno determinati bisogni ed è giusto pensare che ci sono dei costi di produzione sociale che valgono tanto quanto i costi di produzione diretta e che quindi abbiamo un problema di riconoscimento e considerazione degli stessi.

Qui mi pare che la portata di questo provvedimento legislativo vada oltre questo aspetto, o meglio lo affronti sotto un altro punto di vista, che evidentemente offre uno strumento assolutamente limitato e sostanzialmente con il rischio di essere abbastanza iniquo per alcuni versi, perché qui non è solo un riconoscimento del lavoro svolto, ma è anche un riconoscimento della capacità contributiva, cioè di quanti possono pagare determinate contribuzioni per ottenere un riconoscimento di tipo pensionistico e quindi non è che io con questa legge vado a riconoscere un lavoro socialmente in modo differenziato, a seconda della capacità reddituale, e secondo il grado di bisogno, ma vado a determinare condizioni che finiscono per rafforzare situazioni oggettive di privilegio di tipo sociale.

Allora non penso che noi possiamo permetterci di non considerare le differenze sociali che oggi caratterizzano la nostra società e nel momento stesso che noi caratterizziamo la nostra spesa pubblica, penso che sia prioritario che noi lo facciamo con un intento di tipo riequilibratore, cioè nella considerazione dell'importanza della priorità dei bisogni.

Se noi invece ci affidiamo ad un intervento che ripete di fatto capacità reddituali diverse e capacità di spesa diversa, finiamo non per superare situazioni di ingiustizia, ma per riconoscere in modo disuguale quote di lavoro che invece sono in termini quantitativi probabilmente uguali o comunque estremamente diffuse.

Questo come considerazione legata all'aspetto delle differenze sociali che mi sembra molto importante, però credo che dobbiamo interrogarci, al di là di queste questioni, perché in effetti la problematica della pensione, riconoscendo il lavoro casalingo, potrebbe essere ed è più problematica di quanto non stia riassumendo e definendo.

Credo però ci siano altre ragioni, da una parte alcuni consiglieri hanno indicato diverse priorità in termini eventualmente di previdenza, mi pare che qualcuno abbia richiamato il lavoro stagionale come dimensione prioritaria del nostro intervento, io tra il resto non sono di quelli che esclude la priorità, probabilmente ho sostenuto anche delle richieste a suo tempo perché vengano usate le risorse pubbliche come riequilibratore sociale e quindi tengono in considerazione che quanto è stato penalizzato da manovre governative a livello nazionale, possa essere anche oggetto di un'attenzione con l'utilizzo delle nostre risorse.

Quindi io tengo in considerazione il fatto di chi propone che di fronte ad una manovra governativa, che fa pagare i ticket a fasce di utenza che hanno dei bisogni particolari da un punto di vista sociale, aggravati da malattie particolari, possano in qualche modo trovare una considerazione, laddove anch'io sono convinto che ormai dobbiamo ambire ad un'autonomia nella spesa sanitaria e che quindi sia giusto integrare quello che lo Stato invece non riesce a considerare come rilevanza sociale, però credo che da questo punto di vista possano essere considerate con maggiore priorità dal punto di vista sociale, che non l'intervento che è oggetto di questo disegno di legge.

Assessore, non sono riuscito a togliermi questa sensazione che questo provvedimento legislativo risponde per alcuni versi più ad una sorta di bisogno di legittimare i compiti della Regione con un intervento di una tale portata, per quanto poi sappiamo che gli oneri sono una questione un po' più complessa in termini effettivi, però mi sembra che noi andiamo a trovare in modo strumentale le motivazioni a sostegno della presenza della Regione.

Credo che la Regione non abbia bisogno di questo tipo di provvedimenti legislativi per supportare o meno la propria esistenza di carattere istituzionale. Credo in altre parole che il rischio dello spreco sia assolutamente reale, credo cioè che l'immagine che può passare attraverso questo provvedimento legislativo di una Regione sostanzialmente opulenta, che ha delle risorse che non sa bene come collocare e che quindi ritenga di intervenire non tanto per qualificare il livello dei servizi garantiti al cittadino, quanto di intervenire su una dimensione che effettivamente comporta problemi perequativi rispetto al territorio nazionale, una questione molto delicata e che quindi in qualche modo possa premiare con tutti quelli che sono i riscontri di carattere anche di consenso, in modo non particolarmente equo.

Credo che questo rischio sia assolutamente vero e che quindi io consideri in questo momento inopportuno che noi dirottiamo una simile quantità di risorse per un provvedimento che finisce per avere un ritorno sociale assolutamente inadeguato e insufficiente in termini di riequilibrio di carattere sociale.

Faccio un esempio che mi sembra particolare, quando vediamo che la Provincia va a tagliare le risorse necessarie per garantire il trasporto dei cittadini portatori di handicap, quando cioè non siamo in grado di dimostrare che con le nostre diverse risorse siamo in grado di assicurare ai cittadini portatori di handicap condizioni diverse di vita, nel senso che abbiamo attuato i piani di sbarriamento, rispetto alle barriere architettoniche, abbiamo garantito dimensioni di trasporto adeguate al bisogno o addirittura abbiamo garantito un'effettiva integrazione nelle scuole superiori degli alunni portatori di handicap, quando cioè non abbiamo la capacità di dimostrare che sappiamo usare le risorse in maniera particolarmente qualitativa nei termini della dimensione del bisogno, allora non credo che possiamo permetterci né il lusso, né l'opportunità di andare a definire un intervento di questa portata legislativa, che finisce per dimostrare che l'autonomia può essere usata per ridistribuire benefici in modo rafforzante privilegi e non rispetto a fasce di bisogno ben definite e ben individuabili.

Quindi credo che questa legge sia assolutamente da non approvare, sia un

provvedimento che non si colloca, nè per ragioni di competenza, nè per ragioni di opportunità, nè per ragioni di qualità della spesa pubblica, nè per ragioni legate agli effettivi bisogni che oggi la popolazione regionale manifesta e quindi sono per un'assoluta priorità nella spesa pubblica in termini di riequilibrio sociale e non di provvedimenti che finiscono per avere una rilevante dimensione economica e un non rilevante beneficio sociale, perché di questo si tratta, credo che questo disegno di legge vada assolutamente respinto, perché la sua unica componente legittimante è la dimensione di un consenso che si va a ricercare rispetto ad una fascia ben definita della popolazione, ma il costo di questo consenso oggi non è sopportabile e non è giusto.

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter)
(Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz)

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Meraner.

MERANER: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen.

Man weiß bald nicht mehr, wem man überhaupt glauben soll. Bei jeder Gesetzesinitiative, die uns die Regierung vorlegt, sei es in der Region, sei es auch im Landtag wird uns sehr glaubhaft versichert, daß diejenigen, die bezweifeln ob ein solches Gesetz durchgehen könnte mit Sicherheit wieder einmal auf dem falschen Dampfer sitzen, denn das hätte man ja schon auf Beamten- oder Ministerebene in Rom abgesprochen und da sei alles bestens. Dies hören wir bei jedem Gesetz. Wir werden dann von der Realität schneller überholt als es uns selbst recht ist. Abgesehen von der sehr merkwürdigen und bestimmt nicht sonderlich demokratischen Art, Gesetze zu verabschieden, die dahin hinausläuft, das hinter verschlossenen Türen auf Beamtenebene ausgehandelt wird, was die gewählten Vertreter des Regionalrates nachträglich noch absegnen dürfen, mal abgesehen von dieser Tatsache, sehr geehrte Vertreterin der Regierung, nehmen Sie es uns nicht übel, wenn wir ganz schlicht und einfach sagen, daß wir nicht mehr die Kraft aufbringen, euch zu glauben. Ihr habt uns einfach ständig die Unwahrheit gesagt. Ihr habt uns belogen. Ich kann es nicht milder ausdrücken. Ihr habt uns entweder belogen oder Ihr habt uns die Unwahrheit gesagt. Wobei ich im letzten Fall allerdings sagen müßte, daß ihr mit der Wahrheitsfindung sehr nachlässig umgegangen seid. Andererorten sind Minister wegen weit aus weniger als ihr es laufend tut zum Rücktritt gezwungen worden. Ich fordere keine Rücktritte, aber ich erwarte, daß uns in Zukunft die Wahrheit, die reine Wahrheit und die ganze Wahrheit gesagt wird.

Was das Gesetz selbst betrifft, wird es wahrscheinlich wiederum hinter verschlossenen Türen eine Abmachung gegeben haben, denn die Inkompetenz der Region ist ja geblieben, die wird durch den neuen Gesetzestext ja an und für sich nicht verändert. Auf den eigentlichen Rückverweisungsgrund komme ich etwas später zurück. Aber es ist schon ein starkes Stück, uns glauben machen zu wollen, daß man hier von seiten der Region eine integrierende Maßnahme setzt. Ja, meine Damen und Herren, wenn ich jemandem tausendmal soviel, entschuldigen sie, hundertmal soviel gebe, als er aufgrund der staatlichen Gesetzgebung bekommen könnte, und wenn ich dies nicht nur ein paar Dutzenden in der Region, sondern doch einer recht breiten Bevölkerungsschicht zugute kommen lasse, dann kann man doch beim allerbesten Willen, wenn man es ehrlich meint, nicht von einer integrierenden Maßnahme sprechen. Das ist einfach nicht drin. Und der Herr Assessor weiß, daß es hier im Hause nicht viele Abgeordnete gibt, die so wie ich hinter der Substanz dieses Gesetzes stehen. Ich bin der Meinung, daß es sich bei diesem Gesetz um eine weitsichtige, soziale und gerechte Maßnahme handelt. Ich bin also nicht gegen dieses Gesetz, damit das gleich vorweggenommen sei. Ich erachte das Gesetz in der Substanz als gut und wichtig. Wenn ich auch mit einiger Bitterkeit feststellen muß, daß das Gesetz in der Neuauflage in wesentlichen Punkten verschlechtert worden ist. Gerade die wichtigsten Jahrgänge sind gestrichen worden. Die Beiträge der Region sind ungefähr auf die Hälfte

reduziert worden. Und so haben wir, die breite Bevölkerung und insbesondere die Betroffenen, Sie Herr Assessor mehr als wir, furchtbar enttäuscht. Was zurückgeblieben ist, sind Menschen, die verbittert sind, weil sie den Eindruck haben, daß wir sie willentlich hinters Licht geführt haben, was ich weder Ihnen Herr Assessor noch uns selbst unterstellen möchte. Aber objektiv bleibt die Tatsache, daß dies Menschen sind, denen wir Hoffnungen gemacht haben von denen wir wissen mußten, daß wir sie so nicht erfüllen können. Unter dem Strich sind Menschen, Hausfrauen, zurückgeblieben, denen nichts anderes übrig bleibt, als zu hoffen. Wenn die Kompetenz für die Region gegeben wäre, dann dürfte der Staat sich auch nicht das Recht herausnehmen, uns in dieser Art, wie er es getan hat, Vorschriften zu machen, wie dieses Gesetz zu machen ist. Es kann nicht dem verfassungsmäßig verankerten Prinzip der Gleichheit entsprechen, wenn jemand, der eine kurzfristige, kleinkarierte und rückständige Sozialpolitik betreibt, so wie der italienische Staat dies tut, von den anderen Institutionen verlangt, daß sie sich durch diese schlechte Sozialpolitik gebunden fühlen, damit es den anderen nicht besser geht als denen, die vom Staat direkt regiert werden. Dies entspricht nicht dem wirklichen Sinn des Gleichheitsprinzips. Was die Region mit diesem Gesetz trotz mangelnder Kompetenz tun möchte, ist sicherlich in bezug auf den Staat gesehen, eine langfristig gut angelegte Vorsorgemaßnahme, für die wir vom Staat ja nicht mehr Geld fordern. Infolgedessen müßte uns der Staat diesbezüglich in Ruhe lassen und froh sein, daß wir so etwas überhaupt tun, denn sowohl der Staat als auch die Länder haben von einem solchen Gesetz mittel- und langfristig ja erhebliche Vorteile zu erwarten. Und unter diesem Aspekt muß ich ehrlich sagen, daß ich die finanziellen Restruktionen, die im neuen Gesetzentwurf vorgesehen sind nicht verstehen kann, insbesondere nicht die Streichung der Jahrgänge. Das wäre eines der wenigen Gesetze, die uns, meines Erachtens, langfristig gesehen nichts kosten, sondern mit dem wir uns etwas ersparen. Denken Sie beispielsweise, was sich Land und Staat in Zukunft schon allein im Bereich der Mindestrente, des Lebensminimums, des Wohnungszuschusses, der Zuschüsse bei den Altersheimen ersparen werden. Viel wichtiger als diese direkten Ersparnisse, die für jeden Menschen einsichtbar und statistisch erfaßbar und kalkulierbar sind, ist die Tatsache, daß Hausfrauen, die mit einer, ich sage ja gar nicht einmal angemessenen Rente rechnen können, sondern daß Hausfrauen, die mit einer kargen Mindestrente rechnen können, eher geneigt sind, in der Familie zu bleiben und dadurch auf freiwillige, ungezwungene Weise Arbeitsplätze für Jugendliche Arbeitslose frei werden. Denken sie bitte daran, wieviele Milliarden an Arbeitslosengeld dadurch eingespart werden, und denken sie bitte auch daran, wieviele harte Schicksale, wieviel Frustrationen dadurch vermieden werden, wo nur die Rettung eines dieser Schicksale mehr Wert wäre, als ein solches Gesetz überhaupt kosten kann. Denken sie aber bitte nicht zuletzt auch daran welchen Wert es hat, wenn idealistische Frauen sich bereit erklären sich noch stärker der Familie zu widmen. Darf Familienglück nichts kosten, darf es wirklich nichts kosten, wenn vermieden wird, daß Familien auseinanderbrechen, dadurch daß eine Frau sich stärker ihrem Mann, ihren Kindern widmet, wenn durch eine akkuratere Erziehung Jugendkriminalität vermieden wird? Dadurch können Jugendliche glücklich werden und produktiv in der Gesellschaft arbeiten, anstatt zur Last zu fallen und für 200.000 Lire am Tag in den Gefängnissen auf Steuerzahlerskosten erhalten werden zu müssen. Ich weiß, ich habe viele Dinge nicht genannt, die hier zu nennen wären, aber einige, die mir wesentlich und besonders einsichtig erscheinen, wollte ich herausnehmen, um zu zeigen, daß es durchaus nicht unverantwortlich wäre, auch noch wesentlich mehr Geld für diesen Zweck auszugeben, weil wir damit den Menschen, die uns das Vertrauen geschenkt haben, den Menschen, deren Steuergelder wir möglichst gut und ehrlich zu verwalten haben, bestimmt etwas Gutes tun. Hier wird nicht die Voraussetzung für eine Freunderlwirtschaft geschaffen. Hier werden auch nicht bestimmte Sparten einseitig bevorzugt und gefördert, ganz im Gegenteil. Die Anerkennung der Hausfrauenarbeit, die wir drauf und dran sind gesetzlich zu verankern, kommt ja nur zu einem ganz geringen Teil den Hausfrauen zugute. Zum überwiegenden Teil kommt sie uns allen, der gesamten Gesellschaft, von der Jugend bis zu den älteren Menschen und auch den Ehemännern, die ich ja schon erwähnt habe, zugute. Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß weniger Ehen

auseinanderbrechen werden, wenn die Ehefrau mehr Zeit hat sich dem Mann zu widmen, und das allein wäre es schon wert, ein solches Gesetz zu machen. Und so bin ich tatsächlich der Meinung Herr Assessor, daß dieses Gesetz im Grunde genommen ein sehr gutes ist. Wenn Sie von jemandem als Totengräber der Region bezeichnet worden sind, so muß ich sagen, daß ich dies bis zu einem gewissen Grad verstehen kann, ohne daß ich ihnen aber jetzt etwas schlechtes unterstellen möchte, denn in bezug auf die Existenz der Region haben wir beide wahrscheinlich nicht dieselben Ansichten. Aber wenn die Region tatsächlich das alles zahlen müßte, was sie hier mit ihren Sozialgesetzen eingebrockt haben, dann glaube ich, würden Sie, nolens volens, tatsächlich zum finanziellen Totengräber der Region werden. Tatsache bleibt aber, formell und institutionell, daß sich die Region auf Kosten der Länder Kompetenzen anmaßt, die sie in diesem Ausmaß nicht hat. Tatsache bleibt, daß sie dabei sehr wohlwollend von der Zentralregierung unterstützt wird, weil diese offensichtlich mehr denn je an der Aushöhlung der Kompetenzen der Länder interessiert zu sein scheint. Ich bin felsenfest davon überzeugt, daß die Region nicht die nötigen Geldmittel aufbringen wird, um all diese Maßnahmen, die mit dem Familienpaket zusammenhängen, zu finanzieren. Es wird früher oder später dazu kommen, daß die Region sich zwar die Kompetenz anmaßt, daß aber die Durchführung der Gesetze an die Länder delegiert wird, wobei diese sogar gezwungen sein werden, auch einen Teil oder wahrscheinlich sogar den größten Teil der Geldmittel aufzubringen. Es wird also soweit kommen, daß die Region die Aufsicht, die Kompetenz behält, während die Länder die Arbeit und das Geld ausgeben, und das ist ein ungueter Zustand. Dann hätte das Gesetz gleich von den Ländern verabschiedet werden sollen, sie sind kompetent und haben, wenn sie wollen, auch das Geld und dann hätten wir gleich reinen Tisch geschaffen. So sehr ich im Inhalt dieses Gesetz befürworte, bitte glauben Sie mir das Herr Assessor, so sehr plagen mich die Zweifel, ob wir durch diese Art der Gesetzgebung den Menschen etwas Gutes tun. Ich werde mir deshalb die nachfolgenden Redner sehr aufmerksam anhören und dann erst möchte ich entscheiden, ob ich zu diesem Gesetz in der vorgelegten Form ja sagen kann. Ich schicke voraus, daß ich es von Herzen gern tun möchte. Ich betone, daß ich, trotz einiger Zweifel, gerne ja zu diesem Gesetz sagen möchte. Aber die institutionellen und formellen Zweifel plagen mich erheblich. Bitte tragen sie Sorge, daß diese in vernünftiger Weise ausgeräumt werden können. Sie erleichtern mir das Gewissen, denn ich möchte lieber ja sagen zu diesem Gesetz, als mich der Stimme zu enthalten.

(Signor Presidente, illustri colleghe e colleghi.

Non è facile sapere a chi si deve credere. Ogni qualvolta la Giunta ci sottopone una proposta legislativa, sia in Regione che in Provincia, ci viene sempre assicurato che il disegno di legge otterrà senz'altro il visto governativo, dato che ci sono state delle positive consultazioni a livello dirigenziale o ministeriale a Roma. Questa è la prassi che si è instaurata in seno alla nostra assemblea legislativa. La realtà ci costringe però a fare i conti ben prima di quanto noi lo desideriamo. A prescindere dal metodo molto bizzarro e sicuramente non molto democratico di far approvare delle leggi concordate a livello ministeriale, mentre i rappresentanti di questo consesso liberamente eletti si limitano a dare loro assenso a cose fatte, a prescindere da questo, illustre signora rappresentante della Giunta, mi perdoni se Le diciamo con tutto rispetto che non siamo più in grado di crederVi. Troppo spesso ci avete fatto credere il falso, avete mentito. Non sono in grado di trovare delle parole meno forti. Per cui o ci avete buggerati o non avete detto la verità. In quest'ultimo caso debbo però far notare il vostro comportamento è stato negligente. In altri paesi i ministri sono stati costretti a rassegnare le dimissioni per aver commesso peccati molto meno gravi di questi. Non sollecito delle dimissioni, ma pretendo che in futuro ci venga riferita le verità, la pura verità.

E' probabile che anche per la presente legge sia stato trovato un accordo a porte chiuse, dato che alla mancata competenza della Regione in materia non si è potuto rimediare neppure con una testo legislativo riformulato. Più avanti prenderò anche posizione sull'effettivo motivo di rinvio di questo legge. Ma è decisamente troppo volerli far credere, che la Regione stia adottando dei

provvedimenti a carattere integrativo. Colleghe e colleghi, non si può di certo parlare di un provvedimento integrativo quando questo permette di concedere a un gran numero di cittadini, e non solo ad alcuni, mille volte, scusate, cento volte tanto rispetto a quanto queste persone potrebbero ottenere attraverso una legge statale. E l'assessore è conscio del fatto che sono pochi i consiglieri presenti in quest'Aula che sostengono la legge come lo faccio io. Sono dell'avviso che questa legge rappresenti un provvedimento lungimirante, sociale e giusto. Intendo sottolineare fin dall'inizio che non sono contrario. Lo considero utile ed importante, anche se ho dovuto constatare con una certa amarezza, che alcuni dei concetti fondamentali sono stati peggiorati in seguito alla riformulazione. Sono state escluse proprio le classi d'età più importanti ed i contributi della Regione sono stati dimezzati. Noi, e soprattutto Lei, signor assessore, abbiamo in tal modo deluso la stragrande maggioranza della popolazione e in modo particolare i diretti interessati. Di conseguenza la gente è amareggiata perché ha l'impressione di essere stata ingannata. Qui non voglio chiamare a giudizio ne Lei signor assessore ne noi, ma onestamente dobbiamo ammettere che avremo dovuto essere sapere che le speranze che abbiamo creato a questa gente non potevano essere realizzate. Ora abbiamo escluso proprio quella gente, quelle casalinghe, a cui non rimane altro che la speranza. Se la Regione fosse competente in materia, lo Stato non potrebbe permettersi, come invece ha fatto, di prescriverci come questa legge debba essere fatta. Il principio di uguaglianza che tra l'altro è sancito dalla Costituzione non può significare che lo Stato italiano, che promuove una politica sociale poco lungimirante, insensata ed arretrata, possa pretendere da altre istituzioni di fare altresì per impedire che coloro che vengono governati direttamente dallo Stato si trovino in posizione svantaggiata rispetto ad altri. Questo non corrisponde al vero significato del principio di uguaglianza. L'obiettivo che la Regione, nonostante la mancanza di competenza in materia, si pone con la presente legge, costituisce a lungo termine un provvedimento previdenziale opportuno, senza richiedere ulteriori contributi allo Stato. Lo Stato dovrebbe di conseguenza appoggiarci e considerarsi soddisfatto per il fatto che realizziamo una legge che, a breve e lungo termine, porterà enormi vantaggi non solo allo Stato ma anche alle Province. E desidero far notare che per questo non mi sono chiare le limitazioni finanziarie previste dal nuovo disegno di legge, e soprattutto l'esclusione delle due classi di età.

A mio avviso la presente legge è una delle poche che a lunga scadenza non ci peserebbe finanziariamente, ma che ci permetterebbe di fare dei risparmi. Pensiamo a tale proposito ai risparmi che la Provincia e lo Stato potrebbero realizzare in materia di pensione minima, di minimo vitale, di edilizia abitativa, di contributi per le case di riposo. Ma ben più importante di questi risparmi, che sono palesi per ogni cittadino, calcolabili ed statisticamente verificabili, è il fatto che le casalinghe che possono contare su una esigua pensione minima sono più propense a restare a casa e in tal modo a liberare volontariamente posti di lavoro che possono essere occupati dai giovani disoccupati. Quanti miliardi in materia di sussidi ai disoccupati potrebbero essere risparmiati e quanta frustrazione, quanti amari destini potrebbero essere evitati! I costi della presente legge sarebbero ampiamente compensati anche se riuscissimo ad aiutare soltanto uno di questi ragazzi disperati. Non dobbiamo però neanche dimenticare il contributo dato dalle donne idealiste che si dichiarano disposte a dedicarsi maggiormente alla famiglia. Non è lecito spendere i soldi per il benessere della famiglia, per evitare che le famiglie si spezzino, per evitare l'affermarsi della criminalità giovanile offrendo un'educazione più accurata? I giovani potranno crescere felici per poi poter collaborare in modo produttivo nella società, invece di pesare su di essa magari nelle prigioni, dove essi costano 200.000 lire giornaliere ad ogni contribuente. Sono conscio del fatto che andrebbero menzionate tante altre cose, ma ho ritenuto opportuno presentarVi soltanto le più importanti, per convincerVi che sarebbe del tutto lecito e responsabile destinare una somma ben maggiore a quella prevista a questo disegno di legge. Senza dubbio faremo qualcosa di utile alle persone che hanno riposto in noi la loro fiducia, ai contribuenti che ci hanno incaricato di amministrare il loro denaro. Non si creano in tal modo i presupposti per un'amministrazione nepotista e non si cerca neppure di favorire determinati settori. Il

risconoscimento del lavoro domestico che viene ora sancito da una legge, giova solo in minima parte alle persone casalinghe. Ne beneficia in primo luogo l'intera società, la gioventù, le persone anziane, nonché i già menzionati mariti. Avevo già fatto notare che un numero inferiore di matrimoni sarebbe destinato a fallire, se la moglie potesse dedicarsi con più cura al marito. Questo costituisce già di per se il presupposto per realizzare la presente legge. Signor assessore, sono dunque dell'avviso che questa legge sia in fin dei conti una legge utile. Debbo però dire, che comprendo fino ad un certo punto che Le sia stato dato il soprannome di "becchino della Regione", senza tuttavia volerLa accusarLe di qualcosa, dato che è poco probabile che condividiamo la stessa opinione sull'esistenza della Regione. Ma se la Regione fosse realmente costretta a coprire tutti gli oneri derivanti dalle sue leggi sociali, Lei, a mio avviso, volente o nolente, diventerebbe il becchino delle finanze della Regione. Sta però di fatto che la Regione si arroga, a scapito delle Province, alcune competenze che non le sono state assegnate in questa misura. Fatto sta inoltre che a tale proposito essa viene sostenuta benevolmente dal governo centrale che più che mai sembra interessato ad una erosione delle competenze provinciali. Sono pienamente convinto che la Regione non sarà in grado di trovare tutti i mezzi necessari per finanziare i provvedimenti previsti dal Pacchetto famiglia. Sebbene la Regione si arroghi la competenza in materia, si procederà prima o poi alla delega alle Province per l'attuazione delle legge, essendo queste anche costrette a sostenere una parte o probabilmente gran parte dell'onere finanziario di questi provvedimenti. Si verrà quindi a creare una situazione tale da far sì che la Regione manterrà la competenza, mentre delegherà l'applicazione della legge e gli oneri ad essa derivanti alle Province. Le Province stesse avrebbero dovuto approvare questa legge, dato che hanno sia la competenza sia i mezzi finanziari. Signor assessore, pur appoggiando pienamente il contenuto di questa legge, nutro seri dubbi sul piano istituzionale e formale circa la valenza di questa legge e le sue ripercussioni positive sulla gente. Ascolterò dunque molto attentamente i prossimi oratori, prima di decidere se potrò esprimere il mio voto favorevole alla legge così come è stata presentata. Vorrei far notare che nonostante alcune mie perplessità, desidererei esprimere voto favorevole. Ma i dubbi istituzionali e formali mi tormentano notevolmente. Invito quindi i rappresentanti della Giunta a far sì che questi dubbi vengano fugati: solo così potrei dare il mio voto favorevole a questa legge invece di astenermi dal voto).

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire in discussione generale il cons. Peterlini.

PETERLINI: Wenn Sie die Ruhe geschaffen haben, für die normalerweise ich zuständig bin, dann möchte ich das Wort ergreifen. Ich rede hier als Abgeordneter und als solcher habe ich auch das Rechte dazu. Ich hätte einen Großteil dieser Erklärungen auch vom Präsidententisch aus vorlesen können, aber ich mache es hier, weil ich der Meinung bin, daß man den Vorsitz nicht gebrauchen sollte, um Erklärungen abzugeben, die möglicherweise als politische Erklärungen ausgelegt werden könnten. Zum ersten, und das ist der Ausgangspunkt unser Diskussion heute: Wir befassen uns mit diesem Gesetz deswegen, weil die römische Regierung es rückverwiesen hat und dies ist mit einem Rückverweisungsschreiben erfolgt, das in dieser Form und mit diesem Inhalt nicht ohne Widerspruch hingenommen werden kann, Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte ihnen das Rückverweisungsschreiben vorlesen um ihnen aufzuzeigen, daß es nicht auf der Grundlage des Autonomiestatutes beruht. Es steht in diesem Rückverweisungsschreiben, daß das Regionalgesetz die Zuständigkeiten der Region überschreitet, da die darin vorgesehene Regelung nicht auf die mit Artikel 6 des Autonomiestatutes festgelegte ergänzende Gesetzesbefugnis der Region zurückgeführt werden kann. Dies zum ersten Teil der Rückverweisung.

Zweiter Teil der Rückverweisung: Außerdem "wird der Grundsatz der Zweckmäßigkeit, so wie der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und Angemessenheit im Bereich der Vorsorge, wie er von der geltenden Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes vorgesehen ist,

verletzt". Ich komme nun zum ersten Teil der Rückverweisung zurück. Sie wissen alle, daß ich mir bereits im Jahre 89 die Mühe gemacht habe, über den Artikel 6 und über dessen Auslegung eine Studie zu schreiben, die ich verteilt habe und die sie somit alle kennen. Darin heißt es, ich lese den italienischen Originaltext: Nelle materie concernenti la previdenza e le assicurazioni sociali la regione ha facoltà di emanare norme legislative allo scopo di integrare le disposizioni delle leggi dello Stato, ed ha facoltà di costituire appositi istituti autonomi o agevolarne la istituzione.

Wir müssen also in diesem Bereich nichts weiteres tun, als ein bestehendes Staatsgesetz zu ergänzen und auszubauen. Und genau dies haben wir getan. Ich möchte wissen, in welchem Bereich wir die Zuständigkeit des Artikels 6 hier verletzt haben. Aber die Begründung geht ja weiter und dann heißt es: Es wird der Grundsatz der Zweckmäßigkeit, sowie der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und Angemessenheit im Bereich der Vorsorge verletzt. Man hat sich nicht die Mühe gemacht, den Gesetzentwurf zu prüfen. Denn hätte man dies getan, dann hätte man folgendes festgestellt:

1. daß die Hausfrauen, die in diesen Rentenfond einzahlen, nur jenen Betrag ausbezahlt bekommen, den sie tatsächlich einbezahlt haben.

2. daß nur in sozialen Fällen, also wenn die Einkommensgrenze weder von der Antragstellerin, noch von ihrem Ehegatten überschritten wird, die Ergänzung auf die Mindestrente erfolgt. Es ist auch darauf hingewiesen worden, daß wir mit unseren Gesetzen die Grundfürsorge zahlen müssen. Wir haben in der Tat aber nichts anderes getan, als einen Fond zu schaffen, der sich im wesentlichen selbst finanziert. Wir haben die Schutzbedürftigen, die Sozialfälle, auf eine Rechtsbasis gestellt, die ihnen eine Mindestrente, anstelle der Mindestgrundfürsorge gewährleisten würde. Wenn der Gesetzgeber unseren Gesetzentwurf genau geprüft hätte, dann hätte er festgestellt, daß wir damit weder das Verhältnis der Angemessenheit verletzen, noch sonst irgendwelche übertriebenen Ausgaben vornehmen, sondern ganz im Gegenteil ein bisher bestehendes Fürsorgesystem in ein besseres Vorsorgesystem umwandeln. Man hat uns mit fadenscheinigen Argumenten einen Gesetzentwurf rückverwiesen, der, anstatt dazu anzuregen, daß auch im restlichen Italien nach Südtiroler Vorbild eine soziale Absicherung erarbeitet werde, die sich europaweit hätte sehen lassen können, nur Neidgefühle geweckt hat. Das Gesetz hätte also Nachahmung und nicht den Neid und die Mißgunst des Regionenministeriums auslösen sollen. In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß glücklicherweise Teil 1 und 2 des Familienpaketes in Kraft getreten sind, und daß das zweite Familienpaket eine Unterstützung zum Erwerb der Rente vorsieht und somit eigentlich mindestens gleich wichtig, wenn nicht für die Zukunft weit wichtiger ist, als dieses dritte Paket. Es soll nämlich den Frauen helfen, auf dem vom Staat vorgesehenen Wege, also über das NISF, in den Genuß einer Rente zu kommen, wobei wir mit unserer Hilfe die freiwillige Weiterzahlung unterstützen. Betroffen sind davon die Frauen im Alter zwischen 45 und 59 Jahren, die leider aufgrund der damals herrschenden Mentalität, aufgrund der eher locker gehandhabten Versicherungsbestimmungen, keine Versicherungsjahre nachweisen können und damit in einer mißlichen Situation sind. Gerade diese Frauen verdienen, es im Alter abgesichert zu sein, haben sie doch in wirtschaftlich äußerst schwierigen Verhältnissen ihre Familien aufziehen müssen. Ich spreche darum mein Lob der Regionalregierung, allen voran dem Regionalassessor Morandini aus, daß er ganz hartnäckig hier weiter auf die Beibehaltung dieses Gesetzentwurfes beharrt hat, obgleich in einem ersten Moment nach der Rückverweisung der Eindruck entstanden ist, daß alle Bemühungen umsonst gewesen seien. Assessor Morandini hat mit den römischen Ministerien verhandelt und hat uns ein Ergebnis vorgelegt, daß keine Lüge ist, wie Kollegin Klotz ausgedrückt es hat, sondern einfach folgende Erkenntnis an den Tag legt: Wir haben ein Gesetz vorgesehen, das ohne weiteres hätte in Kraft treten können, aber die Regionalregierung hat beschlossen die Beiträge hinaufzusetzen damit gewährleistet wird, daß das Gesetz nun, aufgrund des Versprechens des Regionenministers Costa auch genehmigt wird. Ich hoffe für mich, für den Regionalassessor Morandini und vor allem für die Bürgerinnen und Bürger unseres

Landes, daß dieses Versprechen jetzt auch eingehalten wird. Damit es eingehalten wird, müssen die Beträge eben um 20 Prozent erhöht werden. Da ist ein hoher Beitrag, da wird nichts geschenkt. Ich habe diese Erhöhung von 20 Prozent durchgerechnet. Der Beitrag für die freiwillige Weiterzahlung der Hausangestellten beträgt inzwischen 1.390.000.- also knapp 1,4 Millionen Lire. Dieser Betrag soll noch innerhalb April für dieses Jahr auf etwa 1.500.000 Lire angehoben werden. Wenn wir nun zu diesen Betrag noch 20 Prozent dazuzählen, kommen wir auf knapp 1.800.000 Lire, die von einer Hausfrau abverlangt werden. Diese Summe muß von der Hausfrau dann 15 Jahren lang eingezahlt werden, um dann nur das zu bekommen, ich betone es noch einmal, das ohnedies bereits eingezahlt worden ist. Nur im Sozialfall laut Artikel 8 Punkt 3, ist eine Ergänzung auf die Mindestrente vorgesehen. Diese Ergänzung müßten wir sowieso mit der Grundfürsorge bezahlen, weil wir jedem Bürger und jeder Bürgerin unseres Landes mit den Grundfürsorgemaßnahmen das Lebensminimum garantieren müssen. Das ist also der Beitrag, der bezahlt werden muß. Voraussichtlich muß also die Hausfrau, die in den Genuß der Rente kommen will, 15 Jahre lang 1,8 Millionen Lire zahlen, die natürlich inflationsbedingt erhöht werden müssen. Und da glaube ich, steht ihr dieser Beitrag schon zu. Das zweite Familienpaket, mit welchem wir diese Unterstützung der freiwilligen Weiterzahlung vorsehen scheint mir deshalb so wichtig, weil es zukunftsorientierter ist, weil morgen die meisten Mädchen zwei drei Versicherungsjahre aufweisen werden und somit weiterzahlen können. Die freiwillige Weiterzahlung kostet in der Regel 2,8 bis 3 Millionen Lire und wir geben einen Beitrag in der Höhe des Mindestbeitrages für die Hausangestellten, also den Beitrag, den ich vorher erwähnt habe, nämlich 1.390.000, ab April ungefähr 1.500.000 Millionen Lira. Der oder die Gesuchstellerin zahlt dann de facto nur 1,5 Lire und kommt auf diese Weise in den Genuß einer Rente, die möglicherweise den Betrag der Mindestrente übersteigen wird, weil sie oder er entsprechend der Kategorie in der sie gearbeitet hat, weiterzahlen kann und so möglicherweise auch eine höhere Rente anstreben kann. Was hier mit diesem Gesetzentwurf gemacht wird, ist also mehr als gerecht, wirtschaftlich begründet und sozial gerechtfertigt. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch einen Dank aussprechen. Es haben viele an der Verwirklichung der Familienpakete gearbeitet, so die Landesämter, die in Bozen und Trient errichtet worden sind, die Patronate, die Regionalregierung, die Landesregierung. Es ist eine vollkommen neue Materie; die Bürgerinnen sind noch lang nicht so informiert, wie sie es sein sollten. Betroffen ist in erster Linie natürlich die Hausfrau, aber die Maßnahme schließt auch die Familie als ganzes ein, denken wir an die Familienzulagen. Betroffen sind auch die verschiedenen Wirtschaftskategorien, die Selbständigen, die Saisonarbeiter, die Grenzpendler, die Bergbauern und viele andere Kategorien mehr. Ich schließe diesem Dank auch die Bitte an, u. z. geht sie an die Regionalregierungen, auch an die Landesregierungen, daß man in der Durchführung möglichst jene Hilfen bereit stellt, die man braucht. In Südtirol sind insgesamt an die 27.000 Gesuche vorgelegt worden, im Trentino etwas weniger, da dort alles noch zögernd im Gange ist. Ich weiß auch nicht warum, da sind für die verschiedenen Maßnahmen etwa 9.000 Gesuche eingereicht worden. Und es braucht nicht nur die vielfältigen Broschüren, von denen immer wieder neue veröffentlicht werden. Es braucht vor allem einen Beamtenapparat, der die Maßnahmen zügig durchführt, denn wir hoffen, daß wir nicht nur die Gesetze gemacht haben, sondern bald auch in die Lage versetzt werden, die ersten Beiträge auszuführen. Ich bitte daher die Regionalregierung um den baldigen Erlaß der Durchführungsbestimmungen, und um die Stärkung der Ämter in den Landesregierungen, um die Durchführung der Gesetz zu garantieren.

Ich komme zum Schluß. Ich wollte ihnen einige Zahlen nennen, die auf den ersten Blick vielleicht gar nicht sehr viel mit dem Familienpaket zu tun haben. Wir haben in Südtirol, ich habe diese Daten auf Südtirol bezogen, aber es wäre interessant diese Zahlen mit jenen des Trentino zu ergänzen, im Laufe der letzten Jahre folgende Selbstmordrate festgestellt: 1986 nahmen sich 59 Menschen das Leben, dann 60, dann 52, dann 71, dann 90, und 1991 58 Personen. Bezogen auf die Bevölkerung unseres Landes ergibt das zwischen 13, 14 bis 20 Selbstmordtote auf 100.000 Einwohner.

Und diese Werte, die ich eben genannt habe, sind zwei bis drei Mal so hoch, als im restlichen Italien. Wir haben, auch diese Daten sind auf Südtirol bezogen, seit dem Jahre 86 bis 91 eine zwar leicht abnehmende, aber doch konsistente Zahl von jährlich 500 bis 600 Abtreibungen; das entspricht etwa 10 Abtreibungen pro Woche. Wir haben im Jahr rund 100 Verkehrstote, wovon knapp 40 Prozent zwischen 15 und 24 Jahren jung sind. Die Zahl der Drogentoten beläuft sich im Jahre 89 auf 10, 1990 auf 11, 1991 auf 17, 1992 auf 16 Opfer; heuer haben wir bereits 3 Drogentote verzeichnen müssen. Also kurz ausgedrückt gibt es pro Woche ein bis zwei Selbstmorde, etwa 10 Abtreibungen, etwa 2 Verkehrstote, davon 40 Prozent zwischen 15 und 24 Jahren jung und die traurige Bilanz von 16 Drogentoten im Laufe des Jahres 1992. Das ist die Kehrseite unseres Wohlstandes. Aber dieser Wohlstand hat nicht gleichzeitig das persönliche Glück, die persönliche Zufriedenheit und die Probleme lösen können. Nun werden wir mit der Politik niemals im Stande sein mit Gesetzesmaßnahmen Drogentote herabzusetzen, Selbstmorde zu reduzieren, weil wir uns hier in einer Sphäre, im Intimbereich des Individuellen, mit vielen tiefverwurzelten seelischen Problemen bewegen. Aber eine Sache wissen wir in diesem Zusammenhang. Wir wissen, daß diejenigen, die das Glück haben, in einer harmonischen Familienatmosphäre aufzuwachsen und dadurch Kraft schöpfen können sich später als stärkere Persönlichkeiten entfalten, als jene, die in zerrütteten Familien aufwachsen. Wir wissen, daß die Familie vor allem in den ersten Erziehungsjahren eine ganz große Bedeutung für die Entfaltung des Charakters des Menschen hat. Wir können also per Gesetz keine Drogentoten abschaffen, wir können auch kaum die Verkehrstoten reduzieren, aber wir haben die Verantwortung und die Pflicht, die Erkenntnis aus der Bedeutung der Familien zu ziehen. Wir haben mit einem fortschrittlichen Gesetz, so wie es die beiden ersten Gesetzentwürfe waren, begonnen, mit einem modernen Gesetz auf dem wir aufbauen können und das uns zur Verantwortung ruft, um dieser Familie jenen Stellenwert zurückzugeben, den sie in der Vergangenheit hatte, und der zur Zeit durch die Aufgaben der Industriegesellschaft zum Teil entrissen worden ist. Da leisten wir einen Beitrag, indem wir dieser Familie und der Erziehung in der Familie die richtige Bedeutung zurückgeben. Wir haben mit diesen drei Maßnahmen, Paketen, entscheidende Schritte in diese Richtung getan, für mehr soziale Sicherheit für unsere Bürger, für die Aufwertung der Erziehungsarbeit in der Familie. Ich habe aber vorhin darauf hingewiesen, daß dieser Artikel 6 des Autonomiestatutes eigentlich mehr enthält als wir mit allen drei Paketen bisher gemacht haben. Der Artikel vor, daß wir also ergänzende Bestimmungen erlassen können, daß wir autonome Institute gründen können und deswegen gibt es die Durchführungsbestimmungen Nr. 58 vom 6. Jänner 78, die vorsehen, daß diesen Institute, ich zitiere wörtlich "Aufgaben zuerkannt werden können, die vom Nationalinstitut für soziale Fürsorge NISF, von der nationalen Versicherungsanstalt gegen Arbeitsunfälle I.N.A.I.L. und von anderen, im Bereich der Sozialfürsorge und Versicherung tätigen, Körperschaften bzw. Anstalten oder Instituten ausgeübt werden." Da ist mehr drinnen, als wir bis jetzt gemacht haben. Das soll festgehalten werden, d. h. es steht drinnen, daß wir ergänzende Bestimmungen machen können, aber auch, daß wir Institute gründen können, mit anderen Worten, daß wir Aufgaben des NISF und des I.N.A.I.L. übernehmen können. Dieses Dekret des Präsidenten der Republik geht sogar soweit, daß es genau festlegt, wie die Koordinierung zwischen den zu schaffenden regionalen Instituten und den Aufgaben des Staates erfolgen soll und wie die Bediensteten, die heute beim NISF sind, auf diese autonomen Institute übergehen können. So sehr ins Detail geht dieses Dekret und das ist es auch was ich hier deponieren möchte. Es bleibt deshalb eine politische Herausforderung, an der weiteren Verwirklichung der Autonomie in den Bereichen der Sozialvorsorge und -versicherung zu arbeiten. Wir haben im Einklang mit diesem Art. 6 wichtige Bestimmungen erlassen und wir hoffen, daß dieses dritte Paket auch durchgeht. Wir haben aber noch nicht alles ausgeschöpft, was in diesem Artikel 6 und in den entsprechenden Durchführungsbestimmungen steht, das dürfen wir nicht vergessen und wir sollten deshalb auf diesem Wege weiterarbeiten. Dies vor allem deshalb, weil das staatliche Rentensystem in einer tiefen Krise steckt und den Bürger überzogene, ich getraue mich zu behaupten, übertriebene Opfer

abverlangt, die nicht mit entsprechenden Leistungen honoriert werden. Zu Recht nennt man in Rom solche Dekrete, wie sie die Regierung Amato in den letzten Jahren verabschieden mußte, "decretacci". Das NISF ist aufgrund seiner schwerfälligen Verwaltung jahrelang mit der Aktualisierung der Auszüge und der Erledigung der Praktiken in Verzug. Stellen wir uns bitteschön eine Bank vor, in der wir Geld einlegen und dann jahrelang warten müssen, um einen Auszug zu bekommen, um zu wissen, wieviel wir Geld eingelegt haben. Das ist zur Zeit die Praxis beim Nationalinstitut für soziale Fürsorge, wie es fälschlicherweise heißt. Die Bürger und besonders die Rentner sind die Leidtragenden. Die Pensionsabzüge sind mit 27 Prozent nach Portugal und Spanien die dritthöchsten Europas, aber leider sind wir nicht die drittbesten bei den Leistungen der Pension. Für die Erlangung einer Mindestrente sind bei uns derzeit 15 Versicherungsjahre nötig, die in Zukunft auf 20 Jahre erhöht werden sollen. In Österreich und Deutschland beträgt die Mindestversicherungszeit 5 Jahre, und die Pensionsabzüge 18 Prozent. In der Schweiz genügt sogar ein Versicherungsjahr, um in den Genuß der Mindestrente zu kommen. Es muß deshalb unser Ziel sein, und ich komme damit zum Schluß, das NISF und seine Aufgaben für Südtirol und das Trentino vollständig zu übernehmen. Das ist die zentrale Forderung, die wir uns zum Ziel setzen müssen. Es wird nicht von einem Tag zum anderen gelingen, wir sind aber auf gutem Wege. Wir müssen das NISF übernehmen, eine neue Verwaltung der Renten erarbeiten, den Bürgern Sicherheit im Alter gewährleisten und ein System aufbauen, das gemessen an den Beiträgen, auch eine entsprechend hohe Leistung garantieren kann. Ich danke Ihnen.

(Quando avrà ottenuto il dovuto silenzio, assolvendo in tal modo alla funzione che normalmente è assegnata a me, prenderò la parola. Intervengo in veste di consigliere e come tale ne ho pienamente diritto. Non mi sembra corretto intervenire in veste di Presidente, perché sono dell'avviso che la presidenza non debba essere usata per fare delle osservazioni che potrebbero anche essere interpretate quali dichiarazioni politiche. Desidero per prima cosa fare qualche osservazione sul tema dell'odierna discussione: stiamo riesaminando la presente legge perché è stata respinta dal governo centrale e questo, colleghe e colleghi, è avvenuto con lettera di rinvio che non può essere accettata per la sua forma e per il suo contenuto. Intendo dare lettura della lettera di rinvio per farVi presente che essa non rispetta i principi dello Statuto di Autonomia. Si dice infatti che la legge regionale "esula dalla competenza regionale in quanto la disciplina ivi prevista non è riconducibile nell'ambito della potestà integrativa regionale sancita dall'art. 6 dello Statuto di Autonomia", inoltre viene "violato il principio della ragionevolezza, nonché il principio della proporzionalità ed adeguatezza in materia previdenziale giusta la vigente giurisprudenza costituzionale." Desidero ora prendere posizione in merito alla prima parte del rinvio. E' noto che già nel 1989 condussi una ricerca sull'interpretazione dell'art. 6 i cui risultati Vi sono senz'altro noti, dato che allora li feci distribuire ai presenti. Vi leggo ora il testo originale dell'art. 6 che recita "nelle materie concernenti la previdenza e le assicurazioni sociali la Regione ha facoltà di emanare norme legislative allo scopo di integrare le disposizioni delle leggi dello Stato, ed ha facoltà di costituire appositi istituti autonomi o agevolarne la istituzione".

Da ciò si può dedurre che non dobbiamo far altro che integrare e completare una legge statale già esistente. Ed è proprio quanto abbiamo fatto. Non mi è dunque chiaro in che senso abbiamo violato la competenza sancita all'art. 6. Nella lettera di rinvio è però menzionato un altro motivo che ha spinto il governo a rinviare il nostro disegno di legge: "la violazione del principio della ragionevolezza, nonché il principio della proporzionalità ed adeguatezza in materia previdenziale". Il Governo non si è nemmeno sforzato di esaminare il disegno di legge. Se l'avesse fatto, avrebbe constatato in primo luogo che l'importo erogato a favore delle persone casalinghe equivale a quello versato dalle stesse al fondo pensioni. E in secondo luogo che l'importo di cui al punto n. 1 viene integrato al trattamento minimo I.N.P.S., unicamente qualora ne la richiedente ne il coniuge raggiungano il minimo vitale. E' inoltre stato evidenziato che in base alle nostre leggi siamo obbligati a coprire l'onere derivante dall'assistenza di base. In realtà però non abbiamo fatto altro che istituire

un fondo che si autofinanzia. Abbiamo creato le basi legali che permettono ai più poveri della nostra società, di beneficiare di una pensione minima anziché ricorrere all'assistenza di base. Qualora il legislatore avesse accuratamente esaminato il nostro disegno di legge, avrebbe dovuto constatare che con tale legge non abbiamo violato né il principio della proporzionalità ed adeguatezza né si sostengono oneri finanziari eccessivi, bensì abbiamo trasformato il sistema assistenziale esistente in un miglior sistema previdenziale. Il nostro disegno di legge è stato respinto con una motivazione poco convincente. Invece di stimolare il governo a elaborare - per l'intero paese - un'assicurazione sociale su modello altoatesino, competitiva anche a livello europeo, non ha fatto altro che suscitare invidia. Questa legge avrebbe dovuto fungere da modello, ed invece ha provocato l'invidia e l'atteggiamento negativo del Ministero per gli affari regionali. A tale riguardo desidero però rilevare che fortunatamente almeno la prima e la seconda parte del Pacchetto famiglia sono entrati in vigore, e che la seconda parte del Pacchetto famiglia prevede un contributo regionale alle persone che desiderano costituirsi una pensione. A mio avviso tale legge è importante tanto quanto la presente, se non forse di maggior rilevanza per il futuro. Essa infatti prevede un contributo regionale a sostegno della contribuzione volontaria per quelle persone che intendono costituirsi una pensione, secondo i criteri previsti dall'I.N.P.S. E questo concerne soprattutto le donne tra i 45 e i 59 anni, che a causa della mentalità esistente alcuni anni fa, ed inoltre a causa della non completa osservanza delle norme previdenziali, non sono in grado di dimostrare una sufficiente copertura previdenziale e si trovano in una situazione svantaggiata. Ed è proprio questa classe di madri che hanno dovuto allevare i propri figli in condizioni economiche estremamente precarie, che ha pienamente diritto di beneficiare di una pensione. Desidero per questo fare un elogio alla Giunta Regionale, e in primo luogo all'assessore Morandini che ha insistito affinché questa legge venisse ripresentata, anche quando in seguito al rinvio governativo si era creata la sensazione che tutti i tentativi erano stati invani. L'assessore Morandini ha condotto le trattative con i ministeri e ci ha presentato un risultato che non costituisce una menzogna, come preferisce definirlo la collega Klotz, bensì ci mette di fronte al seguente dato di fatto: abbiamo presentato una legge che avrebbe potuto senza dubbi entrare in vigore, ma la Giunta regionale ha deciso di aumentare contributi onde assicurare che la legge, in base alle promesse del Ministro delle Regioni Costa, non sia oggetto di ulteriore rinvio. Spero per me, per l'assessore Morandini e soprattutto per i cittadini della nostra regione che ora questa promessa venga mantenuta. E perché ciò avvenga è necessario introdurre quest'aumento della contribuzione a carico del soggetto del 20 per cento. Si tratta effettivamente di un aumento notevole. Mi sono permesso di calcolare quali saranno gli effetti reali di tale emendamento: il contributo per la prosecuzione volontaria dell'assicurazione previsto nel settore dei collaboratori domestici ammonta attualmente a 1.390.000 lire, per cui circa 1.400.000 lire. Tale somma sarà portata a 1.500.000 lire entro il mese di aprile. Se ora vi aggiungiamo l'aumento del 20 per cento arriviamo ad un importo di 1.800.000 lire che le casalinghe dovranno versare per 15 anni, onde poter beneficiare di una pensione, il cui ammontare sarà pari ai contributi versati. L'integramento al trattamento minimo è previsto unicamente per le persone socialmente bisognose ai sensi dell'art. 8 comma 3. Tale aumento della contribuzione dovrebbe in ogni caso essere sostenuto dall'assistenza sociale, perché è nostro dovere garantire a ogni cittadino il minimo vitale. Questo dunque l'onere che deve essere sostenuto. La casalinga deve versare per 15 anni 1.800.000 lire di contributi previdenziali, e questo importo dovrà naturalmente essere aumentato in base all'inflazione. Per questo ritengo che la casalinga abbia pienamente diritto di ottenere il contributo previsto. La seconda parte del Pacchetto famiglia, con la quale prevediamo un contributo per le persone autorizzate alla prosecuzione volontaria, mi sembra altrettanto importante, poiché è legato al futuro; infatti in futuro la maggior parte delle donne sarà in grado di dimostrare di avere una copertura previdenziale di due o tre anni ed otterranno così l'autorizzazione alla prosecuzione volontaria. L'onere che di media deve essere sostenuto in tal caso è di ca. 2.800.000 o 3.000.000 di lire. Il contributo che noi diamo è pari alla contribuzione minima a carico dei soggetti, cioè pari a

1.390.000 o meglio a 1.500.000 lire a partire da aprile. La richiedente deve in effetti versare 1.500.000 lire per poter in seguito beneficiare di una pensione che potrà anche superare l'importo della pensione minima, dato che essa può versare i contributi in relazione alla categoria di lavoro a cui apparteneva. L'obiettivo che ci siamo posti con la presente legge è dunque più che giusto, è economicamente motivato e giustificabile dal punto di vista sociale. E desidero cogliere l'occasione per esprimere un altro ringraziamento, diretto agli uffici provinciali che sono stati istituiti a Bolzano e a Trento, ai patronati, alla Giunta regionale, alla Giunta provinciale, nonché a tutte le persone che hanno collaborato alla realizzazione del Pacchetto famiglia. Si tratta di una materia del tutto nuova e i cittadini non sono ancora sufficientemente informati. Il provvedimento riguarda in primo luogo la casalinga, ma anche la famiglia nel suo complesso, come ci mostra la norma relativa agli assegni familiari. Ma la legge interessa anche le varie categorie economiche, i liberi professionisti, i lavoratori stagionali, i pendolari, i coltivatori diretti d'alta montagna etc... Mi rivolgo per questo alla Giunta regionale e anche alle Giunte provinciali affinché mettano a disposizione i mezzi necessari per la realizzazione della presente legge. In Alto Adige sono state presentate finora circa 27.000 domande, in Trentino, dove i lavori procedono ancora a rilento, il numero delle domande è di 9.000. Ora non bastano più gli opuscoli informativi che vengono pubblicati in continuazione. Ora abbiamo bisogno di un sistema amministrativo che riesca rapidamente a tradurre i provvedimenti in realtà, anche perché spero che le prime pensioni possano essere erogate il più presto possibile. Sollecito dunque la Giunta regionale ad emanare il relativo regolamento d'esecuzione quanto prima possibile e di ampliare gli uffici nelle due Province, per garantire che la legge possa essere applicata.

Stimate colleghe e colleghi, volgerò ora la termine del mio intervento. Ma prima desidero citare alcune cifre che a prima vista non sembrano avere nulla in comune con il Pacchetto famiglia. Le cifre si riferiscono soltanto alla provincia di Bolzano. Sarebbe però molto interessante se i dati venissero estrapolati anche nella provincia di Trento. Il numero delle persone che si sono suicidate ammonta a 59 nel 1986, a 60 nel 1987, a 52 nel '88, a 71 nel '89, a 90 nel 1990 e a 58 nel 1991, ciò significa 13, 14 fino a 20 suicidi su 100.000 abitanti, quindi un dato tre volte superiore rispetto al resto del paese. A partire dal 1986 fino al 1991 si sono registrati da 500 fino a 600 aborti annui, anche se si è verificata una leggera diminuzione. A ciò corrispondono circa 10 aborti la settimana. Le persone che muoiono in seguito a un incidente stradale sono 100 all'anno, di cui il 40 per cento delle vittime tra i 15 e i 24 anni. Il numero delle vittime tossicodipendenti è di 10 nel 1989, 11 nel '90, 17 nel '91, e 16 nel 1992. Nei primi due mesi di quest'anno sono già stati registrati 3 morti per consumo di droga. Ogni settimana si registrano dunque tra 1 e 2 suicidati, 10 aborti, 2 vittime di incidenti stradali di cui il 40 per cento tra i 15 e i 24 anni e il triste bilancio di 16 vittime per consumo di droga nell'anno 1992. Questo è l'altro lato della nostra società del benessere. Questo benessere non ha però nel contempo portato più felicità e equilibrio personale ne è stato in grado di risolvere i problemi. Ci rendiamo conto che la politica non ci permetterà mai di ridurre la cifra dei tossicodipendenti o dei suicidi perché operiamo nella sfera dell'individualità, con tutti i problemi che la caratterizzano. Ma di una cosa siamo ormai certi: è noto che chi cresce all'interno di una famiglia armoniosa rivela una personalità più forte di chi è dovuto crescere in una famiglia con problemi. E' altresì accerto che i primi anni d'educazione sono decisivi per lo sviluppo del bambino. Di certo non siamo in grado di risolvere il problema della droga per legge, né di ridurre i morti per incidenti stradali, ma abbiamo il dovere e la responsabilità di riconoscere l'importanza della famiglia. Con delle leggi moderne, quali sono i primi due disegni di legge approvati, in materia, abbiamo restituito alla famiglia il valore di cui godeva in passato e di cui, in parte, è stata privata dalla nostra società industriale. Noi contribuiamo al benessere della famiglia attribuendole la dovuta importanza. Con questi tre provvedimenti del Pacchetto famiglia abbiamo compiuto passi decisivi per la sicurezza sociale dei nostri cittadini e per il riconoscimento del valore educativo della famiglia. Ho già fatto notare, che questo art. 6 dello Statuto speciale ci permette di realizzare molto di più di quanto noi abbiamo fatto con il Pacchetto famiglia.

L'articolo sancisce infatti che è nostro diritto emanare norme integrative, istituire istituti autonomi. E' questo il motivo per cui è stata approvata la norma d'attuazione n. 58 del 6 gennaio 1978, che prevede che a questi istituti, ed ora cito il testo originale, "possono essere attribuite anche funzioni esercitate dall'I.N.P.S., dall'I.N.A.I.L. e da altri enti od istituti operanti nel settore della previdenza e delle assicurazioni sociali." Queste disposizioni ci permettono di intraprendere molto di più rispetto a quello che abbiamo fatto finora. Desidero evidenziare che esse sanciscono la nostra competenza in materia legislativa, riconoscendo la nostra facoltà di emanare disposizioni integrative e di istituire istituti, in altri termini di svolgere funzioni attribuite all'I.N.P.S. e all'I.N.A.I.L. Il decreto stabilisce inoltre le norme circa il coordinamento tra le funzioni attribuite agli istituti costituiti dalla Regione e quelle che continueranno ad essere esercitate dagli enti statali, e disciplina il trasferimento del personale addetto I.N.P.S. agli istituti autonomi costituiti dalla Regione. Desidero evidenziare il fatto che il presente decreto disciplina tutti questi aspetti nel dettaglio. Permane dunque la sfida politica di realizzare il dettato dello Statuto speciale in materia di previdenza ed assicurazione sociale. In armonia con il presente art. 6 abbiamo emanato disposizioni incisive e mi auguro che questa terza parte del Pacchetto famiglia venga accolta. Con questo non abbiamo però esaurito le nostre competenze sancite dall'art. 6; per questo dobbiamo impegnarci ulteriormente. Questa necessità viene inoltre accentuata dalla profonda crisi in cui si trova il sistema statale delle pensioni che richiede al cittadino enormi sacrifici, oso perfino dire sproporzionati, che non sono compensati da prestazioni adeguate. E questi decreti, che sono stati emanati dal governo Amato negli ultimi anni sono giustamente stati denominati "decretacci". A causa della sua lenta amministrazione l'I.N.P.S. è in arretrato di anni con l'aggiornamento degli estratti e l'esame delle pratiche. ImmaginateVi un istituto bancario che ci fa attendere anni, prima di rilasciarci l'estratto conto il quale ci permette di accertare la nostra situazione finanziaria. E' questa la triste realtà che oggi caratterizza l'Istituto nazionale di previdenza sociale come viene erroneamente definito. Sono proprio i cittadini e i pensionati che debbono subire le conseguenze di questa cattiva amministrazione. Con un'aliquota del 27 per cento l'Italia occupa, dopo il Portogallo e la Spagna, il terzo posto nella classifica europea di tassazione delle pensioni. Non detiene però questo posto per quanto riguarda le prestazioni. Gli anni di copertura previdenziale attualmente richiesti per poter beneficiare di una pensione minima sono 15, in futuro saranno portati a 20 anni. In Austria e in Germania il numero di anni assicurativi richiesti per beneficiare di una pensione minima è di 5, l'aliquota di detrazione è del 18 per cento, mentre in Svizzera è sufficiente un unico anno di copertura previdenziale. Terminerò il mio intervento sollecitando l'assorbimento delle competenze e funzioni dell'I.N.P.S. attraverso la nostra Regione. E' questo l'obiettivo primario che ci dobbiamo porre. Di certo non potrà essere realizzato dall'oggi al domani, ma abbiamo già imboccato la strada giusta. Dobbiamo sostituirci all'I.N.P.S., introdurre una nuova gestione delle pensioni, garantire ai cittadini la sicurezza per quando saranno anziani ed elaborare un sistema che riesca ad assicurare che i servizi prestati siano adeguati ai contributi versati. Grazie per la Vostra attenzione!)

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire sul Regolamento la cons. Berger.

BERGER: Io ho dovuto assentarmi dall'aula per un impegno collaterale, sono rientrata in aula ed ho creduto di avere un'allucinazione, mi sembrava di vedere intervenire il Presidente del Consiglio, tenere un dibattito di consigliere di parte politica in quest'aula. Cosa che non è possibile, vero signor Presidente?

Lei ha mai sentito il Presidente della Camera intervenire dai banchi dell'aula? Il Presidente della Camera è il super-partes, è il garante di tutto il dibattito istituzionale, quindi è colui che rinuncia alla propria appartenenza politica perché è il garante dell'aula.

Mi spiega signor Presidente Peterlini a che cosa è dovuta questa mia allucinazione, che credo trattarsi sicuramente di allucinazione. Essendo questa allucinazione se per caso condivisa,

credo che dai verbali dell'aula deva scomparire il suo intervento, se eventualmente esso si è impropriamente materializzato, che la parola nessuno gliela ha assegnata, che lei mai l'ha presa, altrimenti quest'aula sarà costretta sicuramente a dare la mozione di sfiducia al Presidente, perché non è mai avvenuto in un'assemblea parlamentare che il Presidente...

(interruzione)

BERGER: ... ma qui, dove forse vige uno "jus tirolensis", ma rispetto allo jus democratico il Presidente è il garante, non ha più un'appartenenza partitica e di parte, può intervenire solo a garanzia del dibattito e i suoi interventi si limitano all'applicazione delle regole di garanzia che sono il regolamento. Non fa più parte del consesso suddiviso in parti di appartenenza, è il garante dell'aula.

Se questa mia considerazione non è condivisa, credo che alcuni colleghi dovrebbero confortarmi, anche l'ufficio di Presidenza.

PRESIDENTE: Collega Berger, non conosco la prassi del Consiglio, cerco soltanto di applicare il Regolamento ed il Regolamento non mi vieta di dare la parola e le regole che ci siamo dati non prevedono che il Presidente non possa intervenire, se poi lei mi ricorda che in quest'aula il Presidente del Consiglio non ha mai parlato, invece io mi ricordo che il Presidente Peterlini quando ha preso la parola come consigliere, nessuno mai ha fatto delle obiezioni.

(interruzione)

PRESIDENTE: Lei non deve dire che non è consentito, il Regolamento non vieta che il Presidente prenda la parola dai banchi, come ha fatto il Presidente Peterlini, il Regolamento gli consente di prendere la parola.

(Präsident Peterlini übernimmt wieder den Vorsitz)

(Riassume la Presidenza il Presidente Peterlini)

PRÄSIDENT: Frau Kollegin Berger, ich habe es Ihnen vorhin erklärt.

Ich habe als Abgeordneter das Wort ergriffen. Solange mich niemand als Abgeordneter abwählt, haben weder Sie noch sonst jemand das Recht, ich sage ja als Abgeordneter nicht als Präsident, mir meine Befugnisse als Abgeordneter abzusprechen. Als Respekt vor der Aula habe ich meine Erklärung zu einem guten Teil vor allem auf die Rückverweisungsgründe der Regierung bezogen. Ich hätte die Erklärung ohne weiteres auch als Präsident abgeben können. Als Respekt vor der Aula, wie gesagt, habe ich mich in meiner Funktion als Abgeordneter auf die Bänke der Abgeordneten zurückgezogen und habe dem Vizepräsidenten die Präsidenschaft übergeben. Ich war in diesem Moment also gar nicht Präsident, sondern Abgeordneter und habe wie schon oft, Kollegin Berger, - Ihr Gedächtnis scheint Sie verlassen zu haben - als Abgeordneter meine politische Stellungnahme dargelegt, wie es im Südtiroler Landtag auch alle tun, weil wir wenige Personen sind und jeder auch politische Verantwortung und nicht nur die Aufgabe hat, seine Ämter wahrzunehmen. Aber ich stelle Ihnen natürlich frei, sich Ihr Urteil zu behalten. Ich behalte mir meines und werde mir weder von Ihren Zwischenbemerkung noch von anderen mein Recht nehmen lassen, als Abgeordneter zum Regionalrat Trentino-Südtirol und als Mitglied eines der beiden Landtage politische Arbeit zu leisten, das wäre ja eine Aushöhlung der Aufgabenbereiche, in die man gewählt worden ist, und das bin ich nicht bereit in dieser Form zu akzeptieren.

Abgeordneter Kaserer, bitte.

PRESIDENTE: Collega Berger, glielo ho spiegato prima.

Sono intervenuto in qualità di consigliere. Finché non sarò costretto a dover rinunciare alla mia carica di consigliere, né Lei né qualcun altro potrà disconoscere la funzione che esercito come consigliere, e ribadisco come consigliere e non come presidente. Per rispetto verso quest'Assemblea, nella mia qualità di consigliere, ho parlato anzitutto dei motivi di rinvio da parte del Governo. Avrei potuto svolgere le mie dichiarazioni anche in veste di presidente, ma come ho detto, per rispetto verso l'Assemblea mi sono recato nella mia qualità di consigliere in un banco, cedendo la Presidenza al Vicepresidente. Quindi in quel momento non rivestivo la carica di presidente bensì di consigliere. Pare che Lei non si ricordi, collega Berger, ma già in passato ho espresso la mia posizione politica in qualità di consigliere, come anche succede nel Consiglio provinciale di Bolzano, dove siamo in numero inferiore e ognuno deve assumersi la responsabilità politica e non coprire la propria carica. Sta a Lei farsi un giudizio. Io rimango sulla mia posizione senza lasciarmi impressionare dalle osservazioni fatte da Lei o da qualcun altro, senza lasciarmi togliere il diritto di poter svolgere la mia attività politica quale consigliere del Consiglio regionale del Trentino-Alto Adige o membro di uno dei Consigli provinciali. Altrimenti si produrrebbe uno svuotamento della funzione per la quale siamo stati eletti. E non sono disposto ad accettarlo.

Consigliere Kaserer, prego.

KASERER: Zur Geschäftsordnung. Ich bin etwas verwundert über die Stellungnahme der Kollegin, daß man einem Abgeordneten des Regionalrates und dem Präsidenten - ich spreche auf Widerruf auch - sozusagen das Reden hier verbietet. Ich würde mit der Kollegin einverstanden sein, wenn sie sagt, der Präsident darf, obwohl auch das nirgends niedergeschrieben ist, nicht von seinem Sessel, sagen wir einmal, von seiner Stelle als Präsident aus, allgemein Stellung nehmen, denn wenn er dort sitzt, dann hat er die Aufgabe, die Sitzung zu leiten und nicht persönliche Stellungnahmen abzugeben. In dem Moment, wo er nicht auf dem Präsidentensessel sitzt, muß jeder, auch der Präsident, als Abgeordneter die Möglichkeit haben, seine Meinung hier zum Ausdruck zu bringen. Er ist genauso gewählt, wie wir Kollegin und hat somit das Recht, ja ich würde in gewisser Hinsicht sagen, auch die Pflicht, Meinungen zu bestimmten Anliegen, die hier behandelt werden, zum Ausdruck zu bringen. Das kann man nicht verbieten. Es ist dies so Praxis - es sind viele Kollegen, die bereits länger hier in diesem Regionalrat sitzen als Sie Frau Kollegin - und auch in der Vergangenheit so geschehen; wenn, dann müßten wir eine neue Regelung einführen, daß das in Zukunft nicht mehr gestattet ist. Das ist eine andere Sache. Aber die Praxis war in der Vergangenheit sowohl im Regionalrat als auch im Landtag so wie es Präsident Peterlini, jetzt Präsident, gepflegt hat, und deshalb verwundert mich die Stellungnahme schon etwas. Ich würde deshalb sagen, der Präsident hat vollends recht gehandelt.

(In merito al Regolamento interno. Mi meraviglio della presa di posizione della collega che intende disconoscere la facoltà di intervenire ad un consigliere del Consiglio regionale e al Presidente - che riveste la carica fino alla sua revoca. Potrei trovarmi d'accordo con la collega se dicesse che il presidente non può esprimere delle opinioni su questioni generali dal banco della Presidenza in quanto in quella posizione ha il compito di dirigere la seduta e non di fare un intervento personale. Nel momento in cui lascia tale banco deve avere la facoltà di poter intervenire in qualità di consigliere. Anche il Presidente è stato eletto come noi, collega, e ha quindi il diritto - e non solo il diritto, ma anche l'obbligo - di esprimersi in merito a certi problemi che vengono trattati. Non si può proibirlo. E' prassi - tanti colleghi che sono già da anni in questo Consiglio lo fanno - che il presidente si rechi in un banco dei consiglieri per esprimere le sue considerazioni rispetto ad un certo argomento. Nel passato è sempre stato fatto così. Se desideriamo che ciò non avvenga più, dovremo prevedere un'altra regolamentazione. Ma questo è un altro aspetto del problema. In passato, sia in Consiglio regionale sia in quello provinciale, la prassi seguita è stata quella adottata dal presidente

Peterlini, che ora è tornato al suo posto in qualità di presidente. Quindi mi stupisce la presa di posizione della collega. Vorrei sottolineare che il presidente ha agito in modo corretto).

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Kaserer.
Abg. Meraner zur Geschäftsordnung. Bitte.

PRESIDENTE: Grazie, consigliere Kaserer.
Cons. Meraner, in merito al Regolamento interno? Prego.

MERANER: Ich muß sagen, Kollegin Berger, daß ich mich schon auch wundere. Denn wenn der Präsident seinen Vorsitz seinem Vizepräsidenten abgibt und zu den Bänken der Abgeordneten heruntergeht, dann hat er nicht mehr die Funktion des Präsidenten inne. Das ist für mich ganz eindeutig. Er übt dann die Funktion eines Abgeordneten aus und wenn wir so weit kommen wollten, daß wir jemanden, der als Volksvertreter, als Abgeordneter gewählt worden ist, nur weil er auch Präsident ist, das Wort verbieten in diesem Hause, dann glaube ich, würden wir die Demokratie, die ich immer an und für sich sehr extensiv interpretieren möchte, schon sehr und zu restriktiv interpretieren. Aber unter dem Strich glaube ich muß für uns doch immer eines stehen: Nützt die Sache oder schadet sie. Wenn sie nicht schadet und niemandem ein Unrecht geschieht, dann glaube ich, dann sollten wir es toleranterweise akzeptieren. Das ist für mich die Generalregel.

(Debbo dire, collega Berger, che mi stupisce il Suo intervento. Quando il presidente cede la presidenza al vicepresidente e si reca in un banco dei consiglieri non lo fa nella sua funzione di presidente. Per me è chiaro che in quel momento egli riveste la carica di consigliere. Se arriviamo al punto di voler disconoscere ad un rappresentante del popolo, ad un consigliere, eletto come tale, la facoltà di parlare in questa sede, solo perché è stato eletto alla carica di presidente, daremmo un'interpretazione troppo restrittiva della democrazia che al contrario dovrebbe essere estensiva. In fin dei conti dobbiamo cercare di capire se le cosa giova a qualcuno o no. Se giova senza arrecare danno a nessuno, allora ritengo che dovremmo accettarla con tolleranza. Questo è per me il principio fondamentale.)

PRÄSIDENT: Danke schön, Abg. Meraner. Ja, dann ist diese Sache abgeschlossen. Ich danke auch für das ausgesprochene Verständnis. Ich erkläre jetzt, wenn keine weiteren Wortmeldungen sind, ich sehe keine mehr, die Debatte als abgeschlossen und gebe das Wort für die Replik, sofern gewünscht, dem zuständigen Regionalassessor Morandini.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Meraner. Questo problema è quindi chiarito. Ringrazio per la comprensione dimostratami. Se non ci sono altri interventi - e non vedo nessuno che desidera intervenire - dichiaro chiusa la discussione e concedo la parola al competente assessore regionale Morandini per la replica, ovviamente se lo desidera.

MORANDINI: Grazie Presidente e grazie anche a tutti i colleghi che sono intervenuti, perché mi pare che questo esprima una particolare attenzione, al di là delle valutazioni difformi sul tema.

Mi pare che molti interventi siano accomunati dall'esigenza che hanno molte forze politiche di realizzare questa equità sociale e per altro verso anche di dar vita ad un investimento non soltanto sul piano educativo.

Diverse sono invece, negli interventi formulati, le modalità per raggiungerlo, c'è chi propone certe modalità, chi altre e chi critica quelle proposte dalla Giunta. Allora vorremmo dire, come

Giunta regionale, che prima di tutto non vogliamo giocare con l'autonomia, penso che è un argomento troppo serio per giocarci, pensiamo che autonomia voglia dire cercare di esercitare responsabilmente le competenze che la Regione ha e quindi proporre leggi nei limiti in cui possano reggere, quindi è un tentativo che si fa, e mi riferisco a chi sosteneva la linea, che posso anche capire per certi aspetti, era venuta in mente anche a noi ad un certo punto, della riapprovazione "tout cour" della proposta rinviata senza modifiche.

In questa prima battuta ci è parso di tentare invece una mediazione con il Governo, di proporre un testo che sia in grado di superare l'esame governativo, nè tanto meno ci hanno appassionato ragioni di puntiglio, nè politico, nè istituzionale, perché se avessimo la convinzione che questa è una strada sicuramente non da percorrere, perché non c'è assolutamente la competenza - vengo subito all'interessante sollecitazione che facevano i colleghi Benedikter, Meraner, Taverna ed altri sulla competenza - sicuramente non l'avremmo più percorsa.

Allora non è questo il punto o l'intestardimento su una questione, però dobbiamo giustamente partire dal rilievo che il Governo ha formulato, il quale sostanzialmente si articola in due parti, la prima che dice nella sostanza che non ne abbiamo la competenza, la seconda che sono stati violati, con questa proposta di legge, alcuni principi, quali quello della ragionevolezza, della proporzionalità, dell'adeguatezza, che la giurisprudenza della Corte costituzionale ha più volte, anche recentemente, ribadito.

Per quanto riguarda il primo punto - mi pare che anche il collega Pinter sottolineava l'aspetto dell'incompetenza - diciamo che sicuramente sul piano giuridico siamo ben d'accordo che non è che c'è al 100% la ragione da una parte ed il torto dall'altra, su questo punto, tanto più in materia di previdenza, siamo convinti di percorrere una strada sicuramente sulla quale le certezze non sono certo grandi e quindi pur comprendendo che il Governo ha formulato questa valutazione, dobbiamo anche prendere atto che all'interno del Governo ci sono frastagliate posizioni e che ci sono fiori di studiosi, mi riferisco per esempio al prof. Berti, ma potrei citarne altri, che invece sottolineano la competenza che la Regione avrebbe in materia di previdenza integrativa, anche proprio esercitandola con questo disegno di legge.

Da questo punto di vista ribadiamo che c'è una legge dello Stato, per altro in una parte inapplicata, comunque in vigore, che prevede la possibilità della realizzazione di questa pensione, abbiamo proposto di andare ad integrare questo tipo di previsione normativa nazionale, qualcuno ha detto con un quantum un po' troppo eccessivo, è anche vero peraltro che la natura di previdenza integrativa, così pare in sostanza sia assodato nei tecnici, non dipende dal quantum, nel senso che se si integra tanto o poco rimane la natura integrativa e quindi abbiamo ritenuto, proprio sulla scorta di questo, che la pensione per le casalinghe e quanto viene con sè non è stata ideata dalla Regione Trentino-Alto Adige, ma fa parte del sistema pensionistico italiano, sia pure inattuato e quindi siamo intervenuti integrando questo sistema pensionistico.

Quanto alla competenza integrativa cito testualmente un passaggio che mi pare interessante del parere del prof. Berti, in cui evidenzia, nell'esaminare la nostra competenza legislativa, che "integrativa la previdenza non vuol dire emanare disposizioni solamente attuative o di tipo regolamentare in confronto a leggi dello Stato, ma più esattamente ampliare lo spazio normativo della materia. Quindi l'integrazione riguardo alla materia, in quanto definita nelle sue linee portanti dalla legge dello Stato e quindi in definitiva già alla luce dei principi delle leggi statali".

Mi rendo conto, colleghi, che su questo punto potremmo stare a dissertare a lungo, per cui c'è chi ha motivazioni che può portare in senso opposto e quindi mi rendo anche conto che su questo versante sono altrettanto rispettabili le considerazioni di chi può sostenere che non ne abbiamo la competenza.

A noi è parso, e qualche Ministero l'ha anche formalizzato, di avere questo tipo di competenza e di averla esercitata correttamente con questa proposta di legge.

L'altro rilievo riguarda la supposta violazione del principio di ragionevolezza, di proporzionalità e di adeguatezza che pare, secondo il Governo, che questa proposta abbia violato. Su questo punto debbo dire alla Giunta regionale era parsa congrua e proporzionata la previsione di un certo versamento contributivo, di fatto 112 mila lire al mese per un certo numero di anni, come voi sapete 15, il Governo ha ritenuto che questa proporzione e ragionevolezza non ci sia perché è ritenuto troppo basso questo versamento contributivo ed ha proposto un versamento contributivo molto più alto di quello che oggi si propone e a noi è parso che invece sia ragionevole una forma intermedia come quella che qui si propone.

Da questo punto di vista quindi - poi torno anche nel merito, con riferimento anche ad alcune osservazioni che opportunamente aveva fatto la collega Zendron - con riferimento alla ragionevolezza ed alla proporzionalità ci pare che, anche se avremmo preferito sicuramente la misura del contributo precedente, ci pare che questa in sostanza, per andare incontro alle osservazioni del Governo, garantisca maggiormente questo principio di ragionevolezza, di proporzionalità.

Da questo punto di vista vorrei consolare o comunque mettere tranquillo il collega Meraner, nel senso che non c'è stato nessun altro tipo di intendimento - mi pare che anche Marzari parlasse di furbesche presentazioni in queste proposte di legge - se non quello di cercare di farsi carico di alcune fasce sociali poco oggetto di attenzione in questi anni da parte della politica, non è sicuramente una critica, ma è una considerazione obiettiva, e vedere come si poteva, dentro i limitati ambiti della competenza previdenziale che voi sapete essere integrativa, andare incontro, dare risposte, non per monetizzare certi tipi di servizi, perché mi rendo conto che non è monetizzandoli che ne riconosciamo il valore sociale, aveva ragione il cons. Taverna quando giustamente ne evidenziava il forte valore sociale, accanto anche all'intervento del collega Peterlini e di altri, ma per riconoscere legislativamente, quindi anche concretamente certi tipi di servizi.

Qui vorrei velocemente partire dal quadro nazionale per poi andare su quello locale.

Il quadro nazionale è sicuramente di una certa difficoltà oggi, mi pare però che recentemente il Governo abbia lasciato partire la proposta, sia pure non formalizzata, di pensare fra le categorie previdenzialmente deboli da considerare anche al settore delle categorie delle persone casalinghe, ha previsto altre modalità sul come raggiungere questa attenzione, però ha individuato questa categoria, peccato che non ha ancora formalizzato questo suo intendimento, l'ha soltanto presentato non solo alla stampa, ma anche verbalmente in Consiglio dei Ministri, però in sostanza ha espresso questa attenzione.

Quindi dobbiamo dire che sul piano del quadro nazionale non siamo lontani, non siamo fuori, nel senso che magari andiamo ad incardinarci su qualcosa che ormai è superato. Recentissimamente il Governo ha espresso, per bocca del Ministro competente questo suo intendimento.

Questo per dire che ci sono anche queste categorie di persone, che anche loro svolgono un lavoro socialmente utile, con tutto il rispetto per le altre professioni e che quindi bisognerà pur trovare il modo di considerarle.

Il quadro regionale è quello dell'inserimento di questa proposta all'interno del cosiddetto pacchetto famiglia, la cui ragione è quella di cercare di riequilibrare, sulla scorta di queste motivazioni, certi squilibri sociali, gradualmente prevedendo nel primo intervento il riconoscimento di principio di questo tipo di servizi, prevedendo alcuni interventi, andando sulla seconda legge a toccare proprio una categoria di soggetti lavoratori stagionali, sappiamo che sono oggetto di attenzione di questa legge seconda, la n. 7 del 1992, tutti i settori della stagionalità, quindi da questo punto di vista nessun settore è stato tralasciato, oltre che altre categorie di soggetti previdenzialmente deboli dal punto di vista della volontaria e cercando con questa terza proposta di farsi carico di soggetti che non hanno mai potuto, per scelta o per necessità lavorare fuori casa e che quindi, pur avendo lavorato in casa per tutta la loro vita, si trovano oggi a non poter realizzarsi un trattamento pensionistico.

Dentro le competenze regionali, come giustamente ricordava la collega Bertolini, il che ci impedisce purtroppo di andare a toccare il settore del tempo parziale, come sarebbe molto interessante, lo possiamo fare semplicemente per i nostri dipendenti, ma non certo possiamo farlo per tutto il comparto pubblico e privato, come sarebbe bello poter fare. Su questo punto la competenza è dello Stato e penso che quando glielo consentiranno i momenti non contingenti, non difficili dal punto di vista finanziario, penso che sarà urgentissimo che lo Stato preveda, sia per il comparto privato che per quello pubblico, la possibilità, soprattutto per la donna che lavora fuori casa, di conciliare il suo ruolo di lavoratrice con quello di madre e di moglie, perché questi ruoli molte volte sono quelli che comportano più problemi.

Sulla qualificazione della spesa la Giunta regionale ritiene convintamente, pur rispettando le idee di tutti, che pensare anche a questi soggetti a queste categorie sia qualificare la spesa, propone dentro questa prospettiva anche un versamento contributivo di non poco rilievo, quindi non è che è un contributo soltanto da parte dell'ente pubblico e quindi in questo senso ha fatto anche calcoli a lunga prospettiva, quindi si sa dove si va a parare, non è qualcosa che resta campato per aria, nel senso che si sa che oggi è coperto finanziariamente ma che domani non lo sarà più, penso che sarebbe stato davvero folle da parte della Giunta regionale pensare a questo tipo di prospettiva, perché vorrebbe dire non farsi carico che la previdenza è ciclica e quindi deve avere una continuità.

Quanto alle osservazioni che i colleghi avevano fatto e che giustamente richiedono delle risposte, la collega Zendron aveva parlato di un ingiusto aumento della contribuzione, che a suo dire penalizzerebbe le fasce deboli. Vorrei ricordare che certamente, rappresentando anche l'intento della Giunta, meglio sarebbe stato poter mantenere a 112 mila lire al mese la contribuzione, questo oggi è stato ritenuto dal Governo non corrispondente ai criteri di proporzionalità e di ragionevolezza e quindi l'abbiamo aumentato, fra l'altro, in termini molto più ridotti di quanto il Governo ci chiedeva, sono 20 mila lire in più al mese che penso, se un soggetto riesce a pagarsi le 112 mila lire, riesce anche ad arrivare alle 132 mila.

Bisogna tener presente che in questo sistema, con un versamento di soli 15 anni un soggetto si realizza un trattamento pensionistico che mi pare di tutta dignità e che quindi bisogna pensare anche di inserirlo dentro questo contesto.

Oggi qualche collega portava dei dati proprio concreti, con riferimento anche ad altre categorie di soggetti, facendo evidenziare che non è assolutamente sfavorevole, nonostante i ritocchi, questo tipo di proposta.

Anche se meglio sarebbe stato poter mantenere il contributo iniziale, oggi questo non è possibile, voi mi insegnate che la politica è l'arte del possibile, quindi mi pare doveroso rendere conto all'aula che mantenere il contributo in termini così bassi oggi obiettivamente non ci è possibile. Quindi se ne è proposto l'aumento da parte della Giunta regionale, tra l'altro non secondo quanto chiedeva il Governo, ma in limiti i più bassi possibili.

E questo devo dirlo, anche qui purtroppo con riferimento al fatto che anziché mantenere la norma transitoria nel ricomprendervi tutti i soggetti dai 50 ai 60 anni compresi, si è dovuto ridurre di un anno questo tipo di portata della norma transitoria, perché evidentemente l'imput del Governo di ridurre della cifra che avete visto, come compare dall'ultimo articolo, la copertura finanziaria, ci ha indotto, ha ammesso la necessità, su richiesta esplicita del Governo, non soltanto di ritoccar, collega Marzari, il contributo nel senso di aumentarlo, altrimenti non si arrivava alla riduzione fino ai 26, ma anche di ritoccare anche la norma transitoria e questa è richiesta espressa del Governo. Noi abbiamo tentato in tutti i modi di mantenere la norma transitoria, ma da questo punto di vista il coltello per il manico non ce l'ha la Giunta regionale sul controllo governativo.

La collega Zendron mi pare che ipotizzasse che si poteva avviare a questo partendo da una certa età in su e ci pareva anche proposta ragionevole, peraltro ad un approfondimento in sede tecnica ci è stato detto che questo non è possibile giuridicamente, perché previdenzialmente non

possiamo togliere alla fascia distinta di soggetti, indipendentemente dall'età, il diritto a realizzarsi una pensione, diverso è su una norma transitoria, dove invece appunto perché transitoria il Governo ha chiesto di ritoccare.

Quanto ai 20 anni che sono previsti come versamento contributivo minimo nella proposta di riforma che viene avanti a livello nazionale, questo è molto giusto però chi deve versare minimo 20 anni percepisce ai 60 anni la pensione, tutti sono in questi termini, qui è previsto invece un versamento contributivo per 15 anni e però evidentemente - anche qui è stata una clausola che il Governo ha imposto - si percepisce il trattamento pensionistico ai 65 anni.

Mi pare che la collega Bertolini chiedesse chiarimenti sull'incameramento dei contributi. Se non ricordo male l'art. 8, comma 5, prevede che nel caso di decesso del soggetto che ha versato i contributi sia possibile la restituzione al soggetto stesso, qualora abbia versato per un periodo almeno di 5 anni. Quindi sono previste due ipotesi nella legge, il versamento da parte di un soggetto che poi è deceduto e quindi senza sua colpa si interrompe il versamento, se ha versato più di 5 anni abbiamo previsto la restituzione al soggetto, fra l'altro con dei dubbi qui dal punto di vista della legittimità previdenziale, perché lei sa che nessun versamento previdenziale viene restituito in altri sistemi e l'art. 9 successivo prevede l'altra situazione, che il versamento contributivo non continui più, ma non per causa del decesso, ma perché il soggetto non ritiene più di continuarlo. In quel caso è obbligatorio, per i principi della previdenza, non restituire i versamenti fatti. Queste sono leggi dell'INPS, per cui le due situazioni sono diverse in questi termini.

Il reddito patrimoniale ci pare attentamente valutato, perché se andate a vedere l'art. 8 nel 3° comma, con una modifica ulteriormente precisata in Commissione, è prevista un'integrazione al minimo che ha attenzione sia ai casi di soggetti singoli, sia a quelli di nuclei familiari e tiene presente nel computo dei redditi anche il reddito patrimoniale, prestando attenzione al numero dei membri del nucleo familiare.

La situazione che aveva prospettato la collega Bertolini è una situazione che mi pare un po' strana, sono molte le situazioni che si prospettano, però bisogna sceglierle per una opzione o per l'altra. Allora se la persona ha per 30 anni tanto nobilmente accudito alla famiglia e avendo molti figli, come lei ha esemplificato, non ha potuto andare a lavorare e non ha nemmeno alcun versamento contributivo, questa proposta di legge dà la possibilità di inserirsi dentro questo meccanismo, è chiaro però che se questa persona, per sua scelta, va a lavorare fuori e quindi si immette in un altro regime previdenziale e contributivo, evidentemente non può utilizzare questo, perché sono alternativi e queste sono le leggi previdenziali che ce lo impongono.

Vorrei anche ricordare che è solo di 1 anno che si riduce la norma transitoria, non di 2, come potrebbe sembrare dall'emendamento, perché l'emendamento precedente in Commissione riguardava un anno perché si era nel 1992, oggi arrivati ad un anno successivo, nel '93, si deve riformularlo in questi termini.

Vorrei anche ricordare quanto qualche collega ha ripreso, mi preme riprenderlo e su questo punto vorrei richiamare l'attenzione dell'aula, che non dobbiamo vedere questo intervento legislativo soltanto come un esborso di soldi pubblici e basta, mi pare che in questo investimento ci sia un risparmio sociale e non solo economico di notevole rilievo, sulle pensioni sociali, sul fatto che si va incontro a tante fasce di persone che magari si trovano dalla sera alla mattina disoccupate, come spesso oggi succede, sui servizi sociali e anche sul minimo vitale. Qualche collega l'ha ricordato anche esemplificando, ma mi premeva evidenziare questo, perché penso che un provvedimento vada valorizzato e comunque valutato anche per quello che fa risparmiare sia in termini finanziari, chi utilizzasse questo tipo di interventi non potrà più utilizzare del minimo vitale, delle pensioni sociali e questi sono miliardi che vengono risparmiati di soldi pubblici e anche non soltanto in termini finanziari, mi pare che ci sia un investimento sul piano non soltanto finanziario che molti colleghi hanno ripreso e sul quale non intendo ulteriormente soffermarmi.

PRÄSIDENT: Danke schön, Assessor Morandini.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Übergang zur Sachdebatte. Wer mit dem Übergang zur Sachdebatte einverstanden ist, möge bitte zum Zeichen der Zustimmung die Hand erheben. Danke. Wer stimmt dagegen? Bitte zählen. 7 Gegenstimmen. Danke. Wer enthält sich der Stimme? 5 Enthaltungen.

Der Übergang zur Sachdebatte ist damit genehmigt.

Heute Vormittag haben wir die für rückverwiesene Gesetze beschleunigte Prozedur beschlossen. Bitte schön, Abg. Marzari zur Tagesordnung.

PRESIDENTE: Grazie, assessore Morandini.

Giungiamo alla votazione per il passaggio alla discussione articolata. Chi è d'accordo col passaggio all' esame dell' articolato è pregato di alzare la mano. Grazie. Contrari? Prego contare. 7 contrari. Grazie. Astenuti? 5 astensioni.

Il passaggio all' esame dell' articolato è quindi approvato.

Questa mattina abbiamo deciso di attenerci alla procedura accelerata, come è prassi per i disegni di legge rinviati. Prego, cons. Marzari, a Lei la parola in merito all'ordine del giorno.

MARZARI: Grazie, signor Presidente. Sull'ordine dei lavori. Posto che dovremo adesso iniziare l'esame degli articoli e che però è anche convocata una riunione dei Capigruppo successivamente, chiedo se fosse possibile sospendere la seduta, rinviando a domani l'esame degli articoli ed anticipare adesso di 45 minuti la conferenza dei Capigruppo.

Faccio questa proposta, perché i colleghi la possano valutare, se è possibile, con qualche attenzione.

PRÄSIDENT: Mir wird gerade geflüstert, vielleicht einen Kompromiß zu finden, damit man ganz aufhören kann, jetzt sofort. Hören wir eine Viertelstunde früher auf, so wie Du eigentlich gemeint hast, Kollege Marzari. Brauchen wir eine halbe Stunde, dann lassen wir es nicht. Ja, wir probieren es einmal. Dann hören wir ein bißchen früher auf, Kollege Marzari. Ich werde dem Magensingen Rechnung tragen und ein bißchen früher aufhören.

So, wir machen die beschleunigte Prozedur, wie heute vormittag beschlossen und verlesen nur die Artikel, die neu sind und die Abänderungen.

Artikel 1. Keine Änderung. Keine Wortmeldung. Wir stimmen ab. Wer einverstanden ist, möge die Hand erheben. Danke. Wer stimmt dagegen? 5 Gegenstimmen. Wer enthält sich der Stimme? Niemand.

Der Artikel 1 ist bei 5 Gegenstimmen genehmigt.

Artikel 2. Keine Änderung. Keine Wortmeldung. Wer ist dafür? Danke. Wer stimmt dagegen? 6 Gegenstimmen. Enthaltungen? Und 6 Enthaltungen.

Der Artikel 2 ist genehmigt.

Artikel 3. Keine Änderung. Keine Wortmeldung. Wer ist dafür? Danke. Wer stimmt dagegen? 6 Gegenstimmen. Wer enthält sich der Stimme? 6 Enthaltungen. Artikel 3 ist genehmigt.

Artikel 4. Änderung im ersten Absatz. Ich verlese ihn:

Art. 4

(Einführung der freiwilligen Regionalversicherung für die Rente zugunsten der im Haushalt tätigen Personen)

1. Mit 1. Jänner 1993 wird in Ergänzung des Gesetzes vom 5. März 1963, Nr. 389

die freiwillige Regionalversicherung zur Entrichtung der Rente zugunsten der im Haushalt tätigen Personen eingeführt, die in den Landesverzeichnissen nach dem Artikel 8 des Regionalgesetzes vom 24. Mai 1992, Nr. 4 betreffend "Maßnahmen auf dem Sachgebiet der Ergänzungsvorsorge" eingetragen sind.

PRESIDENTE: Mi è stato proposto di terminare ora i lavori. Chiudiamo la seduta un quarto d'ora prima, come hai proposto Tu, collega Marzari. Se ci vuole ancora mezz'ora, concludiamo regolarmente. Proviamo e terminiamo un po' prima, collega Marzari, tenendo conto della Sua fame, collega.

Proseguiamo con la procedura accelerata, come abbiamo deciso stamattina. Leggerò solamente gli articoli nuovi e gli emendamenti.

Articolo 1. Nessuna modifica. Nessun intervento. Passiamo alla votazione. Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano. Grazie. Contrari? 5 contrari. Astenuti? Nessuno.

L'articolo 1 è approvato con 5 voti contrari.

Articolo 2. Nessuna modifica. Nessun intervento. Chi vota a favore dell'articolo? Grazie. Contrari? 6 contrari. Chi si astiene? 6 astenuti. L'articolo 2 è approvato.

Articolo 3. Nessuna modifica. Nessun intervento. Chi vota a favore dell'articolo? Grazie. Contrari? 6 contrari. Chi si astiene? 6 astenuti.

L'articolo 3 è approvato.

Articolo 4. E' stato presentato un emendamento al primo comma, di cui darò lettura.

Art. 4

(Istituzione dell'assicurazione regionale volontaria per la pensione alle persone casalinghe)

1. A decorrere dal 1° gennaio 1993 è istituita, ad integrazione della legge 5 marzo 1963, n. 389, l'assicurazione regionale volontaria per la corresponsione della pensione a favore delle persone casalinghe, iscritte agli Albi provinciali di cui all'articolo 8 della legge regionale 24 maggio 1992, n. 4, concernente "Interventi in materia di previdenza integrativa".

PRÄSIDENT: Der zweite Absatz bleibt gleich.

So keine Wortmeldung. Wir stimmen ab über den neuen Text, wie von der Kommission vorgeschlagen. Wer damit einverstanden ist, möge die Hand erheben. Danke. Wer stimmt dagegen? 8 Gegenstimmen. Enthaltungen? Eine Enthaltung. Artikel 4 ist in neuer Fassung genehmigt.

Artikel 5. Änderung im ersten Absatz.

Art. 5

(Beitragsleistung)

1. Die bei der Regionalversicherung nach dem Artikel 4 eingetragenen im Haushalt tätigen Personen haben innerhalb des ersten Quartals des Bezugsjahres bei der gebietsmäßig zuständigen autonomen Provinz eine Einzahlung in Höhe jener zu leisten, die für die freiwilligen Beitragsleistungen für Haus- und Familienangestellten an das NISF vorgesehen ist, und zwar zuzüglich 20 Prozent.

Absatz 2 bleibt gleich. Keine Wortmeldungen. Wir stimmen über diesen neuen Text ab. Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. Danke. Wer stimmt dagegen? 8 Gegenstimmen. Enthaltungen? 8 Enthaltungen. Der Artikel 5 ist in neuer Fassung genehmigt.

Artikel 6. Keine Änderung. Keine Wortmeldung. Wer ist dafür? Gegenstimmen? 3 Gegenstimmen. Enthaltungen? 10 Enthaltungen. Der Artikel 6 ist genehmigt.

Artikel 7. Keine Änderung. Keine Wortmeldung. Wer ist dafür? Danke.
Gegenstimmen? 7 Gegenstimmen. Enthaltungen? 6 Enthaltungen.

Artikel 7 ist genehmigt.

Im 8. Artikel gibt es eine Änderung im dritten Absatz. Ich verlese den dritten Absatz:

Art. 8
(Ausmaß der Regionalrente)

3. Die Leibrente wird der im Bezugsjahr geltenden Mindestbehandlung des NISF angeglichen. Die Angleichung steht denjenigen nicht zu, die selbst ein Einkommen und Vermögen haben, das dreimal so hoch wie der jährliche Betrag der Mindestbehandlung ist. Die Angleichung steht außerdem denjenigen nicht zu, die verhehlicht und nicht gesetzlich getrennt sind, sofern das Einkommen und Vermögen, zusammen mit jenem des Ehegatten, fünfmal so hoch wie der Betrag der Mindestbehandlung ist. Die Abfertigungen jeglicher Art sowie der Ertrag betreffend das Wohnhaus zählen für die Einkommensberechnung nicht.

PRESIDENTE: Il secondo comma è uguale.

Qualcuno desidera intervenire? Votiamo il nuovo testo proposto dalla commissione. Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano. Grazie. Contrari? 8 contrari. Astenuti? Una astensione. Il nuovo testo dell'articolo 4 è approvato.

Articolo 5. Modifica al primo comma.

Art. 5
(Contribuzione)

1. Le persone casalinghe iscritte all'assicurazione regionale di cui all'articolo 4 sono tenute a versare alla Provincia autonoma territorialmente competente, entro il primo trimestre dell'anno di riferimento, una contribuzione pari a quella prevista per il pagamento dei versamenti volontari all'Istituto Nazionale della Previdenza Sociale (INPS) del settore servizi domestici, maggiorata del 20 per cento.

Il secondo comma è rimasto invariato. Nessun intervento. Votiamo il nuovo testo. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Grazie. Contrari? 8 contrari. Astenuti? 8 astensioni. Il nuovo testo dell'articolo 5 è approvato.

Articolo 6. Nessuna modifica. Nessun intervento. Chi vota a favore dell'articolo? Grazie. Contrari? 3 contrari. Astenuti? 10 astensioni. L'articolo 6 è approvato.

Articolo 7. Nessuna modifica. Nessun intervento. Chi è favorevole? Grazie. Contrari? 7 contrari. Astenuti? 6 astensioni.

L'articolo 7 è approvato.

L'articolo 8 è stato emendato al terzo comma. Darò ora lettura del terzo comma:

Art. 8
(Misura della pensione regionale)

3. La rendita è integrata al trattamento minimo INPS vigente per l'anno di riferimento. L'integrazione non spetta ai soggetti che posseggono un reddito e un patrimonio propri per un valore superiore a tre volte l'ammontare annuo del trattamento minimo stesso. Per i soggetti coniugati e non separati legalmente, l'integrazione non spetta qualora il reddito ed il patrimonio propri,

cumulati con quelli del coniuge, abbiano un valore superiore a cinque volte l'importo del trattamento minimo stesso. Dal computo dei redditi sono esclusi i trattamenti di fine rapporto comunque denominati ed il reddito della casa di abitazione.

PRÄSIDENT: Ja, der Abg. Kaserer hat das Wort.

PRESIDENTE: Sì, la parola al consigliere Kaserer.

KASERER: In der ursprünglichen Fassung des dritten Absatzes war unter anderem vorgesehen, daß die Beträge, zumindest die Beträge, die für die Hausfrauenversicherung eingezahlt werden - so habe ich es jedenfalls verstanden -, vom Einkommen abgezogen werden können. Das scheint hier nicht mehr auf, wohl aber sind andere Begrenzungen vorgesehen, was das Vermögen betrifft, das Vermögen der Frau und insgesamt auch jenes des Ehegatten. Ich finde, daß es nicht falsch ist, wenn hier eine Begrenzung nach oben angefügt wird. Das ist einerseits eine Bremse und vor allem bringt das mit sich, daß damit wiederum ein Teil der Hausfrauen von dieser Rente ausgeschlossen wird. Deshalb verwunderte es mich noch mehr, wenn in einem späteren Absatz oder in einem späteren Artikel eine weitere Reduzierung erfolgt, vor allem jene von Artikel 11. Ich akzeptiere diese Maßnahme, daß man das Vermögen miteinbezieht, aber dann sollte man umso mehr das andere nicht ausschließen.

(Nel testo originale, nel terzo comma si prevedeva che i contributi versati per l'assicurazione delle persone casalinghe potessero essere detratti dal reddito. Qui non si parla più di questa detrazione e si introducono altre limitazioni riguardanti il patrimonio della casalinga e del marito. Secondo me non è sbagliato inserire un limite per i redditi più alti. Ma esso è un freno, e una parte delle casalinghe non potrà beneficiare di questa rendita. Però mi stupisce che in un comma successivo o in un altro articolo si introduca un'ulteriore riduzione, soprattutto all'articolo 11. Sono d'accordo che si includa anche il patrimonio, ma non si dovrebbe escludere anche il reddito).

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Kaserer.
Das Wort hat die Abg. Zendron.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Kaserer.
La parola alla cons. Zendron.

ZENDRON: Mi sembra giusto che ci sia un computo del reddito complessivo, mi pare che però, nell'ultima parte del modificato comma 3, si introduca un elemento che contraddice la prima parte, cioè mentre nella prima parte si introduce una limitazione del reddito complessivo, nell'ultima si esclude dal reddito la proprietà della casa di abitazione e a me sembra che questo sia un errore, perché sappiamo quanto l'abitare in proprietà o l'abitare in affitto costituisca una differenza sostanziale della condizione economica delle famiglie.

Oggi come oggi, soprattutto in posti come Bolzano, dove i prezzi degli affitti hanno raggiunto delle punte da centro di grande metropoli, è una cosa che costituisce effettivamente un elemento importantissimo dalla valutazione del reddito, lo voglio ribadire, anche se la decisione è già stata presa in senso diverso, perché queste osservazioni sono state fatte anche in Commissione, però lo voglio dire, perché non si dica che nessuno ha notato questa stortura, questo ulteriore elemento di ingiustizia nella valutazione di chi ha diritto a che cosa.

Quando si aumenta la contribuzione per i soggetti che ne hanno diritto, contemporaneamente si esclude la proprietà dell'abitazione dal computo del reddito complessivo, penso che non sia proprio giusto.

PRÄSIDENT: Der Abg. Taverna hat das Wort.

PRESIDENTE: La parola al cons. Taverna. Ne ha facoltà

TAVERNA: Signor Presidente, questo comma 3, modificato nel suo testo dalla competente Commissione, non può che suscitare alcune perplessità, che hanno come punto di riferimento l'intreccio tra due concetti: quello del reddito e quello del patrimonio.

In uno stato di diritto, nel quale si ispirano le norme relative al dettato costituzionale in materia di giustizia tributaria, non possiamo che fare riferimento all'art. 53 della Costituzione, infatti questo articolo testualmente recita: "Tutti sono tenuti a concorrere alle spese pubbliche in ragione della loro capacità contributiva". Il che significa, per dottrina e per una consolidata giurisprudenza del diritto tributario, che è oggetto di tassazione soltanto ed esclusivamente la capacità di reddito.

E' pur vero che recentemente il Parlamento ha deviato lungo la strada maestra questa indicazione ed è arrivato a formulazioni alquanto ibride, tipo l'introduzione dell'ICIAP, l'ISI, l'anno corrente si chiamerà ICI, tutte questioni che mettono in dubbio il principio, secondo il quale ciascuno è chiamato a contribuire secondo la propria capacità reddituale.

Il reddito è una cosa diversa, distinta dal patrimonio, il patrimonio è tassato soltanto indirettamente, in quanto produce reddito e allora ritengo che la formulazione del comma 3°, così come era stata licenziata nel testo che è stato respinto dal Governo, era una formulazione sicuramente più corretta e che dava la possibilità a colui che è incaricato di istruire le pratiche ed al cittadino destinatario della norma, di potersi immediatamente identificare nella quantificazione del proprio reddito.

L'aver invece sostenuto che è necessario, oltre che la quantificazione del reddito anche determinare la qualificazione del patrimonio, ritengo che questa formulazione non corrisponda ai principi del diritto tributario e più in generale ai principi dell'ordinamento giuridico, anche se abbiamo, a questo proposito, esperienza in materia, soprattutto in alcune leggi di settore, sia della Provincia autonoma di Trento che di quella di Bolzano.

Tuttavia non posso che confermare in questa sede quanto ho avuto modo di sostenere in aula, affrontando questo argomento, che a mio giudizio non è stato ben compreso o regolato con i dovuti strumenti del corretto operare nel campo del diritto.

La determinazione del patrimonio è una procedura che comporterà problemi non indifferenti di interpretazione e mi fa piacere che sotto questo profilo anche il capogruppo del SVP sia intervenuto non nel senso della tesi che sono a propugnare, ma quanto per gli effetti che una formulazione siffatta viene a determinare nel campo di quella quantificazione della soglia, oltre la quale il cittadino si trova nella condizione di dover essere escluso.

Il conciliabolo che c'è in questo momento tra il capogruppo del SVP, la Giunta e l'assessore non solo è sintomo di una scorrettezza nei confronti dell'oratore impegnato a parlare, ma soprattutto è sintomo di un'ulteriore contraddizione e contrasto che esiste a livello di maggioranza; prima abbiamo visto i socialisti che addirittura si sono astenuti sul passaggio alla discussione articolata, poi abbiamo visto su alcuni articoli l'astensione di un consistente e non trascurabile schieramento del SVP, in questo momento si vede il mercato su questa situazione, mi domando allora, signor Presidente, se il tempo lo perde chi parla, facendo il proprio mestiere di oppositore, oppure il tempo lo si perde perché su questa questione, dopo mesi e mesi che è stata affrontata in Commissione, c'è un ostacolo e assistiamo al mercato di cui facevo prima riferimento.

Per queste ragioni, che sono di carattere politico, unitamente a ragioni di metodo ed a ragioni che si fondono su considerazioni di diritto, noi rispetto alla modifica introdotta esprimiamo un voto convintamente contrario.

PRÄSIDENT: Ja, danke schön. Ja. Ich höre, daß man da über diesen Artikel aufgrund der Einwände noch nachdenken will.

Bitte, Assessor Morandini.

PRESIDENTE: Sì, grazie. Mi viene comunicato che, date le obiezioni sollevate, si intende approfondire quest'articolo.

Prego, assessore Morandini.

MORANDINI: Volevo chiedere se era possibile una sospensione per approfondire questo punto, visto che sono emerse alcune incomprensioni, perché c'è qualche malinteso e quindi mi pare opportuno chiedere una sospensione.

PRÄSIDENT: Ich nehme die Anregung gerne wahr. Ich habe ja Abg. Marzari versprochen, daß wir früher aufhören. Und somit kann auch der Ausschuß diese Überlegung für morgen mit einbauen. Wir beenden damit die Arbeit. Wir sehen uns morgen wie geplant um 10.00 Uhr zur Fortsetzung der Arbeiten. Ich danke ihnen für die Mitarbeit. Ich wünsche ihnen einen schönen Abend. Bis morgen. Die Sitzung ist geschlossen.

PRESIDENTE: Accolgo volentieri la proposta. Ho promesso al cons. Marzari che avremmo terminato in anticipo. Così anche la Giunta potrà approfondire la questione e fare delle proposte domani mattina. Concludiamo quindi i lavori. Ci vedremo, come programmato, domani alle ore 10.00 per continuare i lavori. Vi ringrazio della collaborazione e Vi auguro una buona serata. La seduta è tolta.

(ore 17.35)